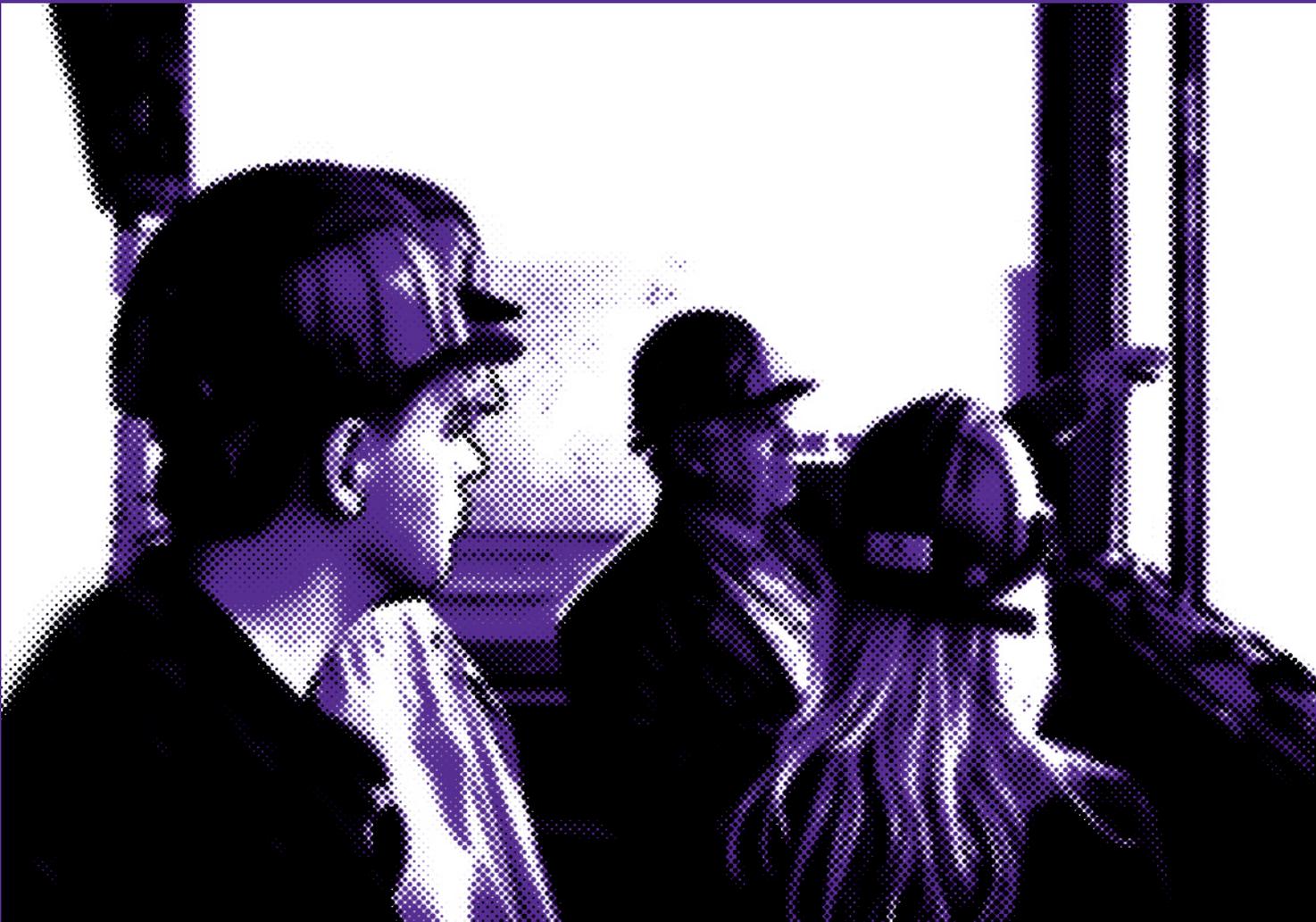


Alles

Equal !

Übers (politische ?) Arbeiten in EUprojekten



Inhalt:

**Vorwort**

- 3 -

**Statt einer Einleitung**

- 4 -

**Reality bites**

*Einmal Empowerment und zurück: Antirassismus-Arbeit unter den europäischen Sternen  
der „(Chancen-)Gleichheit“*

- 9 -

**Wie Anteilslose zu „Begünstigten“ (nicht) werden.**

*Radikaldemokratische Hoffnung versus Frontex und dergleichen*

- 12 -

**Überlegungen am Ende des Anfangs zu Sinn und Zweck von NGOs**

- 15 -

**Gendermainstreaming –**

**eine geschlechterdemokratisch homöopathische Strategie?**

- 18 -

**Diskursives Equality bei EQUAL**

- 23 -

**Überlegungen zu EQUAL**

*...und wie geht's sonst der Antirassismuarbeit in Österreich?*

- 26 -

**Wipolitik – ein gallisches Dorf in Auflösung**

- 29 -

**Politische Arbeit in einem EQUAL-Projekt**

*EMSF/SFC im Gespräch*

- 33 -

**Sklave der Finanzen**

*Eine Abrechnung des Finanzministers*

- 37 -

**Was ist an der Frage der Selbstrepräsentation im  
wissenschaftlichen Feld eigentlich politisch?**

- 41 -

**IKT für alle!**

*...oder warum wir immer noch Fenster neu starten*

- 44 -

**Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?**

*Interview mit María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan*

- 47 -

**AutorInnen-Börse**

- 50 -



### *Werte Lesende!*

Die Einsicht naht, dass dies alles sehr bald schon wieder vorbei ist.

Die Ansichten, was darin gelungen ist und auch nicht, sind verschieden.

Die Aussichten, wie es weiter gehen könnte, sind für einige vernebelt.

Im Klartext: Das Gemeinschaftsprojekt (im EUsprech: Entwicklungspartnerschaft) ‚wip – work in process: Migrantische Selbstorganisationen und Arbeit‘ beendet mit Juni seine Arbeiten, d.h. die Entwicklung wird im vorgesehenen Zeitraum abgewickelt und damit auch die ‚Partnerschaft‘ (in unserem Sprech: das Plenum).

Das wird mit einem lachenden und einem weinenden Auge wahrgenommen. ‚Lachend‘ weil ein vorfabriziertes Paket an Leistungsvollbringung (EUsprech: Produkte) – im Phasenplantakt – nun mitsamt seinen Stress- und Nervenaskpekten am fertig werden ist. ‚Weinend‘ weil doch einiges an unvorhersehbaren Prozessen möglich war, an neuen Erfahrungen, an erstaunlichen K(r)ämpfen, an so genannten ‚Frei‘räumen – na eben Selbst-Organisation. Diese Ambivalenz zwischen Fremd- und

Selbstbestimmung bzw. die Dialektik von Notwendigkeit und Freiheit hat einige des Öfteren beschäftigt. Ein ‚Ergebnis‘ davon ist, dass die Trennlinie zwischen diesen beiden Sphären heutzutage immer schwammiger wird. Davon zeugen die widersprüchlichen und teilweise selbstreflexiven Texte in diesem letzten wip-Reader.

Zu diesen Ambivalenzen gehören auch die ‚Produkte‘, die den Financiers abzuliefern sind. Es gilt, auch diese aus dem Verdinglichungscharakter zu reißen; also sich der bloß ökonomisch-effizienten Anfertigung von Waren – möglichst gefällig verpackt – zu widersetzen und ihnen eine herkunftige Bedeutung zu verleihen: hervorbringen, vor-führen. In diesem Sinn sind unterschiedliche, z.T. noch im Gange befindliche ‚Produkte‘ (Ergebnisse, Publikationen) von wip auch als politische Prozessmanifestationen zu erkennen und werden ver-führen zu anregendem Weiterdenken und -tun.\*

Wien im März 2007

*Textfeedbackredaktion: Udo Danielczyk, Petja Dimitrova, Vlatka Frketic, Andreas Görg, Birge Krondorfer, Ariane Sadjed, Helga Suleiman*

*Endredaktion: Birge Krondorfer*

\*Informationen wo wie was bis & nach Juni 2007: [www.work-in-process.at](http://www.work-in-process.at)

# Statt einer Einleitung

Auszüge aus einer Diskussion zur Nachreflexion der politischen Positionierung von wip anhand von ausgewählten Sätzen (by R.S./B.K.) aus dem Buch ‚Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie‘ von R.Heil/A.Hetzel (Hg.).<sup>1</sup> Mit: Udo Danielczyk (IG Kultur), Petja Dimitrova (Initiative Minderheiten), Vlatka Frketic (Peregrina), Belinda Kazeem (Schwarze Frauen Community), Birge Krondorfer (Frauenhetz), Rubia Salgado (maiz), Ariane Sadjed (maiz), Vina Yun (IG Kultur), Helga Suleiman (Dschanuub).

-Unser Anspruch, glaube ich, unterscheidet sich von dem anderer österreichischer Entwicklungspartnerschaften: Man kann auch was anders machen, man kann sogar noch selbstkritisch nachdenken darüber, was man tut.-  
-Gut, dann lesen wir. Laut?- -Jajaja! Laut!- -Ich liebe vorlesen!-

*Radikaldemokratische Positionen: ...Gegen die Agonie der vermeintlichen Sachzwänge und objektiven Widerstände rehabilitieren sie den Mut als politische Tugend. ...haben ihren Ort in der Praxis selbst... (neue soziale Bewegungen etc.) ... Deren Forderungen nach Gleichheit und Partizipation werden im radikaldemokratischen Denken aufgenommen und als Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft explizit gemacht, die sich vor allem gegen die Hegemonie des Kapitalismus richtet. ...*

*Nicht die Differenz (nach Laclau) steht im Zentrum radikaldemokratischen Denkens, sondern der Antagonismus (Gegensatz), der demokratische Kampf um Hegemonie, in dem sich Universalismus und Partikularismus unauflöslich verschränken. Die Aufgabe einer emanzipativen Politik heute bestünde zunächst darin, die verschiedenen Stimmen des Protestes zu verbinden, ohne sie ihres Eigensinns zu*

*berauben. ...*

*Politische Beziehungen sind nur innerhalb eines hegemonialen Feldes verortet. Die kleinste politische Einheit ist nicht das Individuum, sondern eine antagonistische Beziehung. Radikale Demokratie hielte uns vielmehr dazu an, den Dissens und den Antagonismus auszuhalten ...*

- Was mich gerade irritiert, ist deren Forderung nach Gleichheit, wo weiter hinten dann auch der Gegensatz und die Differenz sehr beschworen wird, das geht für mich nicht ganz zusammen.-
- Die Forderung nach Gleichheit ist zum Beispiel die Forderung, die wir als Migrantinnen stellen, gleiche Rechte für alle. Das muss nicht das Auslösen von Differenz und auch nicht das Auslösen von Antagonismus bedeuten.-
- Weil der Antagonismus kommt später, hier geht's viel mehr um Beziehungen, politische Beziehungen.-
- Dass man Widerstände, die notwendigerweise durch die quasi erkämpfte Differenz da sind, aushalten muss.-
- Was mir sehr gut gefällt, ist ‚rehabilitieren sie den Mut als politische Tugend.‘ Was Positives, wo man sich gerne drin wieder finden möchte, wenn es wirklich so ist. Wenn man das auf unsere Praxis umlegt, man müsste halt schauen, was sind Sachzwänge? Wie hat man Mut als politische Tugend gelebt, jeder für sich wird das anders beurteilen und bewerten.-
- Ja, aber das war dann weniger Widerstand gegen Sachzwänge, sondern eher leben mit Sachzwängen.-
- Reagieren auf Sachzwänge, sich denen so anpassen, dass... Eher damit überleben und kreativ umgehen, als offen Widerstand leisten.-
- Hier geht es um allgemeine Widerstände, Kapital, Kapitalismus, Herrschaft, Bürokratie. Die objektiven Strukturen, die dem Politischen im emphatischen Sinn in Agonie gegenüberstehen, es verhindern. Das bezieht sich auf die Allgemeinheit im Unterschied zu

sozialen Bewegungen etc. mit ihren radikaldemokratischen Forderungen. Die objektiven Widerstände beziehen sich auf die schlechte Realität. Wie auch viele Realpolitiker sagen, sie können halt nicht anders, sie müssen so. Deshalb haben wir den Mut als politische Tugend ins Spiel gebracht, weil es stimmt ja gar nicht, dass man sich immer den Sachzwängen und dem Funktionieren beugen muss.-

- Dann gibt's schon einen Kontext zu unserer Arbeit, dass man Minderheiten aus der Isolation herausholt und ihnen Chancen gibt oder Möglichkeiten gibt, sie teilhaben lässt. Das ist ja schon was Politisches, was radikal Politisches, weil sie sonst keine Chance haben. Es gibt nur diese Chance. Da ist für mich nur die Frage, wann ist es gegen die Hegemonie des Kapitalismus gerichtet?-

- Ich sehe das bei keinem Modul, dass es eine Kritik der politischen Ökonomie gibt, das finde ich in keinem der Texte. Das ist eine Ebene, mit der sich wip kaum auseinandergesetzt hat. Das ist eine wesentliche Bestimmung unserer Existenz und auch unserer Politik, diese Verkapitalisierung von allem und jedem.-

- Glaubst du, so eine Auseinandersetzung ist überhaupt möglich?-

- Ich würde das nie in Zusammenhang bringen mit wip. Ich befürchte, dass wir leicht einen virtuellen Umgang entwickeln, mit den ganzen Strukturen oder Sachzwängen, seien sie nun objektiv oder in anderer Art und Weise verdinglicht, und beginnen, uns in einer virtualisierten Welt zu bewegen. Ich finde, wir haben diese Struktur und ich kann sie frei auslegen, aber das ist dann für mich eine ganz andere Ebene als die tatsächliche, ganz banale, alltägliche Arbeitsstruktur, die wir haben. Ich finde diese Diskussion spannend, aber ich kann sie noch nicht konkret verbinden, weil es diese Verbundenheit in unserer Arbeit bis jetzt nicht gegeben hat. Ich kann sie auf eine theoretische Meta-Ebene einbinden und da finde ich es spannend. Aber ich mag's für mich transparent haben, ich mag die Durchführungsebene, die mir teilweise auch von den Strukturen bestimmt ist, darauf reflektieren, wie habe ich mich daran gehalten und was habe ich getan, um es zu vermeiden?-

- So einfach würde ich es nicht darstellen: Weil wir das machen, sind wir systemimmanent.-

- Kleine Ausreißer kann es geben, aber mehr nicht.-

- Aber interessant wäre das Beispiel Romani Dori. Ein komplett neu geborener Verein, der von ein, zwei Personen initiiert wurde. Ein kleiner Verein, ganz unterrepräsentiert, underground, und dann ist wip gekommen und die Gründer der Organisation schließen sich an, werden finanziert. Der ganze Verein kriegt die Ressourcen, die stellen das auf die Beine, mobilisieren die Community, verteilen Ressourcen. Es passiert eine Politisierung für den Zugang zu Ressourcen und Repräsentation. Sie machen einen Blick in die Strukturen von EQUAL, nutzen den ökonomischen Rahmen, um migrantische Kulturarbeit zu leisten, aber mischen sich nicht in die Strukturen ein, haben diesen Anspruch nicht. Das Projekt ist jetzt aus: Wie überlebt Romani Dori weiter? Obwohl sie es weiter versuchen; der Prozess, der durch wip eingeleitet wurde, hat ihnen schon einen Schub gegeben, sich weiter zu engagieren.-

- Ja und da ist die Frage, welche Kriterien setzen wir, wer mitmacht, wem wir den Zugang zu Ressourcen zugestehen?-

- Aber heißt das, Widerstand gibt es nur, wenn es Bezahlung gibt?-

... ..

- Ich möchte jetzt wieder zum Thema kommen mit der Kapitalismuskritik. Wir sind in einem Projekt eingebunden, das sich mit dem Arbeitsmarkt beschäftigt und der Arbeitsmarkt ist krass dominiert von kapitalen, kapitalistischen Verhältnissen, diese ganze Arbeitsfragen-Problematik. Bis dahin ging es ja immer um Integration, also ganz fokussiert gesagt, die Minderheiten ab in den Arbeitsmarkt. Aber bis heute gab es und gibt es keine Auseinandersetzung damit, was heißt Arbeit überhaupt? Also eine Kritik am Arbeitsbegriff, das würde eng zusammenhängen mit einer Kritik am Kapitalismus.-

- Wie soll das z.B. im Fall eines Mentoring-Programms funktionieren, wo es darum geht, dass die Frauen in den Arbeitsmarkt kommen, wie geht das? Mit strategischen Partnern wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit?-

- Es geht. Vielleicht ein kurzes Beispiel aus unserem ersten EQUAL-Projekt. Da gab es ein Berufsorientierungsmodul, da haben wir ein

Curriculum für Migrantinnen erarbeitet und ein Kapitel – das hat so viel Gewicht wie die anderen gehabt – war eben das Thema Arbeit, und das war auch eines der Prinzipien des Curriculums, dass Arbeit nicht allein als ein identitätsstiftendes Merkmal gesehen wird. Und das mit den Frauen gemeinsam zu reflektieren, war eine der spannendsten Erfahrungen, die ich als Trainerin je gemacht habe.-

- Ich würde gerne den Begriff Arbeit einmal in Bezug auf die wip-Struktur und EU-Struktur reflektieren. Also nicht die Arbeit von Individuen. Auf jeden Fall in dem Arbeitskontext, wo wir arbeiten, wie schauen da diese Tauschverhältnisse aus, sind sie äquivalent, und von welchen Arbeitsverhältnissen wird da implizit ausgegangen?-

- Ich hab ja nur versucht, mit der Intervention zu verbinden, warum diese EQUAL-Projekte insgesamt oder unseres insbesondere sehr wohl diese kritische Haltung zur Hegemonie betreffen könnten und zwar aufgrund dieses Kontextes Arbeitsmarkt. Weil das verbindet uns ja, ob wir wollen oder nicht, dass wir alle

in so einem Projekt wurschteln.-

- Die Möglichkeit, solche Projekte durchzuführen, ist ein Projekt des Kapitalismus. Sie gehören einfach zum System dazu.-

- Gäbe es den Kapitalismus nicht, gäbe es keine Arbeitslosigkeit, gäbe es keine Diskriminierung am Arbeitsmarkt, gäbe es diese Projekte nicht. Das ist eine endlose Schleife.-

- Jaja, das ist eine Schleife und wir sind in dieser Schleife drin.-

- Aber geht's da nicht um neue soziale Bewegungen in der Praxis selbst? Beispielsweise wie man dann diese Freiräume nützt?-

- Ich lebe vom Kapitalismus. Ich sichere mir meine Existenz, indem ich den Kapitalismus mitkonstituiere. Auch in solchen Projekten wie diesem. Ich möchte sagen, wenn ich mich damit beschäftige, möchte ich mich nicht außerhalb von meiner Position damit beschäftigen.-

- Aber was ist mit der Position: Ich will ihn nicht?-

- Die Alternativen hätten natürlich mit einer



grundsätzlichen Kritik zu tun.-  
- Vielleicht sollten wir weiterlesen?-

*Nach Rancière geht es um ‚Widerstreit‘. Authentische politische Praxen folgen nicht einfach etablierten Regeln, sondern bemühen sich um deren permanente Setzung und Entsetzung. ... Politik erschöpft sich nicht im parlamentarischen Disput, sondern beginnt erst dort, wo diejenigen Anteile der Bevölkerung, die nicht institutionell repräsentiert sind, die ‚Einrichtung eines Anteils der Anteillosen‘ fordern. ... Die Voraussetzung der Gleichheit zwischen Beliebigen ... unterbricht die Maschinerien der Herrschaft. Demokratie ist konstitutiv ambivalent. ‚Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht.‘ ‚Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder der die Bestimmung eines Ortes ändert: sie lässt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.‘ ... Widerstreit ist die Voraussetzung von Demokratie. Und nicht eine konsensuelle Praxis wie in der heutigen Post-Demokratie, deren Ziel es ist, Dissens auszulöschen.*

*Widerstreit ist die Möglichkeitsbedingung von politischer Kommunikation. Den anderen erkenne ich erst dann wirklich an, wenn ich die Auseinandersetzung mit ihm aufnehme, nicht dagegen, wenn ich ihn bloß toleriere und damit vergleichgültige.*

*... Das Recht auf Selbstbestimmung einer Gruppe appelliert an ein universales Prinzip: eben das der Selbstbestimmung. ... Das pure Beharren auf kulturellen Differenzen führt zu ‚Selbst-Apartheid‘ und ‚reinem Segregationismus‘... Damit wird aber gerade der diskriminierende kulturelle Rahmen bestätigt. Jedes ‚Recht auf Differenz muss in einer globalen Gemeinschaft behauptet werden‘ und bleibt solange ohnmächtig, wie es sich nicht der Mechanismen dieser Gemeinschaft bedient. (Laclau)*

- Wie verstehst du das? -  
- Wenn da die Gemeinschaft ist und ich bleib aber drauß und benütze nicht die Tools, die da drinnen benützt werden, dann werde ich nicht gehört.-  
- Dadurch dass man von den anderen dann hört, konstituiert man sich wieder selber. Man kann das ja nicht

trennen. Das Fremdbild und das Eigenbild bestimmen sich ja. Indem man sich in die Auseinandersetzung begibt, spiegelt der andere ja das eigene Bild und umgekehrt, und damit kommt es automatisch zu einer Abgrenzung, du bist so, ich bin so – oder zu einer Verquickung.-

- Aber da sagt er ja schon, dass Demokratie Dissens ist.-

*Demokratie wird für Lefort zum Synonym dafür, dass die ‚Mitte der Macht‘ leer bleibt. ... Die ‚leere Mitte‘ bedeute das, was an einer Gesellschaft im Werden, was unabgeschlossen, unabgegolten, unvollständig und unbestimmt bleibt. Die leere Mitte ist ein anderer Name für die Perspektivität und Partikularität jeder Position im politischen Prozess, oder mit anderen Worten: für die Unmöglichkeit jeder im substantialistischen Sinne verstandenen Universalität.*

*Derrida spricht von einer ‚kommenden Demokratie‘; damit meint er eine Demokratie ohne Ausnahme. ... Die Forderung nach der kommenden Demokratie erhebt genau dort Einspruch, wo die Diskurse über Menschenrechte und Demokratie zum obszönen Alibi verkommen... Die Demokratie denken heißt insofern primär, den erstbesten denken: irgendwen, einen beliebigen.‘ Das heißt auch, eine gefahrvolle Freiheit der einschläfernden Rube einer Unterjochung vorzuziehen. Das bedeutet die Abweisung aller Versuche, die leere Mitte mit konkreten Inhalten zu besetzen.*

- Ich würde gern noch über die ‚leere Mitte‘ diskutieren. Ob das verständlich ist. Es gibt keinen bestimmten Inhalt, der da rein darf. Also keinen besten Inhalt.-

- Ich habe ein bisschen Schwierigkeiten mit diesem Mitte-Begriff.-

- Das ist, glaub ich, gemeint in Zusammenhang mit Universalismus, also für alle gleich.-

- In diesem Zusammenhang die Stelle des Souveräns. Die darf nicht gefüllt werden durch partikulare Interessengeschichten, weil dann wird's totalitär. Wenn ein bestimmter Inhalt drin hockt in der Mitte. Aber was heißt dann Minderheitenpolitik? Was macht man dann mit den eigenen Ansprüchen?-

- Aber was soll das dann real heißen? Was gibt's dann stattdessen? Lauter kleine Mitten?-

- Die Leere.-



- Aber wo sind dann die anderen?-
- Es geht darum, dass alle Positionen partikular sind, wie z.B. im Feminismus, dass es diese Mitte erstens nicht gibt und sie zweitens auch nicht besetzt werden soll.-
- Aber die Schwierigkeit, die ich dann habe, ist der Kampf um die Hegemonie. Weil der Kampf um die Hegemonie würde dann das Besetzen der Mitte bedeuten, würde bedeuten Totalitarismus.-
- Es ist nicht die Beschreibung eines Ist-Zustands, sondern das, was Derrida mit der kommenden Demokratie beschreibt.-
- Jeder strebt nach der Dominanz. Aber es darf niemand oder nichts sich da reinpflanzen und damit andere Bewegungen löschen. Das darf in dieser radikal-demokratischen Perspektive nicht sein.-
- Die Mitte ist immer besetzt, es gibt immer irgendeine Doktrin, in jedem Raum gibt es immer eine

Doktrin, die irgendjemandem aufgedrückt wird.-

- Aber das ist ja das Kommende, dass es so nicht sein soll.-

- Im ersten Moment würde ich das als einen Widerspruch sehen, einerseits die leere Mitte, andererseits den Kampf um Hegemonie.-

- Aber da hinten steht, radikale Demokratie ist, den Dissens auszuhalten. Naja, vielleicht ergibt sich da eine Balance, wenn der Widerstreit vorhanden ist und der Antagonismus, könnte ich mir vorstellen, dass sich das ausgleicht, dass die Mitte leer bleibt und leer bleiben kann.-

- Das fordern sie, Antagonismus und Kämpfe, damit die Mitte leer bleibt.-

*Transkription: Ariane Sadjed (maiz)*

*Gekürzt und zusammengestellt von Birge Krondorfer und Ariane Sadjed.*

<sup>1</sup> Die Zitate aus dem Buch sind hier kursiv gesetzt.

# Reality bites

*Einmal Empowerment und zurück: Antirassismus-Arbeit unter den europäischen Sternen der ‚(Chancen-)Gleichheit‘.*

Die Europäische Kommission hat 2007 zum ‚Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle‘ erklärt. Der ein wenig seltsam anmutende Zusatz ‚für alle‘ kann nur eines bedeuten: hier geht es um Diversität. Als zentrale Ziele wurden von der Kommission vier Themen definiert: ‚Rechte‘ (die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sensibilisieren), ‚Vertretung‘ (eine Debatte über Möglichkeiten anregen, die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken), ‚Anerkennung‘ (Vielfalt fördern und würdigen) sowie ‚Respekt und Toleranz‘ (eine solidarische Gesellschaft fördern). So weit, so vage. Das klingt vorerst nach klassischen Aufklärungsprogrammen in bester Top-down-Tradition, nach großer humaner Geste und nach noch größeren, längeren, staatstragenden Reden, die niemanden so recht interessieren. Aber warum ‚aufklären‘, warum ‚sensibilisieren‘, wenn der Nutzen doch so nahe liegt?

## Diversity Sells

Das Lob der Vielfalt ist nichts Neues. Was vor einiger Zeit noch ‚Multikulturalismus‘ hieß und Differenzen positiv bewertete, indem ‚kulturelle Unterschiede‘ als deterministisch (weil ‚natürlich gegeben‘) festgeschrieben wurden, vollzog mit der nunmehr notwendig gewordenen Verwaltung dieser Unterschiede als ‚Diversity Management‘ einen paradigmatischen Wandel. Die Broschüre ‚Geschäftsnutzen von Vielfalt – Bewährte Verfahren am Arbeitsplatz‘, herausgegeben von der Europäischen Kommission<sup>1</sup>, zeigt anhand einer Reihe von Fallstudien, warum Vielfalt – und in Anerkennung einer solchen auch die Propagierung von ‚(Chancen)Gleichheit‘ – jenseits moralischer Argumente oder der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen in der neoliberalen Logik nicht nur Sinn macht, sondern sogar höchst willkommen ist. Die in der Broschüre aufgelisteten Maßnahmen von

staatlichen und privaten Unternehmen, die der Anerkennung von Vielfalt und der Herstellung von Chancengleichheit dienen sollen, tragen so zweckoptimistische Namen wie ‚Müheleose Eingliederung‘ (British Telecom) oder den schmissigen Titel ‚Taskforce ‚Behinderung in Aktion‘‘ (Investment-Bank Goldman-Sachs), nicht zu vergessen die nüchterne Ansage ‚Globale Vielfalt bei der Deutschen Bank – Zielgruppen-Marketing an unterschiedliche Gruppen‘. Daneben wirken humanistische Bekenntnisse wie ‚Würde am Arbeitsplatz‘ (Autohersteller Ford) geradezu altbacken.

Der geschäftliche Nutzen der Diversität äußert sich darin, dass sich die ‚wachsende‘ – oder vielmehr: neu entdeckte/neu zu entdeckende – Vielfalt in der Bevölkerung, sprich den VerbraucherInnen, auch unter den Arbeitskräften spiegeln muss, um auf diese Weise ein besseres Verständnis und mehr Kenntnisse der unterschiedlichen Bedürfnisse zu erlangen. Und, in umgekehrter Folge, mithilfe der vielfältigen Ideen der vielfältigen Arbeitskräfte entsprechend vielfältige Dienstleistungen zu entwickeln. Bei der Verwaltung von Vielfalt geht es also um den Gewinn von Wettbewerbsvorteilen auf dem Markt sowie die Steigerung der Motivation und Loyalität der MitarbeiterInnen. Bei der Deutschen Bank etwa ist jede/r führende/r ManagerIn neuerdings ein ‚diversity champion‘. Der Geschäftsführer von Royal Dutch Shell bringt es in der Broschüre auf den Punkt: ‚Vielfalt und Integration sind heutzutage für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung, weil dadurch mehr Wettbewerb ins Spiel kommt, wodurch wir die besten Mitarbeiter gewinnen und halten können, die Kreativität gesteigert und die Entscheidungsfindung verbessert wird. Am wichtigsten ist jedoch, dass dadurch Vertrauen aufgebaut und die Beziehung zu allen Beteiligten gestärkt wird.‘

## United Colors of Arbeitsmarkt?

Parallel zum ‚Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle‘ laufen die Projekte der aktuellen EQUAL-Runde langsam, aber sicher aus. Mit EQUAL wird die Umsetzung der EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung unterstützt, daher geht es auch hier um ‚Empowerment‘ und ‚Gleichstellung‘ im Zuge der ‚Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt‘, wie es die europäische Gemeinschaftsinitiative formuliert. Zwei Jahre lang war die IG Kultur Österreich an der (im Projekt-Speak) EQUAL-Entwicklungspartnerschaft ‚wip – work in process‘ beteiligt, zum einen als finanzverantwortliche Partnerorganisation, zum anderen mit dem Modul fields of TRANSFER, das antirassistische Vernetzungsarbeit im Kulturbereich geleistet hat, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für MigrantInnen im kulturellen Feld zu erweitern und Zugangsbarrieren abzubauen.

Auch in unserem Modul-Arbeitsbereich war oftmals von ‚Partizipation‘ und ‚Empowerment‘ die Rede, das unter den herrschenden Verhältnissen von Ungleichheit und Diskriminierung stets als ‚Selfempowerment‘ durch Selbstorganisation der durch Rassismus ausgegrenzten Subjekte verstanden wurde, waren Begriffe wie ‚Parität‘ und ‚symmetrische Bedingungen‘ im Umlauf, unter denen sich migrantische und mehrheitsösterreichische Kulturinitiativen austauschen sollten. Was zu Beginn relativ klar erschien, wurde mit der Zeit weiter differenziert und auch kritisch hinterfragt: Was bedeutet eigentlich Partizipation, kann man diese ‚geben‘ und fördern? Ist es schon Parität, wenn in unseren Workshops gleich viele migrantische Kulturvereine sitzen wie mehrheitsösterreichische? Geht es darum, wer wie oft und wie lange spricht, oder auch darum, wer die Themen vorgibt? Läuft der Wissenstransfer von den mehrheitsösterreichischen zu den migrantischen Kulturvereinen, also nur in eine Richtung? Oder sind migrantische Selbstorganisationen nicht ebenso Orte des Wissens, das aber nicht als solches erkannt wird?

In Hinblick auf die erwähnten ‚Beschäftigungsmöglichkeiten‘ sollte nicht vergessen werden, dass gerade im Kulturbereich gesicherte Arbeitsplätze Mangelware sind, stattdessen dieser ein vorbildliches Role-Model

für prekäre Arbeitsverhältnisse darstellt und als ‚weiches Feld‘ klassischerweise von schlecht bezahlter Frauenarbeit getragen wird. Was bedeutet es also, ‚Barrieren‘ zu einem Arbeitsfeld abbauen zu wollen, das kaum geregelte Arbeitsverhältnisse kennt? Und um welche Vision von Arbeitsmarkt geht es überhaupt bei EQUAL? ‚Müheles eingegliedert‘, weil nützlich, ‚in Aktion‘, da kreativ, ‚gleichgestellt‘ im Zielgruppen-Marketing?

## Alles Equal, oder was?

Was bleibt nun also nach zwei Jahren EQUAL? Nach zwei Jahren zermürender Anpassungsleistung an z.B. das Fragenprofil in Berichtsformularen, die den ‚innovativen Mehrwert‘, ‚transferfähige Ergebnisse‘ oder ‚harte/weiche Ergebnisindikatoren‘ der Projektarbeit festzustellen versuchen, nach zwei Jahren formeller Disziplinierung und verinnerlichter Zahlenbeherrschung nach dem 25-seitigen Abrechnungsleitfaden, nach zwei Jahren Arbeit, die unter dem ständigem Druck der Rechtfertigung und Kontrolle steht (und selbst Jahre nach offiziellem Projektende überprüft werden kann)?

Aus unserer Sicht gibt es weiterhin mehr Fragen als Antworten: War die Genehmigung unserer Projektentwicklungspartnerschaft ‚wip – work in process‘, die mehrheitlich aus kleineren migrantischen Selbstorganisationen besteht, die sich kritisch gegenüber den staatlichen Institutionen und ihren EntscheidungsträgerInnen äußern, ein ‚Betriebsunfall‘, wie auch einige MitarbeiterInnen bei wip meinen? Und mehr noch, war die hohe Punktevergabe bei der Bewertung des Gesamtprojekts tatsächlich ‚Zufall‘ oder ‚Versehen‘? Falls dem so sein sollte – stehen derlei ‚Systemfehler‘ gänzlich außerhalb der Logik solcher Förderprogramme und könnten sie nicht auch dazu verhelfen, die Kontroll- und Regulationsmechanismen weiter auszubauen und zu verfeinern? Immer wieder und zu Recht wird eingeworfen, dass die Mehrheit der (antirassistischen) Selbstorganisationen, insbesondere jene von MigrantInnen, nicht einmal die leiseste Chance haben, an Fördergelder wie EQUAL und damit zu bezahlten Arbeitsmöglichkeiten zu kommen (außer vielleicht, sie tun sich mit den großen, etablierten Organisationen zusammen – auf

die Gefahr hin, verschluckt bzw. ausgebeutet zu werden). Der Großteil der MigrantInnen-Vereine lebt und arbeitet außerhalb dieses Pools der geförderten Strukturen. Ist EQUAL also ein Privileg? Ja. Doch was bedeutet es, im etwas trüben Poolwasser neben ‚Diversity Champions‘ und ihren Lobgesängen auf die nützliche Vielfalt und Partizipationswettrednern zu schwimmen und gleichzeitig Antirassismus-Arbeit leisten zu wollen, die sich als kritisch zu den herrschenden Definitionen und Verhältnissen und in diesem Sinne politisch versteht? Wo liegt der Nutzen – wo die Kosten?

### **Politischer Antirassismus revisited**

Die vielleicht wichtigste positive Erfahrung aus zwei Jahren ‚wip‘ ist für uns der Austausch mit migrantischen und Minderheiten-Selbstorganisationen und die absolute Notwendigkeit solcher politischen Allianzenbildungen – wobei diese Erfahrung nochmals gesplittet ist: Die IG Kultur Österreich als Dachverband entstand zwar sehr wohl im Kontext von Selbstorganisationen, allerdings solche von Mehrheitsangehörigen. Zudem kommen wir, die als Mitarbeiterinnen des Moduls fields of TRANSFER neu zur IG dazu gestoßen sind – die eine Migrantin aus Bulgarien, die andere aus der Zweiten Generation koreanischer MigrantInnen –, nicht aus organisierten migrantischen Zusammenhängen, sondern waren bis dahin eher lose mit diversen MigrantInnen-Initiativen verbunden und ‚sprachen‘ damit auch nicht ‚aus‘ bestimmten Communities ‚heraus‘.

Repräsentationstechnisch war dies nicht immer einfach zu lösen, etwa wenn es um die Frage ging, wer im Vorfeld der im Rahmen des Moduls stattfindenden Konferenz ‚Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft‘ im Herbst letzten Jahres für die IG Kultur Österreich auftritt und spricht. Die ‚MigrantInnen‘, die für das antirassistische Projekt arbeiten? Oder doch die ‚offizielle‘, ‚österreichische‘ Öffentlichkeitssprecherin der IG Kultur?

Eine sehr klare Einsicht aus den Erfahrungen in fields of TRANSFER ist jene, dass die IG Kultur Österreich, die als Interessensvertretung autonomer Kulturinitiativen überwiegend Organisationen von MehrheitsösterreicherInnen vertritt, ihre bisherigen

Angebote in Hinblick auf die Interessen von migrantischen Organisationen, die insbesondere im Kulturbereich Möglichkeiten selbstbestimmter Artikulation und Repräsentationsformen ausloten (was strukturell bedingt ist und nicht etwa deshalb, weil es ‚fremden Kulturen‘ innewohnt, sich der Dominanzgesellschaft zu präsentieren), überprüfen und neue Strategien entwickeln muss. Diese bleiben im konkreten Fall nicht bei Übersetzungen des bestehenden Angebots oder der Weitergabe von Informationen zu Fördermöglichkeiten, Preisen etc. stehen, sondern umfassen auch Überlegungen, wie spezifisches Wissen auf breiterer Ebene geteilt und vervielfacht werden kann (z.B. Know-how zu Projektarbeit in Form von Workshops, wie sie im Rahmen der KUPF-Akademie angeboten werden). Vor allem aber zählt dazu die aktive Suche nach Kooperationsmöglichkeiten mit migrantischen Gruppen und Einzelpersonen, die eben nicht zwingend, sondern selbstverständlicherweise in die Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse involviert sein sollten – erstens, um nicht in den für Mehrheitsangehörige verführerischen HelferInnen-Modus (jetzt neu: Beratung auch für MigrantInnen!) zu stolpern, der zudem die eigenen Privilegien verwischt, zweitens, weil erst durch die Anbindung an diskriminierte und marginalisierte Gruppen die Kritik am derzeitigen gesellschaftlichen Konsens, der Rassismus und Sexismus nur an seinen extremen Rändern anstatt in seiner Mitte wahrnimmt und der damit auch immer die eigene Position als Mehrheitsangehörige/r festigt, die nötige Substanz erhält. Das geht nicht ohne Schmerzen und Mühsal, denn Privilegien abzugeben tut bekanntlich weh. Doch ist das Seitenstechen ein ziemlich sicherer Hinweis darauf, dass man in Bewegung bleibt.

Wir glauben weiterhin an die Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns.

*Vina Yum, Radostina Patulova (IG Kultur Österreich)*

*Siehe dazu auch Interview mit Varela/Dhawan, S. 47*

<sup>1</sup> Im Rahmen des Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen (2001-2006)

# Wie Anteilslose zu ‚Begünstigten‘ (nicht) werden.

*Radikaldemokratische Hoffnung versus Frontex und dergleichen*

Anlässlich des Baus noch höher gezogener Stacheldrahtzäune im Jahr 2005, die eine Sperrung der nordafrikanischen Enklaven Ceuta und Melilla bewirkten und folglich das Durchkommen von Flüchtlingen aus Afrika auf diesem Weg in die EU-Länder verhindern sollten, wurde eine Reportage im Fernsehen gezeigt. Neben Szenen aus der Jagd nach Menschen, die die ZuschauerInnen unvermeidlich veranlassten, sich an die seit jeher geläufigen westlichen Verfilmungen von gefährlichen und männlichkeitsbeweisenden Expeditionen am afrikanischen Kontinent zu erinnern, waren Aufnahmen von gefangenen Männern zu sehen, die mit gefesselten Armen und Beinen am Boden saßen. Die JournalistInnen befragten diese Männer und ich saß vor dem Fernsehapparat in meiner Wohnung, Hände und Füße in Ohnmacht, Empörung und Scham. Einer der befragten Männer, den Blick nach oben in die Kamera gerichtet, teilte den ReporterInnen und somit einer ganzen Menge zukünftiger ZuschauerInnen mit, dass man ruhig noch höhere Zäune und noch tiefere Gruben bauen lassen sollte, denn sie würden trotzdem einen Weg finden, sie werden es trotzdem weiter versuchen und sie werden durchkommen.

2006 landeten auf den kanarischen Inseln rund 31.000 Flüchtlinge. Das entspricht fast der gesamten Anzahl von Flüchtlingen, die innerhalb der vorherigen vier Jahre auf die Insel angekommen sind.<sup>1</sup>

Der in der Reportage befragte Flüchtling hatte Recht mit seiner prophezeiungsartigen Aussage. Es wurden andere Wege gesucht und gefunden. Sie kommen weiter und sie wollen in der EU bleiben.

Als Reaktion auf die so genannte „Flüchtlingswelle“ verschärft die EU die Kontrolle der Außengrenzen ihrer Mitgliedsstaaten. Zu diesem Zweck wurde 2004 die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union errichtet: Frontex. Als Ergebnis eines Treffens zwi-

schen Außen- und InnenministerInnen von acht EU-Ländern im September 2006 wurde die Empfehlung vermittelt, die Agentur auszubauen und ein gemeinschaftliches elektronisches Überwachungssystem an den südlichen Küsten der EU zu installieren.

Außerdem nahmen die TeilnehmerInnen des Treffens einen Vorschlag Frankreichs positiv auf, in der EU massive Legalisierungen von ImmigrantInnen künftig zu verbieten.

Weitere Vorhaben der Agentur beziehen sich auf die s.g. Frontex-Toolbox, eine Datenbank aller verfügbaren Spezialteams und Spezialisten, die Europa ermöglichen soll, eine Hightech-Grenze zu bekommen, an der jederzeit technisch hochqualifizierte Spezialisten eines Joint-Support-Teams zum Einsatz kommen können.<sup>2</sup>

An den Küsten der westeuropäischen Festung sterben kontinuierlich Menschen. Kaum eine Woche ohne solche Meldungen in den diversen Medien. Kaum eine Woche ohne Meldungen über Flüchtlingsboote, die abgefangen werden. Kaum eine Woche ohne Meldungen über die InsassInnen solcher Boote, die umgehend in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Und Meldungen über diejenigen, die in der EU sind, die es trotz aller Hürden geschafft haben, die Festung zu betreten. Eine unbekannte, unpersonalisierte Menge, die pauschal und unwürdigerweise als illegale Einwanderer und als kriminell bezeichnet werden. PolitikerInnen, die für die Abschiebung der von ihnen als illegale Zuwanderer bezeichneten Menschen in ihre Herkunftsländer plädieren, es versprechen und tun.

PolitikerInnen, die im Rahmen von Gesellschaften und ihrer Institutionen, die als demokratisch gelten, Gesetze verabschieden, die Menschen absondern und ausgrenzen.

Diskurse, die Existenzen auf die Begriffe „Illegale“ und „Legale“ reduzieren und sie als solche institutionalisieren.

Institutionen, die als demokratisch gelten wollen, wie die europäische Kommission, die ein obszönes Vokabular als Diktion der Chancengleichheit etablieren und „Unwörter“ wie Begünstigte in unseren Sätzen platzieren.

### **Begünstigt und anteilslos**

Mit dem „Unwort“ Begünstigte werden im Antragsjargon Menschen oder Gruppen bezeichnet, die als Zielgruppen der jeweiligen antidiskriminatorischen Fördermaßnahmen vor allem in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Es sind Maßnahmen, die zu ihren Gunsten beitragen sollen.

Begünstigen heißt „vorziehen, bevorzugen, bevorzugen“; Begünstigung heißt: „Bevorzugung, Förderung, Beihilfe“.

Begünstigte sind Personen oder Gruppen, die bevorzugt behandelt werden, denn ihnen fehlen angeblich grundsätzliche Kompetenzen und der Zugang zu Ressourcen, die notwendig sind, um vor allem in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Begünstigte sind Personen oder Gruppen, denen es Fördermaßnahmen ermöglichen, vorübergehend beschäftigt und/oder versorgt zu sein. Sonst würden sie, so die Befürchtungen, herumgaunern und unkontrolliert sein.

In Antragsformularen bewohnen sie Multiple Choice-Tabellen:

- MigrantInnen
- Asylwerber
- Ethnische Minderheiten
- Roma, Sinti, Fahrende
- Sonstige
- Körperlich behinderte Menschen
- Geistig behinderte Menschen
- Psychisch kranke Menschen
- Sonstige
- Drogenabhängige
- Obdachlose
- Ehemalige Strafgefangene
- Aus anderen Gründen diskriminierte Personen (Religion, sexuelle Ausrichtung)
- Sonstige

Begünstigte MigrantInnen sind diejenigen, die es geschafft haben, die Festung zu betreten und die in

irgendeiner Form es auch noch schaffen, da zu bleiben. Begünstigte sind diejenigen, die in der letzten Reihe derer sind, die es geschafft haben, oder denen keine andere Chance übrig blieb, im System, das sich an der Logik der Kapitalisierung der Humanressourcen orientiert, einen Platz zu finden. Und sei es als Begünstigte.

Begünstigte waren manchmal Anteilslose.

Aber Anteilslose sind in keinem Fall

Begünstigte. Um Begünstigte zu werden, muss man zuerst den Status der Anteilslosigkeit überwunden haben. Es ist unmöglich, durch EU-Fördermaßnahmen vom Status der Anteilslosigkeit in den des Begünstigtseins zu rutschen.

Die Bezeichnung Begünstigte gilt denjenigen, die in der Gesellschaft Diskriminierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt sind und über die vermittelt wird, dass sie dem Markt etwas anzubieten haben: siehe Multikulturalismus, Diversity Management und dergleichen. Und somit wird ihnen versprochen, dass sie – trotz weiterer Existenz von Diskriminierungen – einen Platz am Markt bekommen könnten.

Anteilslose hingegen gelten als überflüssig.

Aber, gibt es überhaupt Anteilslose? Gibt es die Möglichkeit des Außerhalb?

„Der wirksame Ausschluss von MigrantInnen aus der legalen Beschäftigung stabilisiert die Wirtschaft, sie dienen als Beschäftigungs-Puffer und stille Reservearmee.“<sup>3</sup>

Anteil bedeutet. ...

Anteilslos zu sein bedeutet. ...

Ja, was bedeuten diese Wörter?

Was haben sie mit uns, den ProjektleiterInnen und MitarbeiterInnen in EU-Projekten, zu tun?

### **Herausfordernde Hoffnung**

Ich werfe Blicke nach, ich schalte das Licht ein und aus. Ich trachte nach Wörtern, die Wege werfen und entwerfen.

„Es gibt Politik, wenn es einen Anteil der Anteilslosen, einen Teil oder eine Partei der Armen gibt.“<sup>4</sup>

Ich finde herausfordernde Hoffnungswörter, Wörter, die in ihrer Radikalität berührend wirken.

„Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper

von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die Bestimmung eines Ortes ändert: sie lässt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.“<sup>5</sup>

In der Demokratie, lese ich, gibt es keine Ausnahme. „Politik erschöpft sich nicht im parlamentarischen Disput, sondern beginnt erst dort, wo diejenigen Anteile der Bevölkerung, die nicht institutionell repräsentiert sind, die ‚Einrichtung eines Anteils der Anteillosen‘ fordern.“<sup>6</sup>

Die Voraussetzung der Gleichheit zwischen Beliebigen unterbricht die Maschinerien der Herrschaft.<sup>7</sup>

Wird hier auch die Einrichtung des Begünstigtentums als eine „Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“ verstanden? Unterbricht die Einrichtung eines Begünstigtentums die Maschinerien der Herrschaft? Es sind Fragen, die ich mir als langjährige Aktivistin und Mitarbeiterin in EU-Projekten selbst stelle.

### Als Mitarbeiterin in EU-Projekten...

Die meisten wip-MitarbeiterInnen bezeichnen sich als AktivistInnen und sind innerhalb von Selbstorganisationen von Minderheiten tätig. Ausgehend von Beobachtungen von aktuellen Sozialen Bewegungen, zu denen auch unsere Selbstorganisationen zählen, werden hoffnungstragende Wörter als Gegenentwurf zum propagierten Ende des Politischen in die Welt gesetzt:

„Sie [VertreterInnen radikaldemokratischer Positionen] stehen in der gegenwärtigen Theorielandschaft dafür ein, dass etwas Unmögliches durchaus möglich werden kann und greifen dabei Ansätze auf, die ihren Ort in der Praxis selbst haben: in den Bewegungen der Globalisierungskritiker, der Neuen Sozialen Bewegungen (...), der sans papiers usw. Deren Forderungen nach Gleichheit und Partizipation werden im radikaldemokratischen Denken aufgenommen und als Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft explizit gemacht, die sich gegen die Hegemonie des Kapitalismus richtet.“<sup>8</sup>

Ob der Schritt zwischen der Aufnahme der Forderungen und der (daraus resultierenden) Positionierung gegen die Hegemonie des

Kapitalismus einen reality check übersteht?  
**Was hat das mit uns zu tun?**

Ob wir, AktivistInnen in Selbstorganisationen von Minderheiten und gleichzeitig MitarbeiterInnen eines EU-Projekts, den Mut im Sinne radikaldemokratischen Denkens als Tugend verstehen? Ob wir Demokratie als ausnahmslos und somit „den erstbesten, irgendwen, einen beliebigen“ mit einbeziehend denken? Ob unsere Handlungen auf der Praxisebene dem Messianischen der revolutionären und hoffnungstragenden theoretischen Aussagen entsprechen? Ob wir uns gegen die Konsensdemokratie positionieren? Ob wir für dissidente Positionen eintreten? Ob wir nicht nur für Protagonismus, sondern auch für Antagonismus auftreten? Ob wir die Grenzen des Genehmigten bestätigen? Fragen.

Denn für die meisten von uns wird das sicher nicht das letzte EU-Projekt gewesen sein. Vorausgesetzt, es gilt die Demokratie. Vorausgesetzt, es ist möglich und nicht verboten zu fragen.

*Rubia Salgado (maiz)*

<sup>1</sup> Siehe:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Europäische\\_Agentur\\_für\\_die\\_operative\\_Zusammenarbeit\\_an\\_den\\_Außengrenzen](http://de.wikipedia.org/wiki/Europäische_Agentur_für_die_operative_Zusammenarbeit_an_den_Außengrenzen)

<sup>2</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/85393/from/rss09>

<sup>3</sup> Stefanie Duttweiler, unveröffentlichte Vortragsunterlagen für den Lehrgang EMPICA in maiz

<sup>4</sup> Rancière, Jacques. Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Suhrkamp 2002, S. 24

<sup>5</sup> ebd. S. 41.

<sup>6</sup> Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hg.). Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie. Transcript, 2006, S. 16

<sup>7</sup> zit. nach ebd. S. 17

<sup>8</sup> ebd. S. 8

# Überlegungen am Ende des Anfangs zu Sinn und Zweck von NGOs

Am Ende der Erfahrungen, in einem EU-Projekt zu arbeiten, stehen generelle Überlegungen. Die Entscheidung zur Handlung – am Anfang – hat sich erfolgreich gegen all die Bedenken, Unklarheiten, Unsicherheiten durchgesetzt.

Die Reflexion folgt der Erfahrung, das Experiment – vielleicht ein Tunnel – läuft dem Ende zu und das Licht am Ende verheißt... Analysen, Maßnahmen... Luft holen... neuen Anlauf nehmen.

In der unheimlichen Komplexität der globalisierten Abläufe ist man – auch als kleines Modul in einem großen Projekt – und sogar ein wenig über den regionalen Kontext hinaus – nicht mehr: niemand.

Der Mikrokosmos hat einen Ausblick in die Weiten der EU geboten. Uns eine Kette an Erfahrungen, Begegnungen umgelegt. Schmuck oder Last – beides wiegt gleich. Denn die von vorher sind wir nicht. Bewegung ist Veränderung – die große Überschrift der letzten Jahre.

Nicht mehr ganz dieselben – als Personen und als Gruppe – stehen wir wieder in den Startlöchern, ausschauend nach neuen Horizonten. Ein Weg hat sich aufgetan, immerhin, wir haben uns gefunden.

Die Mischung aus Pragmatismus, gedanklichen Utopien, Erkennen von Möglichkeiten, Ideen entlang des Machbaren, hat sich bewährt.

Die vielen Erfolge im Kleinen tendieren leicht dazu, die Sicht auf die Hintergründe zu verstellen. Deshalb ist es an der Zeit, die Erfahrungen von einem allgemeineren Blickwinkel aus zu betrachten und zu fragen:

Welche Rolle spielen NGOs in der globalisierten Welt?

*„Die globalen Transformationen, die seit den siebziger Jahren jene Beschleunigung und damit auch die Wucht erhalten haben, die die Verhältnisse von Markt und Politik, von Politik und Gesellschaft, von Nationalstaat und globalem System, von formellen politischen Institutionen und*

*informellen Netzwerken, von globalem Raum und lokalem Ort gründlich gewandelt haben, lösten mehr Konflikte aus als je in der Nachkriegszeit. Diese tiefgreifenden Wandlungen haben einen Namen: Globalisierung“<sup>1</sup>*

Nach dem Fall der Berliner Mauer haben einige doch gehofft, dass ein neues Zeitalter des Aktivismus anbrechen möge, getragen von Bürgerinitiativen, alternativen Medien, Selbstorganisationen in ihrer Vielfältigkeit, Protest.

Die EU hat sich in diesem Prozess nicht abseits gehalten. Immerhin ist sie globaler Akteur. Im Bestreben, ihrem Auftrag gerecht zu werden, stellt sie sich als Förderer demokratischer Strukturen, BürgerInnenbeteiligung, Entwicklungshilfegeldgeber etc. dar. Ihre Förderstrukturen entsprechen den politischen Leitlinien der jeweiligen Politdekaade und BefürworterInnen in Wirtschaft und Politik.

Die vielen positiven Ansprüche geraten dabei in Gegensatz zur realen politischen Praxis der EU. Soweit es gelingt, international requirierte Gelder in das Sozialsystem der EU einzuführen, lässt es sich gut mit (moralischen) Werten argumentieren. Aber die Glaubwürdigkeit leidet in dem Moment, wo es an die Grenzen der Union geht. Erst recht schwer wird es, wenn die machtbewussten Projektionen über diese Grenzen hinaus ins selektive Scheinwerferlicht der Nachrichten rücken.

## Widersprüchliche EU

Zum einen: Die EU-Politik an den Grenzen ist unglaublich. Stacheldrahtzäune, Abschiebungen, Massenlager, Selektion. Regierungen der Länder an den EU-Außengrenzen werden gekauft, damit sie jene menschenrechtsverletzenden Aufgaben erfüllen, mit denen sich EU-Beamte nicht die Hände schmutzig machen wollen. Flüchtlinge die scheitern, werden mit schauerlichen Maßnahmen traktiert, damit sie nicht

wagen, ihren Fuß nach Europa zu setzen.<sup>2</sup>  
Zum anderen: „Neu“ sind die Flüchtlingszahlen zum Irak. Zehntausende haben in Nachbarländern Zuflucht gefunden.<sup>3</sup>

In Ländern, die über Androhung und Anwendung internationaler Sanktionen geschwächt, der Gefahr ausgesetzt sind, selbst Objekt einer kriegerischen Aggression zu werden. Hinweis: Die Aufnahme von Flüchtlingen kann bei Bedarf auch als Terrorismus-Unterstützung ausgelegt werden.

Diese Flüchtlinge, die Opfer des Irak-Kriegs, Krieg der Weltmacht, des strategischen Partners der EU, wer fragt nach ihnen?

Auch Afghanistan produziert Flüchtlinge, ein unbefriedetes Land, und das obwohl die Segnungen der Zivilisation inzwischen dort angekommen sind.

Aus afrikanischen Ländern, oft als „failed states“ abqualifiziert, durchsetzt von Militärbasen und Spezialeinheiten auf der Jagd nach Allem und Jedem, fliehen Tausende von Menschen in Richtung Europa. Die Außenpolitik der EU, als ein Akteur im Welt-system, ist mitverantwortlich für all die Tragödien rund um uns. Es stellen sich Fragen, wie:

Welche Glaubwürdigkeit hat eine antidiskriminatorische Politik innerhalb der EU, gefördert durch die EU selbst, die sich so widersprüchlich in ihrer Außenpolitik verhält?

Sind NGOs nur der verlängerte Arm der Brüsseler Bürokratie?

*„Demnach werden NGOs einmal im liberalen Sinne als ein Gegenüber von Markt und Staat gesehen. Sie werden erforderlich, weil die klassischen gesellschaftlichen Organisationsinstanzen gerade im Zuge der Globalisierung nicht in der Lage sind, soziale wie ökologische Fehlleistungen von Markt und Staat zu korrigieren. Zum anderen werden NGOs und die Zivilgesellschaft insgesamt als Bestandteil eines politischen Herrschafts- und Regulationskomplexes aufgefasst, der nach Gramsci als ‚erweiterter Staat‘ bezeichnet wird.*

*NGOs sind demnach an ‚der Transformation des Staates‘ beteiligt. Weil sich der Staat internationalisiert, ist er auf größtmöglichen Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft angewiesen, die ihrerseits als Antwort auf die Globalisierung transnationale Strukturen, sprich Netzwerke bildet.*

*NGOs fungieren als gesellschaftliche Regulationsinstanz,*

*die dem hegemonialen Projekt der neoliberalen Globalisierung Legitimität verschafft – und so in ambivalenter Weise zur Akzeptanz der Globalisierung beitragen.“<sup>4</sup>*

Vormals an die UNO gebunden, sind NGOs nicht erst seit 1992 außerhalb der EU aktiv. Die EU ist schon lange daran gegangen, über ihre immensen Förderarme Gelder in Interessensphären zu pumpen.<sup>5</sup>

## Was wollen NGOs

Der Begriff NGO ist aus dem UN-Vokabular gekommen. Er soll den Unterschied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen markieren.

NGOs können kleiner sein, z.B. Experten-NGOs, oder die Größe von Massenbewegungen annehmen sowie Mischformen darstellen.<sup>6</sup>

Anzumerken ist, dass die großen, bekannten NGOs, wie Greenpeace oder Amnesty International, sich von Europa oder den USA aus verbreitet haben. Gibt es in Europa bekannte NGOs, die ihren Ursprung in Afrika oder Asien oder Südamerika oder Osteuropa haben?

Laut „Le Monde Diplomatique“ gibt es Definitionen zur Differenzierung von „Pseudo“-NGOs: Diese NGOs lassen sich in drei Kategorien einteilen: Gongs (G für Government = staatliche NGOs), Mongos (M für Mafia = mafiöse NGOs) und Fongos (F für Foreign = ausländische NGOs).

Letztere sind NGOs, die von ausländischen Geldgebern organisiert werden und auch als Stiftungen in Form von Non Profit Organisations (NPOs) auftreten.

Bedeutende Beispiele dafür sind die Ford-Stiftung oder die George Soros Open Society Foundation aus den USA. Öffentliche Gelder erhalten NGOs wie Care und World Vision. Daneben gibt es auch Parteien nahe stehende NGOs wie das US-National Democratic Institute oder die Friedrich Ebert Stiftung, nahe der SPD, und die Heinrich Böll Stiftung, nahe den Grünen Deutschlands.<sup>7</sup>

Staatliche oder halbstaatliche Organisationen verfolgen über NGOs Ziele und stellen Bedingungen für ihre Leistungen. Eine dieser Bedingungen kann die Übernahme eines „demokratischen Leitbilds“ sein. NGOs, die im Raum Osteuropa aktiv sind, werden in hohem Maß mit Geldern aus US-Stiftungen gefördert. Angeblich wurden die Regimewechsel in

Serbien, der Ukraine, Georgien und Kirgisien vor allem durch NGOs vorangebracht.

An dieser Stelle könnte man fragen: Welches demokratische Leitbild ist gemeint, wenn ein neoliberales Wirtschaftsmodell damit verknüpft ist?

## Und die Demokratie

Mindestens ebenso problematisch sind wohl die Gelder, die über religiös-ideologisch motivierte Organisationen in finanzschwache Länder gepumpt werden, bekanntestes Beispiel sind die evangelikalen Sekten.<sup>8</sup>

Leider stellt sich nicht nur die Frage nach der Art des „demokratischen Leitbildes“, sondern auch danach, ob „Demokratie“ gleich gültig ist. Es gibt viele Demokratieverständnisse; wer beansprucht das Definitionsmonopol über „Demokratie“ in dieser Welt?

Abgesehen davon ist das Feld der Recherche zu Unterstützung von nicht- oder schein-demokratischen Regimes über halbstaatliche oder staatliche NGOs und ihre Mittel ein breites. In diesen Fällen muss es nicht mehr um Einflussnahme ideologischer bzw. wertbesetzter Leitbilder gehen, sondern um rein ökonomische Interessen.

Tatsache ist, dass dieses große Feld von NGO-Aktivitäten im internationalen Bereich nicht unkritisch hinterfragt bleibt. Gegenbewegungen haben sich gebildet, die sich auch als NGOs organisieren. Seit der UN-Konferenz von Rio 1992 werden NGOs als „Bausteine einer globalen Zivilgesellschaft“ bezeichnet. Auf den Weltsozialforen, die seit Porto Alegre 2000 stattfinden, setzten sich mehr und mehr NGOs des Südens für selbst definierte Interessen ein. Dabei ging es unter anderem um Kampagnen zum Schuldenerlass, Definitionen von Rassismus und Diskriminierung, Allianzenbildungen.<sup>9</sup>

## Schnittstellen und Entscheidungen

NGOs bewegen sich international wie national in einem schwierigen Rahmen. Manche entscheiden sich für die Konzentration auf ihr eigenes Fachgebiet. Wahrscheinlich als Spezialistinnen in ihrer Sache suchen sie die Zusammenarbeit mit anderen NGOs in und über Netzwerke entlang von Kriterien der gegen-

seitigen Nützlichkeit. Es ist auch möglich, dass der Weg des „traditionellen politischen Lobbyismus“ eingeschlagen wird, wenn NGOs politische, d.h. strukturverändernde Ziele verfolgen. Darüber hinaus gibt es NGOs, die bewusst die Frage nach den Interessen der Betroffenen in den Vordergrund stellen. (10) Meiner Ansicht nach können vor einem gemeinsam zu konstruierenden Hintergrund, der NGOs regional/national/international verbindet, durchaus Erkenntnisse und Schlussfolgerungen gezogen werden, die wertvoll für die eigene Projekt-Arbeit sind. Vielleicht wäre es möglich, im Sinne der Kritik an einem neoliberalen global agierenden Wirtschaftsmodell, mit all seinen Auswirkungen auf ökonomischer, ökologischer, sozialer Ebene eine Definition von NGO-Arbeit zu erarbeiten. ProjektarbeiterInnen könnten das leisten, weil sie die Gefahr des Kessel-treibens entlang neoliberaler (Norm-)Vorgaben erkannt haben. Teil einer bürokratischen Struktur zu sein, muss nicht gleich Unterwerfung bedeuten. Der Sinn und Zweck von Strukturen, Vorgaben wird hinterfragbar, wenn sie den selbst gesetzten Ansprüchen zuwiderlaufen. Das gilt in doppeltem Sinne: Für die NGO und den/die Finanzgeber.

Zuletzt fällt mir zum Thema Allianzenbildung ein Bild aus der Unterwasserwelt ein: Sardinen sammeln sich in Schwärmen und vermitteln so dem Haifisch den Eindruck, ein noch größerer Fisch als er selbst zu sein – der Haifisch sucht das Weite.

Helga Suleiman (Dschanuub)

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Elmar Altvater/Achim Brunnengräber: NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 6-7/2002).

[www.bpb.de/publikationen/3HM9R.html](http://www.bpb.de/publikationen/3HM9R.html)

<sup>2</sup> Libyen wird Vorposten der EU. Auf: <http://no-racism.net/article/1280>  
Der Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut – Migration, Flucht und die Rückkehr der Lager. Auf: [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

<sup>3</sup> [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Syrien/iraker.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Syrien/iraker.html)

<sup>4</sup> Altvater/Brunnengräber; a.a.O.

<sup>5</sup> Freihandels-Abkommen: EU nimmt angeblich ehemalige Kolonien in die Mangel. [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de), 29.9.2006

<sup>6</sup> Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung, 2006, „Aktivisten einer globalen Zivilgesellschaft“ S. 74f.

<sup>7</sup> Die Moskauer Open Society Foundation des Milliardärs Soros verfügte 1999 über ein Budget von 61,9 Mio. Dollar, 2004 über 8,74 Mio. Dollar, wurde ab 2003 verboten.

<sup>8</sup> Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung 2006, „Sponsoren der Demokratisierung“ S. 58f.

<sup>9</sup> [www.social-movements.org/en/](http://www.social-movements.org/en/)

<sup>10</sup> wie <sup>6</sup>

# Gender Mainstreaming – eine geschlechterdemokratisch homöopathische Strategie?

*Die kleinste politische Einheit ist nicht das Individuum,  
sondern eine antagonistische Beziehung. (nach E. Laclau)*

*Das heißt auch, eine gefahrvolle Freiheit  
der einschläfernden Ruhe einer Unterjochung vorzuziehen.  
(nach J. Derrida)*

*Widerstreit ist die Voraussetzung von Demokratie.  
Und nicht eine konsensuelle Praxis wie in der heutigen  
Post-Demokratie,  
deren Ziel es ist, Dissens auszulöschen. (nach J. Rancière)*

Politik (in Europa) geht zunehmend Hand in Hand mit der Logik der ökonomischen Sachzwänge und der bloßen Verwaltung (Management) von Widersprüchen unter dem Deckmantel der Neo-Liberalität. Diese Tendenz einer Entdemokratisierung – wenn unter Demokratie ein ständiger Kampf um Hegemonie und Gleichheit zu verstehen ist – betrifft ausmaßlos die Frauenpolitik, sowie alle ‚anteilslosen Anteile der Bevölkerung‘ (Rancière), die zu so genannten Minderheiten generiert werden. Dieser Beitrag konzentriert sich auf einige Aspekte rund um die ‚Genderhauptstromigungs‘-Politik, wobei sich abzeichnet, dass diese als Paradigma für verwässernde scheinpartizipative Minderheiten- und Alternativbewegungs-Integrationspolitik gelten kann. Wahrscheinlich wird bald Migrationsmainstreaming etc. Einzug finden und damit Forderungen und Kritiken an den Verhältnissen den klaren Bach hinab im trüben Fluss des Mehrheitsallgemeinen verschwinden. Ein Stichwort gibt es ja schon: Verschiedenheits-Verwaltung, besser bekannt als ‚Diversity Management‘ (mit dem sich auch bestens Geld verdienen lässt).

## **Machteinpassungen**

„Auf die Eroberung der Macht zu setzen war in der Frauenbewegung immer auch von dem Bedürfnis begleitet, die erfahrene Logik der Macht auszuhebeln. ... In der Folge suchen nicht nur Einzelpersonen, sondern auch politische Bewegungen wie die Frauenbewegung nach Alternativen zur Macht. ... Die Engführung der Machtlogik wird gegenwärtig gerade auch in der Frauenpolitik deutlich. Frauen sollen mehr gesellschaftlich und politisch wichtige Positionen einnehmen, also Macht anstreben und um Macht kämpfen. Dabei werden – zumindest öffentlich – immer weniger Handlungswege formuliert. Zugleich zeigt sich im öffentlichen Raum zunehmend Sprachlosigkeit im Hinblick auf den Sinn und die Notwendigkeit von Frauenpolitik, manchmal zugespitzt auf die Aussage, es gebe, jenseits offensichtlicher Gewalt gegenüber Frauen keine Geschlechterfrage mehr. Auch der gegenwärtige Zuwachs von Institutionalisierung bewirkt, dass Frauenpolitik sinnlos erscheint und ihre Notwendigkeit unsichtbar wird. Zu der zunehmenden Institutionalisierung von Politik gehört auch die ‚Gender‘-Politik. Diese verhandelt die Veränderung der Geschlechterverhältnisse in den Institutionen. Die Besetzung dieses Felds ist sinnvoll. Schwierig wird es allerdings, wenn Institutionen gleichzeitig zum Souverän von Frauenpolitik und Politik überhaupt erhoben werden... Gender Mainstreaming muss davon begleitet werden, frauenbewegte basisdemokratische Prozesse zu erneuern und zu stärken. Unser Unbehagen an der ‚Gender‘-Politik ist mehrfach:

- Gender-Politik und EU-Maßgaben sind unmittelbar miteinander verschränkt. Was heißt es aber, wenn in einer vermeintlich sich liberalisierenden Gesellschaft zugleich neue Bürokratiewasserköpfe in einer bislang nicht vorhandenen Dimension – wie sie

die Regularien der EU darstellen – hervorgebracht werden, ohne dass diese spezifische Gleichzeitigkeit von ‚Liberalisierung‘ und Institutionalisierung wahrgenommen und diskutiert wird? ... Der neue Bürokratismus saugt schon längst die Energien von Frauenprojekten auf. Diese klagen darüber, kaum mehr zu inhaltlicher Arbeit zu kommen, da sie auf der Suche nach Finanzmitteln immer mehr Zeit damit verbringen, von außen herangetragene Normen zu erfüllen. ... Social engineering – das ‚Machen‘ von Politik als Verwaltungshandeln – hat die Frauen- und Geschlechterpolitik erreicht.

- Individualität und individuelles Handeln verschwindet, wenn ‚die da oben‘ als für alles verantwortlich gelten. Ist das Gesellschaftliche aber identisch mit dem sozialen Gefüge, die Praxis der Institution mit der Politik? Und sind die Institutionen zugleich alles, was das Leben einer Frau und das Zusammenleben der Menschen bestimmt und bestimmen sollte?

- Der Begriff ‚Gender‘ organisiert die Beziehung zwischen den Geschlechtern in Form des ‚Paares‘ von Mann und Frau, um die Geschlechterpolitik öffentlicher Institutionen zu strukturieren: Budgets beispielsweise sollen so geplant werden, dass die Geschlechter gleiche Anteile erhalten. Hier wird nach den Frauen im Vergleich zu den Männern und – bestenfalls – nach den Männern im Vergleich zu den Frauen gefragt. Dieses Verfahren zwingt die Menschen jedoch wieder in die vorhandene Institution der Geschlechter als (heterosexuelles) Paar. Die Logik des Paares dominiert auf diese Weise das (Nach-)Denken über Geschlechterrollen und -verhältnisse. Die Wahrnehmung anderer Organisationsformen der Geschlechterbeziehungen ist blockiert. Aufgrund der Perspektive, dass beide Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt werden sollen, werden beispielsweise Frauenprojekte abgelehnt, da sie nicht auch Männer oder Jungen bedienen. Hierbei wird übergangen, dass solche Projekte ein Ungleichgewicht ausgleichen wollen. Doch entscheidender ist, dass Frauenprojekte Organisationsformen der Geschlechter repräsentieren und lebendig halten, die sich nicht unmittelbar über das Paar Frau-Mann definieren.

- Institutionalisierung und ‚Gender‘ erwach-

sen aus demselben Organisationsmuster.

Formalisierungen werden vorgenommen. Das gelingt aber nur im Rückblick, denn für die Zukunft kann niemand vorhersagen, wie die Geschlechterbeziehungen und -verhältnisse sich entwickeln werden. Hierzu braucht es einen offenen und öffentlichen Dialog, der dabei hilft, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Wenn Orte geschaffen werden, die dialogisch angelegt sind und außerdem eine Struktur vorweisen, in denen die Übergänge zwischen Prozessen und Institutionisierungen organisiert werden, können solche Dialoge institutionalisiert werden.

- Die Auseinandersetzung mit Männlichkeit war immer schon ein wichtiges feministisches Arbeitsfeld. Unter dem neutralisierenden Terminus ‚Gender‘ erfährt dieses Thema eine neue Renaissance, diesmal allerdings heimlich. Das Neutrum erlaubt eine solche Heimlichkeit, auch die erneute Nichtbenennung von Frauen. ...’<sup>1</sup>

## Systemanpassungen

In der umfassenden phallokratischen symbolischen Ordnung werden Frauen (auch als Platzhalterinnen des Umgangs mit anderen Nichtrepräsentierten) nach wie vor bestimmte ungleiche Plätze zugewiesen. Um nur einen eklatanten Befund zu benennen: Der Frauenarmuts-Bericht (von FEMM, Frauenausschuss des EU-Parlaments) stellte fest: ‚Das Armutsrisiko für Frauen sei wesentlich höher als für Männer. Die Gründe dafür sind wohl bekannt: Die Lohnschere zwischen Männern und Frauen beträgt durchschnittlich bis zu 33 Prozent.’<sup>2</sup>

Es gilt also zu klären, ob Gender Mainstreaming (GM) geeignet ist, dieses Unrechtsverhältnis strukturell zu ändern. Im Grunde ist der Begriff selbst schon ein Paradox. Es soll etwas in den Hauptstrom gebracht werden, was dessen Voraussetzung ist, nämlich Geschlecht (gender) als eine vorgängige Kategorie aller Lebens- und Arbeitsbereiche unter dem Primat eines strukturellen Machtgefälles. Es wird so getan, als könne man das ‚Urbild‘ durch sein ‚Abbild‘ ablösen bzw. als wäre es möglich, Ungleichheiten durch Gleiches (Vergleichung, Angleichung) aufzulösen. Offiziell klingt das so: ‚Hierbei geht es darum, die Bemühungen um das



Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspinnen, indem die etwaigen Auswirkungen auf die Situation der Frauen bzw. der Männer ... integriert werden.’<sup>3</sup>

Häufig wird unter GM-Strategie sogar die gleichmäßige Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern verstanden – ohne zu sehen, dass die schlechte Empirie damit zementiert wird. Bspw. wird statistisch festgestellt, dass Frauen Teilzeitarbeit bevorzugen. Wie erstaunlich, wenn Frauen als Mütter für die Reproduktionsarbeit zuständig sind.

#### **Anmerkungen aus wip**

In diversen GM-Workshops haben sich einige

hauptsächlich kritische Perspektiven entwickelt, die hier in Kurzform gebündelt werden:

*Wirtschaftsinteressen der EU stehen im Vordergrund, Gleichstellungsziel steht im Hintergrund.*

*In neuer EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 ist GM wieder als Querschnittsmaterie vorhanden, neu ist Gender Budgeting als spezieller Schwerpunkt.*

*Je mehr Beschäftigung mit GM, desto unklarer wird die Thematik.*

*Politik ist nie geschlechtsneutral, zumindest dieses Denken wird implementiert.*

*Konzept ist offen für verschiedene Zugänge und nicht per se fortschrittlich.*

*Widerspruch – Mainstream verändern zu wollen und ihn gleichzeitig zu akzeptieren.*

*Widersprüchliche Befunde, keine empirisch gesicherten Aussagen, weil noch kein längerer Zeitraum beobachtbar.*

*Top down-Ansatz ist idealistisch.*

*Make-up-Politik, Leitbilderplatzierung.*

*Neoliberale und technokratische Politikform.*

GM ist total elitäres Konzept; ist rhetorische Modernisierung. GM greift nicht in die Tiefe von Ungerechtigkeitsverhältnissen.

Für Gleichstellung im umfassenden Sinn ist GM nicht die richtige Strategie.

Verpackungspolitik ist zu kritisieren und als Instrumentarium zu nutzen. Auch wenn es nur auf Leitbildebene bleibt, heißt das noch lange nicht, dass das hinzunehmen ist.

GM gibt's idealistischerweise in öffentlichen Institutionen in Firmen, Organisationen; greift aber nicht im

Privatbereich, Reproduktionsbereich bleibt unangetastet.

Gibt es zu dem voodoo-topdown-Ansatz Unterlagen?

Erfahrungen von engagierten Einzelpersonen und deren Strategien? Leute in Organisationen werden oft, zusätzlich zur sonstigen Arbeit einfach so nominiert, da gibt es die Order von oben, aber ohne Engagement von Einzelnen.

Was soll Genderkompetenz heißen? – Skepsis gegenüber Rezeptwissen.

Ziele nicht eindeutig: Differenz oder Gleichheitsansatz nicht klar.

Geht es um das Finden von Unterschieden oder um das Finden von Strukturen, die Frauen und Männer zu Ungleichen machen?

GM bringt für Karrierefrauen was und es bringt den Unternehmen was, wenn die Ressource Frau genutzt wird. Sinnvoll für Frauen, die schon im System sind, aber für die Mehrheit der Frauen in schlechten Positionen, die keinen Zugang zur Karriereleiter haben, ist GM nicht nutzbar. Bestimmte Form von Frauenförderung bringt nur etwas für bestimmte Frauen: Blauschwarze Regierung hat sehr stark in Führungskräfte investiert. „Stark schwarz weiblich“.

Das Konzept verdrängt andere Konzepte und schafft Arbeit nur für ExpertInnen.

GM hindert aber nicht daran, Gleichstellungszielsetzungen zu entwickeln und umzusetzen.

Political correctness greift nicht in die Tiefe. GM ist mit Inhalten zu füllen. Bisher für weiße Frauen aus dem bürgerlichen Milieu.

Greift auf struktureller Ebene in bestimmten Teilsystemen, aber was ist mit den Personen, die aus diesen Teilsystemen ausgeschlossen sind?

Wo bleiben die anderen Minderheiten, Lesben, Schwule, Behinderte, Transgender?

Keine Transformation des sozialen Geschlechts.

Dualistisches Geschlechtermodell; will Stereotypen aufbre-

chen, zementiert sie aber auch wieder.

Homogenisierung der Gruppe Frauen.

Allgemein keine Auseinandersetzung mit GM aus der Perspektive der Migrantinnen.

Reibungsfläche zwischen Arbeitsmarktöffnung für Frauen oder für MigrantInnen – warum ist das ein Widerspruch, wieso wird das nicht gemeinsam berücksichtigt?

Wie kommen wir als migrantische NGO dazu, die Arbeit zu leisten, das GM-Konzept für unsere Arbeit umzuarbeiten? Wir arbeiten oft ehrenamtlich.

Feminismus will eigentlich nicht in Richtung Mainstream; Geruch von Anpassung an Mehrheit.

Feministische Perspektive geht weniger von produzierten Bedürfnissen aus, sondern mehr von politischer Haltung, die Machtverhältnisse nicht akzeptiert.

Männer on the top sägen sich doch nicht selber den Ast ab. Es bleibt immer im good will-Bereich.

GM verwischt Fragen des Widerstands und des Kampfes.

Realpolitische Möglichkeit: Übertragung des Konzepts auf Gemeindeebene. Z.B. Gemeinden Linz und Wien, denn deren Bundesländer schreiben GM groß auf ihre Fahnen.

Da könnten Forderungen angeknüpft werden, dort wo das Konzept nicht eingelöst ist.

## Zusammenfassende Fragen

GM ist: wissenschaftlich kaum ausgelotet, als Querschnittsthema in jedem EU-Projekt vorgeschrieben, von der offiziellen Politik aufgegriffen, von der Wirtschaft teilweise begrüßt, von Feministinnen kritisiert. Ist diese versuchte Regulierung eines gleichzustellenden Geschlechterverhältnisses ein Fortschritt, oder trägt sie als top-down-Strategie einem gesamtgesellschaftlich zu beobachtenden ‚Backlash‘ Rechnung? Was bedeutet es, wenn GM hauptsächlich innerhalb bestehender Institutionen, Organisationen und Projekte gefordert und gefördert wird, wenn gleichzeitig die alltägliche (nicht nur Familien-)Praxis auf der unbezahlten Arbeit von Frauen basiert? Was bedeutet es, wenn eine im öffentlichen Diskurs erscheinende Gleichzeitigkeit von Neoliberalismus und Prekarisierung mit dieser Form von Geschlechterpolitik feststellbar ist? Was bedeutet es, wenn in den GM-Konzepten von dem Unterschied (den unterschiedlichen Rollen) der Geschlechter die Rede ist – zu einer Zeit, wo es Queer- und Transgenderkonzepte gibt? Ist

es nicht so, dass GM deutlich auf der Ideologie des heterosexuellen Paares (aufgeblasen auf alle gesellschaftlichen Gebilde) beruht und damit alle anderen Formen von (Arbeits-)Organisation, Politik und Leben aus sich ausschließt? Was heißt es, wenn die unterschiedlichen Verschiedenheiten von/unter Frauen wie Migration, Bildung, Alter, Klasse usw. in dem Konzept nicht vorkommen? Geht es um die Schein'erlösung der alles und jede/n durchziehenden Gewalt- und Machtverhältnisse? Begriffe wie Entfremdung, Kritik, Solidarität, Ausbeutung, Unterdrückung, Opfer – sie scheinen wie abgetrieben im Mainstream.

,Unter dem Druck neoliberaler Restrukturierung wird Gender Mainstreaming zunehmend als ein Instrument der Organisationsentwicklung aufgefasst und Gleichstellung damit zu einem Problem von zu optimierenden Verwaltungsabläufen umdefiniert. Verfolgten internationale Frauennetzwerke mit GM ursprünglich die Einflussnahme auf makroökonomische Rahmenbedingungen, droht heute das Konzept zu einem Instrument der Anpassung von Frauen an die Erfordernisse spätkapitalistischer Produktion zu verkommen.'<sup>4</sup>

Feministische Selbstorganisationen haben sich teils realiter, teils idealiter – im Unterschied zu institutionalisierter Frauenpolitik – ihrem Selbstverständnis nach nicht um die Adaption des Herkömmlichen und das Buhlen um all-gemeine Anerkennung herum bewegt. Kritik braucht Orte der Distanz und Zeiten der Differenz.

Wie hieß es doch – noch gleich nicht mehr?  
,Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.'

*Birge Krondorfer (Frauenbetz)*

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Sinn – Grundlage von Politik; verf. von M. Frank, A. Günter, U. Knecht, A. Kölzer, B. Krondorfer, S. Krüger, U. Moeller, S. Petersen, U. Wagener, M. Wolf. Rüsselsheim 2005

<sup>2</sup> an.schläge Das feministische Magazin. 02/2006, S.19

<sup>3</sup> Mitteilung der EU-Kommission zur „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“

<sup>4</sup> Tove Soiland: Manuskript zur Tagung der Frauenbetz „Nachrichten aus Demokratien“, Oktober 2006



# Diskursives Equality bei Equal

## Problematisierung

*als eine Technik der Kritik. Sie sucht nicht die Wahrheit, sondern pluralisiert Wahrheiten. Ihr geht es nicht um Konsens, sondern um Machtanalyse! Sie zerstört die Harmonisierungstendenzen, die schließlich harmonisieren, indem sie disziplinieren und normalisieren! Und Normalisierung ist immer ein Akt, eine Praxis der Ausgrenzung! Diejenigen, welche definieren, definieren auch was „normal“ ist, indem sie sagen, was „richtig“ ist.*  
(Castro Varela, 2001)

Damit ein Sprechen zu Effekten bzw. Wirkungen führt, muss die sprechende Person autorisiert sein.

*Eine performative Aussage ist immer dann zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht von einer Person kommt, die auch die „Macht“ hat, sie auszusprechen, oder wenn, ganz allgemein, die jeweiligen Personen oder Umstände nicht „die richtigen“ sind, „um den betreffenden Vorgang einzuleiten“, kurz, wenn der Sprecher für die Worte, die er spricht, keine Autorität hat. Das Allerwichtigste ist aber vielleicht, dass das Gelingen dieser sozialen Magie, wie sie die Autoritäts- oder, was auf dasselbe hinausläuft, die autorisierten Akte darstellen, vom Zusammenspiel des ganzen Systems interdependenter Bedingungen abhängt, die bei sozialen Ritualen erfüllt sein müssen.* (Bourdieu, 2005)

Projekte zeichnet es u.a. aus, einen Beginn und ein voraussehbares Ende zu haben. Auch die im Antirassismusbereich. Was geschieht aber mit erarbeiteten Inhalten und Strategien nach Abschluss eines Projekts wie EQUAL? Institutionalisierte antirassistische Projekte bzw. deren Inhalte können sehr schnell zum antirassistischen (statischen) Mainstream werden, da durch die ideell und textuell vermittelten Projektvorgaben, die die strukturellen Ebenen bzw. strukturellen Rassismen in der Regel ausblenden, diese projektintern häufig als das ausschließliche Problem angenommen werden. Dieser Zugang vereinfacht bzw. ermöglicht das Ausblenden der persönlichen Verortung und Verantwortung – z. B. der MitarbeiterInnen von EQUAL-Projekten im

Antirassismusbereich und führt in die Sackgasse des Rassismus, in einem System, das die Ursache dieses Sachverhalts ist, sich selbst aber nicht in Frage stellen will. Durch die Nicht-Hinterfragung diskursiver und kommunikativer Aspekte erfolgt eine all zu oft einseitige Rezeption der von EU und anderen GeldgeberInnen vermittelten Inhalte, die diese als stabile und mit sich im ganzen Vorgang stets identische Entität konzipiert. Ganz konform mit der Annahme, auf der die meisten Kommunikationsmodelle beruhen, deren Ursprung in einer mathematischen Theorie von Kommunikation liegt, gibt es eine/n SenderIn, welche/r über einen Kanal eine Information bzw. Nachricht an eine/n EmpfängerIn verschickt. Übersetzt in den EQUAL-Kontext wäre die EU bzw. das ESF der Sender, die Information z.B. der Ausschreibungstext für Projekte, die Empfängerin wäre wip und der Kanal die ESF-Hompage. Die „Information“ bzw. der Text, so die These, wird beim „Sender“ (EU/ESF), im „Kommunikationsmedium“ wie auch beim „Empfänger“ (wip) stets als dieselbe angenommen. Damit ist eine Identität von kommunikativer Mitteilungsentention eines sich sprachlich äußernden Individuums bzw. einer sich äußernden Institution und dem Verstehen (d.h. der realisierten Bedeutung) bei den RezipientInnen behauptet. Offenbar wird davon ausgegangen, dass eine „Information“, z.B. der Text einer Projektausschreibung, (als dabei identisch bleibende) von der sprachlichen Äußerung bzw. den schriftlichen (Antrags-/Projektvorgabe-)Texten lediglich „transportiert“ wird. Dieser Aspekt äußert sich schon im Text der Projektausschreibung, den Finanz- und anderen Projektleitfäden, den Ergänzungstexten der Ausschreibung usw. Diese Texte haben es an sich, die RezipientInnen dazu zu bringen, ihnen eine eindeutige Intention und im Zuge dessen auch eine Handlungsmacht zuzusprechen und damit auch als starr richtungsweisend anzuerkennen. Der Text, welcher auch immer, als angenommen intentionsgeladener ideologischer Sprengstoff.

*Die Identitätsannahme bezüglich sprachlich vermittelten Sinns, also die Annahme, dass ein Textinterpret nur das aus einem Text „herauszuholen“ habe, was in ihn vom Textautor „hineingelegt“ wurde, ist nicht nur ein Merkmal der Code-Theorie der Kommunikation, sondern auch der meisten Konzeptionen von Semantik. Die Auffassung, dass ein Text (ein Satz, ein Wort), d. h. die sprachliche Formulierung im engeren Sinne (der „Wortlaut“), eine Bedeutung dem Rezipienten gegenüber schon „mitbringt“ oder „in sich trägt“, zählt zum unaufgeklärten Problembestand nahezu sämtlicher Kommunikations- und Bedeutungstheorien. (Busse, 1991:11)*

## **Diskursive Macht**

Die diskursive Entfaltung von für die Projektarbeit richtungsweisenden (in der Regel textuellen) Vorgaben zeigt sich für mich als maßgeblich die Projektarbeit mitgestaltend. Diskurse sind immer mit Macht und den Relationen bzw. Interdependenzen von Machtwirkungen verbunden. Am Deutlichsten zeigt sich die diskursive Machtverbundenheit in der Sanktionierung bzw. Unterdrückung von Gegen-Diskursen, von Diskursen, die herrschende Diskurse problematisieren, hinterfragen, kritisieren, angreifen. Dieser Aspekt wird besonders bei institutionalisierten Diskursen sichtbar, die ich als in hegemoniale Strukturen verankerte Diskurse sehe. Es ist aber nicht so, dass Gegen-Diskurse sich ausschließlich auf die Bekämpfung von hegemonialen Strukturen aus einer untergeordneten Position beziehen. Sie entstehen auch innerhalb des herrschenden Systems und auch innerhalb von widerständigen Diskursen. Der Ort, von dem aus, und die Perspektive, aus der projektarbeitrelevantes Wissen erlangt wird und aus dem/der heraus gehandelt wird, wurden im Rahmen von *wip* zum Teil aus den Augen verloren. Dieses projektarbeitrelevante Wissen wurde so gut wie nicht thematisiert, zumindest nicht explizit. Jeder Ort, von dem aus gehandelt wird, von dem aus Diskurse produziert werden, ist von Machthierarchien bestimmt. Diese Sichtweise geht aus einer Perspektive hervor, die Diskurse als politische und ideologische Praxis ansieht. Diskurs als politische Praxis etabliert, stützt und verändert Machtbeziehungen. Diskurs als ideologische Praxis konstituiert, stützt und verändert

Bedeutungen über die Welt aus verschiedenen Positionen der Machtbeziehungen heraus. In beiden Fällen kann Diskurs als Wissen produzierend betrachtet werden, das den Interessen einer bestimmten Gruppe von Menschen dient. Es hat auch in *wip* eine geregelte/regelgeleitete Re-/Produktion von Wissen stattgefunden; das zeigen, trotz aller individuell interpretativer Mechanismen im Zuge des Protokollierens, auch die zahlreichen Protokolle unterschiedlicher *wip*-Sitzungen. Die Kenntnis der und der Umgang mit den Regeln des im Rahmen von *wip* geführten Diskurses wurden dabei stillschweigend als vorhanden vorausgesetzt.

Dass rassistische und diskriminierende Diskurse nicht nur MigrantInnen betreffen, war bei *wip* leider kein Thema. Diskriminierende Diskurspraktiken, die einen zugrunde liegenden Mechanismus haben, betreffen ebenfalls Lesben, Schwule, transidente Personen, Menschen mit Behinderungen, religiöse und andere kulturelle (Rand-)Gruppen und haben auch Einfluss auf Menschen, die sich zu keiner der gesellschaftlichen Minoritäten zählen würden, da diskriminierende Diskurse die Wirklichkeit von uns allen auf die eine oder andere Art strukturieren. Besonders der letztere Aspekt wurde im Rahmen von *wip* nur am Rande zur Kenntnis genommen, nicht aber auf *wip*-gesamter Ebene. Dem Ignorieren pluraler Wirksamkeit von diskriminierenden Diskursen könnte eine Angst oder Abneigung vor einer „Vermantschung“ von Inhalten zugrunde liegen. Es verweist aber einzelne AkteurInnen wirksam und hegemonial auf ihren Platz: Frauen kämpfen für Frauen; Schwarze Menschen für Schwarze Menschen; Lesben für Lesben. Auf jeden Fall erscheinen im Zuge dessen Handelnde leicht als Marionetten, die an Fäden in die „richtige“ EU-Position politischer Subjekte bewegt und an ihren Ort verwiesen werden.

## **Re-Kontextualisierung statt Ko-Kontextualisierung**

(Diskursive) Kämpfe von sog. Minderheiten schienen und scheinen mir allzu oft allein auf Kämpfe um Anerkennung und Partizipation reduziert worden zu sein. Die Verweigerung dieser Anerkennung bzw. Partizipation äußere sich in Abwertung, Ignoranz und

Ausschlüssen durch herrschende Instanzen. Ein herausragendes Ziel im Kampf gegen die sog. Mehrheit wäre das Erkämpfen von Strukturen, die Selbst-Empowerment ermöglichen und aus denen heraus weitere Handlungen gesetzt werden. Abwertung, Ignoranz und Ausschluss werden auf der Ebene der Schaffung eines positiven Selbstbildes bekämpft, das als Voraussetzung für alle weiteren Kämpfe gesehen wird und durch Selbstrepräsentation gesichert zu sein scheint. Es geht aber um weit mehr als Anerkennung und Partizipation im Zuge von Selbst-Empowerment-Prozessen. Es geht um einen sozialen und politischen Status, nicht um den Status einer gruppenspezifischen Identität. Es geht um einen Kampf gegen institutionalisierte und im Alltag übernommene Wertmuster, die einige als den Normen entsprechend und andere als defizitär oder minderwertig definieren. Es geht auch um die Frage, wie sich heteronormative Werte und Normen in die Individuen hineinverlagern und welche institutionellen politisch-rationalen Formen sie annehmen.

Welche Möglichkeiten hat(te) nun mit allen diskursiv vorgegebenen, hier nur teilweise und ansatzweise angerissenen, und produzierten Strukturen ein Projekt wie wip, für antirassistische Arbeit abseits EU-normierter antidiskriminierender Inhalte? Begriffe wie *Empowerment* und *Antirassismus* sind schon lange EU-Wortschatz. Das bedarf eines politisch bedachten Umgangs, einer Re-Kontextualisierung statt einer Ko-Kontextualisierung eben dieser und anderer Begriffe. Diese Vorsicht im Umgang mit Begriffen, die aus widerständigen Räumen in offizielle, institutionalisierte, hegemoniale Räume übernommen worden sind, zeigt, dass es nicht um eine Bedeutung der Begriffe an sich geht. Es geht um die Verwendungszusammenhänge und diskursiven Funktionen von Begrifflichkeiten. Das Handeln wird in diesem Kontext leicht zur Gratwanderung. Trotz allem wird, zurecht, der EU explizit eine bedeutende Handlungsmacht zugeschrieben, indem eine Änderung des Status von Einzelpersonen und Selbstorganisation bewirkt wurde und dieses auch (an)erkannt wird.

Finanziell geförderte Projekte im Antirassismusbereich sind einerseits auch eine arbeitsplatz- und damit existenzsichernde Maßnahme; andererseits erfolgt eine institutionalisierte und damit fremdbe-

stimmte Strukturierung der Arbeit im Antirassismusbereich bzw. kann es leicht dazu kommen. Es kann leicht in die Ko-Konstruktion besagter, von der EU angeeigneter und umgedeuteter Inhalte und Begrifflichkeiten gefallen werden. Und diese Falle ist tief, auch wenn die Grube nur strategisch gegraben wurde. Die Beziehungen zwischen besagten Ebenen – der ökonomischen und der politischen – bestimmen maßgeblich die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns im Rahmen von geförderter Projektarbeit.

*Vlatka Frketic (Peregrina)*

Literatur:

- Bourdieu, Pierre (2005, 11990): Was heißt Sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller
- Busse, Dietrich (1991): Textinterpretation. Sprachtheoretische Grundlagen einer explikativen Semantik. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Castro Varela, Maria do Mar (2001): Antirassismus – Interkulturelle Kompetenz – Diversity – Empowerment. Zur Problematisierung von Begriffsklärungen. In: Interkulturelle und antirassistische Trainings – aber wie? Dokumentation der Tagung des Landesentrums für Zuwanderung NRW in Kooperation mit IDA e.v., der Werkstatt Bildungswerk Essen und der Bergischen Universität (GH) Wuppertal, 18.-19. Januar 2001

# Überlegungen zu EQUAL

*...und wie geht's sonst der Antirassismusbearbeitung in Österreich?*

Was sehen wir, wenn wir auf unsere mehrjährige Beschäftigung in den EQUAL-Projekten zurückblicken?

Zunächst einmal die Tatsache, dass mehrere hundert Menschen österreichweit mehrere Jahre davon nicht schlecht gelebt haben. Als nächstes, dass die Projekte so gut wie nur an große NGOs vergeben wurden. In Österreich an die Caritas, die Volkshilfe z.B. oder andere größere Organisationen. Dass auch kleinere Organisationen ein EQUAL-Projekt bekamen, war die Ausnahme und nicht die Regel. Es gehörte eine gehörige Portion Selbstausbeutung im Vorfeld dazu. Nach der Antragsphase kam die Phase der Selbststrukturierung als Teil eines „Europäischen Projekts“. Die Struktur war großteils vorgegeben. Sie bestand aus einer koordinierenden und einer finanzverantwortlichen Organisation. Das Berichtswesen, die Finanzkommunikation, die strategische Partnerschaft mit den Sozialpartnern, Gender Mainstreaming und einiges mehr war formell vorgegeben und musste beibehalten werden.

Ein besonderes „arbeitrechtliches Privileg“ für EQUAL-MitarbeiterInnen war, dass Menschen ohne Arbeitserlaubnis in Anstellungsverhältnissen (oder als freie MitarbeiterInnen) arbeiten durften. Ein „Widerspruch“ in der gesetzlichen (und mentalen) Lage Österreichs. Laut EU-Richtlinie/n ist der Zugang zu Arbeit von Menschen ohne Arbeitserlaubnis in befristete Jobs möglich, wenn sich diese Arbeit als Forschungsprojekt definiert. Die entsprechenden „Schlüsselkräfte“ in diesen Pilot- und Forschungsprojekten dürfen dort mit allen arbeitsrechtlichen Verhältnissen arbeiten.

Das hat sich allerdings als große „Überforderung“ für das AMS herausgestellt, da die Arbeitslosengelder für diese Personen auszuzahlen wären, sie aber als Arbeitssuchende nicht (mehr) im regulären

Arbeitsmarkt vermittelt werden können (dürfen). Für illegalisierte Personen ist diese „Arbeitsmarktlücke“ nicht zugänglich.

Soviel zu diesen Möglichkeiten im „Europäischen Projekt“.

## Überlegungen zu EQUAL

Wenn also die Organisationen wie im Fall von „work in process“ (wip) versuchten, eine möglichst demokratische Struktur aufzubauen, so war das nur innerhalb der vorgegebenen möglich. Und diese Vorgaben waren klar. Der Versuch der Schaffung einer eigenen Struktur, einer dauerhaften Struktur, die auch über die EQUAL-Projekte hinaus gesichert wäre, hat sich jetzt, am Ende der Periode, nicht bewahrheitet. Zu groß waren die Hürden und zu verschieden die Ausgangspositionen der beteiligten AkteurInnen. Vor allem ging es dabei nicht so stark um Ideologien, sondern um Geld, also um die Möglichkeit, sich finanziell abzusichern. Der Versuch, ideologisch zu agieren und die eigenen Strukturen zu festigen, ist gescheitert. Zumind. kommt uns das rückblickend so vor. Weiters ist, so unsere Erfahrung, auch die Anbindung der NGO-Szene an die Sozialpartner gescheitert: Sowohl die Wirtschaftskammer als auch der ÖGB sind schwerfällige, große Organisationen, die mit kleineren Vereinen nicht viel am Hut haben. Vor allem weil diese Vereine im Bereich des politischen Antirassismus an der Delegitimierung der Sozialpartner gearbeitet haben. Die Wirtschaftskammer hat dabei von Anfang an eine ruhige, aber machtbewusste Position eingenommen. Es war von Anfang an klar, dass es ihr dabei um zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen für das eigene Klientel ging. Daher war die Wirtschaftskammer auch berechenbar.

Nicht so der ÖGB. Abgesehen von den Ereignissen

der letzten Monate hatte der ÖGB Schwierigkeiten, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten. Insbesondere ist das bei den MigrantInnen der Fall. Sowohl der ÖGB als auch die AK stehen hinter der rassistischen Gesetzgebung in Österreich. So bedeutet jegliche Zusammenarbeit mit MigrantInnen-Selbstorganisationen eine Gefahr, substanziell delegitimiert zu werden.

Das sind einige der Lehren, die wir aus der EQUAL-Organisationsstruktur gezogen haben. Was aber ist mit uns? Was hat sich im Antirassismusbereich verändert, seit wir in EQUAL arbeiten?

### **...und wie geht's sonst der Antirassismuarbeit in Österreich?**

Die NGO-Szene hat sich gespalten. In diejenigen, die Geld haben und davon relativ gut leben können, und diejenigen, die kein Geld haben. Der Glaube, dass die politische Arbeit mit Hilfe europäischer Finanzierung kontinuierlich weitergehen wird, hat sich nicht bewahrheitet. Viele frühere AktivistInnen sind im Rahmen der EQUAL-Projekte mit einer Fülle von bürokratischen Aufgaben und mit verpflichtenden Sitzungsterminen konfrontiert worden. Und auch damit, dass das normale Funktionieren den Spaßfaktor abgelöst hat. EQUAL ist Teil der Europäischen Normalität und das haben die AktivistInnen zu spüren bekommen.

Was wir aus unserer Sicht noch daraus gelernt haben, ist, dass viele Menschen in den Projekten einen Überreifer entwickelt haben. Die hohe Finanzsumme bewirkte ein verstärktes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Geldgebern. Das führte dazu, dass viel mehr als die zuvor geplanten Aktivitäten geleistet wurde. Alles in dem Glauben, für die eigene Sache auch etwas zu tun. Aber diese Art „Hyperaktivität“ führte auch zur Einkapselung in die eigenen Arbeitsbereiche. Somit gibt es seit EQUAL keine grenzübergreifenden und themenspezifischen Initiativen und Kampagnen mehr. Die bestehenden ehrenamtlichen Strukturen haben sich verändert. Die Tatsache, dass manche AktivistInnen über Geld verfügen, hat sich auf die politische antirassistische Szene eher negativ ausgewirkt. Andererseits ist es natürlich auch legitim, da die Menschen von etwas

leben müssen. Strukturmäßig hat EQUAL jedoch nicht viel gebracht.

Wir stehen jetzt etwa vor derselben Ausgangssituation wie vor fünf Jahren, nur dass die Probleme andere geworden sind. Die Antworten auf die brennende Frage, wie wir jetzt dem strukturellen Rassismus entgegenzutreten sollen, scheinen uns jetzt weniger konkret als noch vor fünf Jahren.

Auch die politische Landschaft hat sich verändert. Während vor Schwarz-Blau (-Orange) der Antirassismus noch mit Delegitimierung arbeiten konnte, weil es damals Kräfte innerhalb der Regierung gab, die an die Ideologie anknüpften, die kritisiert wurde, ist das jetzt nicht mehr der Fall. Der regierende rechte Flügel ist auf ideologischer Ebene nicht mehr angreifbar.

Die politische Kaste hat sich zunehmend verselbständigt und die Tätigkeitsbereiche zwischen Politik und Zivilgesellschaft berühren sich kaum noch. Eine Tendenz ist allerdings zu bemerken, nämlich die zunehmende s.g. NGOisierung der Politik, also die Vereinnahmung und das Benützen von (bestimmten) NGOs durch (regierende) Parteien zum Zweck der Verfestigung der eigenen Macht. Es kommt zu keinen (praktischen) Zusammenkünften zwischen Menschen an der Macht und Menschen, die beherrscht werden. Weder die Grünen noch die SPÖ lassen sich durch Kritik von ihren rassistischen Toleranzprinzipien abbringen. Die ÖVP erlebte, nicht zuletzt aufgrund des allgemeinen europäischen Trends, einen Rechtsruck und die anderen Parteien folgten ihr. Die rechte Mitte ist der Ort, an dem sich die Macht derzeit konzentriert. Und für die politisch-antirassistische Szene stellt sich die Frage, wie diese Mitte politisch angreifbar ist. Antirassistische EQUAL-Projekte haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, auf diese Frage eine Antwort zu liefern.

Während AktivistInnen in Auftrag des „Europäischen Projekts“ Programme gegen Rassismus und Diskriminierung (am Arbeitsmarkt) entwickeln und erproben (sollen), für „interkulturelles Leben“ und „Diversität im Betrieb“ einschulen, werden gleichzeitig von der Regierung die restriktivsten „Fremdengesetze“ umgesetzt. Menschen ohne EU-Pass dürfen nur noch möglichst eingeschränkt nach Österreich kommen. Hier leben sie dann in prekären (Arbeits-

und Aufenthalts-)Verhältnissen. Binationale Ehen stehen grundsätzlich unter Verdacht und sind polizeilicher Kontrolle ausgesetzt. Die österreichische Staatsbürgerschaft wird u.a. durch nationalistische „Tests“ möglichst unzugänglich gemacht usw. usw. „Managen der Diversität“ ist das Trendwort in der Tagespolitik.

### ...und wohin mit dem politischen Antirassismus?

Dennoch gibt es Bereiche, in denen der politische Antirassismus in den letzten Jahren sehr stark rezipiert wird: und zwar in den Bereichen der Kultur, der unabhängigen Medien und der Kunst.

Da scheint eine breite Szene entstanden zu sein, die sich an einer regen inhaltlichen Diskussion beteiligt. Dieser Umstand muss aber auch als eine Art Flucht bewertet werden. Denn da die meisten von uns vom Sozialbereich genug hatten und von der Politik nichts zu holen war, kam die Kunst- und Kulturszene gerade recht, denn da gibt es Unterstützung.

Insofern versuchen wir nun, was den politischen Antirassismus betrifft, einen langwierigen kulturellen Stellungskrieg zu führen. Die großen Kämpfe innerhalb der Szene sind jedoch vorbei.

Der moralisierende Antirassismus stößt, falls er überhaupt noch an die Öffentlichkeit kommt, höchstens

auf ein müdes Lächeln. Allen ist klar, dass Helfertum und Mitmenschlichkeit nicht zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen geführt haben. Auch die großen Mainstream-Medien haben sich dadurch aus dem Bereich des Antirassismus zurückgezogen. Der Stellungskrieg wird also über Medien geführt, die keine breite Öffentlichkeit haben, aber dafür umso reger von jenen rezipiert werden, die den Zugang haben.

Gleichzeitig sind, was die AktivistInnen betrifft, zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Einerseits hat sich der Kreis derer, die sich an den Diskussionen der letzten fünf Jahren beteiligt haben, vergrößert. Auch die neuen Selbstorganisationen sind entstanden und bestimmte Organisationen haben sich institutionalisiert. Andererseits ist eine Tendenz der Spaltung zu beobachten: Viele AktivistInnen wirken alleine, in kleinen Kreisen oder in deren kleinen Organisationen. Eine starke politische antirassistische Organisation, wie es etwa ANAR (Austrian Network Against Racism) war, ist gescheitert. Derzeit sind die Verbindungen zwischen Wien und den Bundesländern schlechter als je zuvor. Und das trotz EQUAL und der Möglichkeit, sich österreich- und europaweit zu vernetzen.

*Ljubomir Bratic, Petja Dimitrova (Initiative Minderheiten)*



# Wipolitik – ein gallisches Dorf in Auflösung

Im Rahmen unserer Entwicklungspartnerschaft work in process (wip) ist die Diskussion aufgeflammt, inwiefern unser Tun politisch ist. Diese Frage ließe sich leicht abtun mit dem Hinweis: Alles ist politisch. Aber das ist genauso nichts sagend, wie zu sagen: Alles Leben ist Chemie. Die Frage ist doch vielmehr: Wie politisch ist wip? Hier meine Meinung dazu. Ich definiere das Politische als die Summe der Auseinandersetzungen rund um die Herstellung von allgemeinverbindlichen Struktursetzungen. Das Tun verläuft in Handlungssträngen, d.h. in Verflechtungen von motivgeleiteten Aktionen und Reaktionen in wechselbaren/ infiltrierbaren/ veränderbaren Kontexten. Ein Handlungsstrang ist umso politischer, je stärker seine Auswirkungen auf allgemeinverbindliche Struktursetzungen sind.

## Die Qualität des Politischen

Dass ein Handlungsstrang politisch ist, ist nicht per se gut. Beispielsweise kann ein gelungener Terroranschlag gleichermaßen das dahinter stehende Problem ins öffentliche Bewusstsein rufen und neue TerroristInnen anwerben sowie zur Legitimation und Verschärfung des Anti-Terror-Krieges samt entsprechender Gesetze und Aushöhlung der Grundrechte beitragen. Eine friedliche Demonstration kann ignoriert werden oder durch ihre gewaltsame Niederschlagung möglicherweise mediales Interesse und öffentliche Empörung erhalten, was wiederum EntscheidungsträgerInnen dazu nötigen kann, den Grund für die friedlichen Demonstrationen zu beseitigen. Die beiden Beispiele sollen andeuten, dass ein Handlungsstrang in seiner politischen Qualität durch mehrere Kriterien reift: Erstens sollte ein politischer Handlungsstrang ein unmittelbares Ziel haben, d.h. den eigenen Einfluss auf eine allgemeinverbindliche Struktursetzung in einer bestimmten Richtung benen-

nen können. Alinski (1984, 139) geht sogar so weit zu behaupten, dass Aktion nur in der Reaktion des Gegenübers besteht. Zweitens kann die politische Qualität eines Handlungsstranges durch den bewussten Umgang mit einem taktischen (räumlich-zeitlichen Umgang mit Widerständen) und machetischen (nahkampftechnischen) Repertoire gesteigert werden, indem die eigenen Möglichkeiten ausgereizt und Ressourcen mit jeder Teilhandlung wirksamer eingesetzt werden. Drittens sollte ein politischer Handlungsstrang in eine Strategie eingebettet sein, d.h. über ein unmittelbares Ziel und die unmittelbaren Reaktionen hinausblicken, andere Handlungen und Entwicklungen mit bedenken und weiter entfernte Ziele (Utopien) ansteuern.

## Verhaltene diskursive Impulse

Bei den Modulen und Arbeitsbereichen (A3, Transnationales, IKT, GM, interne Evaluierung, Finanzverwaltung und inhaltliche Koordination) von wip haben wir es mit programmierten Handlungssträngen zu tun. Es hat sich gezeigt, dass die Partnerorganisationen sich an ihre in der Antragsphase selbst gegebenen Programme ziemlich genau gehalten haben. Die Programme waren allesamt innovativ, hatten also einen gewissen Experimentalcharakter. Abgesehen von der Erfüllung einiger numerisch messbar gemachter Leistungsdaten musste also kein konkretes Ergebnis erzielt werden. Vielmehr wurde der Weg zum Ziel gemacht. Das hat einerseits zu einer Immunisierung gegenüber den bedrohlichen Momenten des Subventionswesens geführt und sich auch sehr positiv auf die Umsetzung ausgewirkt. Andererseits hat sich im Rahmen der Selbstevaluierung bei allen Modulen und Arbeitsbereichen in mehr oder weniger ausgeprägter Form das Problem ergeben, dass eine Zielerreichung anhand von

Kriterien erst konkretisiert werden musste, um messbar zu sein. Die Ziele waren im Antrag notgedrungen allgemein gehalten. Die eigene Arbeitskraft wurde anhand der konkreten Wegbeschreibungen so verplant, dass für zusätzliches Engagement wenig Raum geblieben ist. Die politischen Ziele wurden im Antrag höchstens impliziert, da es eine Vorgabe im Rahmen von EQUAL ist, etwas zugunsten von diskriminierten Zielgruppen zu tun, ohne jedoch die Gesetzeslage anzugreifen. Diese schizophrene Vorgabe hat dazu geführt, dass alle Module und Arbeitsbereiche ihre politischeren Ziele im Bereich der Intervention in gesellschaftliche Diskurse gesetzt haben. Sie haben ihr politisches Wirken also in dem diffusen umkämpften Vorfeld der allgemeinverbindlichen Struktursetzungen angesiedelt und waren dabei eher verschämt als unverschämt. Ein solches Vorgehen war in der Antragsphase opportun, um die Genehmigung nicht zu gefährden. Das damit angelegte Programm hat jedoch gewirkt. Den diskursiven Impulsen in einer breiteren Öffentlichkeit galt nicht unser Hauptaugenmerk. Es wurden via Einladung speziell interessierte Öffentlichkeiten zu Veranstaltungen, Seminaren und Konferenzen bewegt. Es ist nicht wirklich gelungen, in bislang unerschlossene Öffentlichkeiten einzudringen und die eigenen Diskurse dort zu verankern, aber immerhin haben sich neue Gesichter gezeigt, die als Drehpunktpersonen in ihre jeweiligen Öffentlichkeiten hinüberwirken werden. Von keinem Modul wurde die Auseinandersetzung mit politischen GegnerInnen gesucht oder ein entsprechendes fake initiiert, um über die Konfrontation Interesse und Positionierung zu den Leitthemen Selbstorganisation, Empowerment, Diskriminierung, Antirassismus u.a. einer breiteren Öffentlichkeit zu erzeugen. Es sei allerdings betont, dass es für ein zeitlich limitiertes Projekt aus Überlegungen der Nachhaltigkeit heraus durchaus sinnvoll erscheint, speziell interessierte Öffentlichkeiten intensiver zu bearbeiten, anstatt die Bemühungen zunächst in eine breitere Öffentlichkeit zu streuen, ohne danach Zeit und Ressourcen zu haben, die Ernte einzufahren und die lancierten Diskurse im größeren Kreis der neu Interessierten zu festigen. Der Verzicht auf eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit liegt also zu einem großen Teil an den strukturellen Vorgaben, die Projekte wie wip beherrschen.

## **Modell ja, ... aber für wen?**

Über die diskursiven Impulse hinaus hat wip auf organisatorischer Ebene einen politischen Anspruch verfolgt. wip hatte als explizit formulierte Gesamtstrategie die Stärkung der Selbstorganisationen von MigrantInnen in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Die Umsetzung dieser Gesamtstrategie wurde nicht über einen separat programmierten Handlungsstrang betrieben, sondern war den einzelnen Partnerorganisationen in den Modulen und Arbeitsbereichen überlassen. Fazit zur Gesamtstrategie: Das Experiment wip ist gelungen. Kleinere Selbstorganisationen von MigrantInnen ohne Erfahrungen im Subventionswesen können im Verbund mit erfahreneren NGOs ein größeres EU-Projekt durchführen und ihre Teilbereiche sehr professionell autonom betreiben. wip ist ein Modellprojekt, das sich trotz der widrigen Strukturen, die v.a. wegen der Vorfinanzierung und des hohen Bürokratisierungsgrades gar nicht für kleinere Organisationen gebaut sind, sehr gut umsetzen ließ; wegen des engeren Kontakts zu den diskriminierten Zielgruppen sogar besser als die meisten anderen EQUAL-Entwicklungspartnerschaften. Allerdings stellt sich mit dem Auslaufen von EQUAL die Frage, für wen unser Modellprojekt Modell sein soll? Die nächsten EU-Förderungen lassen aufgrund des derzeitigen Anlaufens der neuen Kommissionsperiode auf sich warten. Bis die entsprechenden Projekte starten, sind die in EQUAL aufgebauten Strukturen verendet. Die arbeitslosen MitarbeiterInnen werden in alle Winde zerstreut sein. Das Modell wip wurde nur relativ verhalten diskursiv verbreitet; nicht nur, weil Eigenlob stinkt und weil es nicht angeht, andere Projekte schlecht zu machen, sondern weil eine Auseinandersetzung mit anderen Projekten und mit den subventionsgebenden Instanzen viel Arbeit bedeutet, die nicht im Programm angelegt war und daher gefehlt hat. Im Vergleich zu open up – einer Entwicklungspartnerschaft in der ersten EQUAL-Antragsrunde – war bei wip sogar der formalisierte Austausch mit anderen EPen im Bereich Antirassismus abgeschnitten, weil wip aufgrund von taktischen Kooperationsverweigerungen in der Antragsphase bei der thematischen Vernetzung der Entwicklungspartnerschaften dann im Asylbereich um Asyl ansuchen musste.

## Das politische Ende

Es zeigt sich also, dass weder die diskursiven Interventionen aus den Modulen und Arbeitsbereichen noch der Modellcharakter von wip als Ganzes in einen einigermaßen unmittelbaren Zusammenhang mit einem Einfluss auf allgemeinverbindliche Struktursetzungen gebracht werden können. Die Arbeitsgruppe „Killtrolling“, die sich aufgrund der fortgesetzten Controlling-Angriffe auf einzelne Partnerorganisationen gegründet hat, kommt erst in jüngster Zeit über den Bereich der internen Diskussion hinaus. Die Idee eines gemeinsamen Eingreifens in den Nationalratswahlkampf 2006 durch Aufstellung von gallischen Dörfern im öffentlichen Raum ist über die Diskussionsphase nicht hinausgekommen. Eventuell lassen sich allgemeinverbindliche Struktursetzungen bei der Verankerung eines interkulturellen Pflegedienstes durch Dschanuub (Modul 6) in Grazer Krankenhäusern festmachen. Während vergleichsweise viel Projektumsetzungswissen durch wechselseitige Beratung auf der wip-internen Mailingliste kursiert, wurden politische Diskussionen und Wissensvermittlungen wenn schon, dann nur in Sonderveranstaltungen der Partnerorganisationen gepflegt und damit ausgelagert. Ausgelagert erscheinen auch politische Aktionen wie die Plakatkampagne blackaustria.at, die von SFC bzw. Afra ausgegangen ist und von wip stets komplett abgekoppelt war. Dass die Partnerorganisationen ihre politischere Arbeit ohne Rückgriff auf die Kooperationsressourcen von wip betreiben, ist ein weiteres Indiz dafür, dass es in wip an einer Auseinandersetzung mit dem Politischen mangelte. Die gemeinsame Einschätzung des politischen Kontextes hat erst mit der Arbeit an diesem Reader begonnen. Die Standpunkte sind vielleicht nicht so unterschiedlich, aber aus den Diskussionsprotokollen ist zu merken, dass eine gemeinsame Sprache und Begrifflichkeit zur adäquaten Erfassung des Politischen und des Gesellschaftssystems fehlt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass es zu einer Diskussion über Taktik und Machetik gar nicht gekommen ist und dass die strategischen Überlegungen nicht über die bereits im Antrag in der Gesamtstrategie formulierten Überlegungen zur Stärkung der migrantischen Selbstorganisationen hinaus gediehen

sind. Wie die Initiative rund um diesen Reader zeigt, ist der Anspruch auf eine politischere Ausrichtung der Handlungsstränge in wip sehr wohl vorhanden.

## Ausblick ins Politische

Weil wir gerade dabei sind, in den Prozess der Erfassung des politischen Kontextes einzusteigen, will ich auch dazu einen Beitrag leisten: Die Summe der vielen kleinen Revolutionen v.a. im Bereich der Technik führt zu rapiden Transformationsprozessen auch der größeren politischen Einheiten namens Globalisierung. Der Nationalstaat ist ein überholtes Modell, was aus antirassistischer Perspektive gewisse Möglichkeiten eröffnet. Utopien werden unsererseits allerdings bislang nur in Form von Slogans formuliert, wie z.B. „Kein Mensch ist illegal!“ oder „Alle, die hier sind, sind von hier“. Die neuen politischen Formationen werden v.a. durch ökonomische Kräfte bestimmt. Überall auf der Welt entstehen größere Wirtschaftszonen, die miteinander auf dem Weltmarkt konkurrieren. Die Transformation ist das derzeit herrschende Modell des Politischen. Transformation ist weder Reform als organisierte Besinnung auf die Ausgangspunkte, Transformation ist aber auch nicht Revolution. Der Kapitalismus als System treibt das hegemoniale Arrangement zu dramatischen Veränderungen in verschiedenste Richtungen, die wie Schwimmbewegungen der privilegierten Gruppen, Organisationen, Staaten und Staatenverbände anmuten, allesamt strampelnd, um im Konkurrenzkampf oben zu bleiben. Insgesamt erscheint das System aufgrund seiner Wandlungsfähigkeit stabil, auch wenn es aufgrund der tiefen und andauernden Krisen (Wirtschaft, Demokratie, Nationalstaat, Umwelt, Anti/Terror/Krieg, Sozialsystem etc.) so aussieht, als würde es sich ständig übernehmen. Transformation ist Reaktion verschiedener gesellschaftlicher Kräfte in verschiedene Richtungen. Sie verläuft relativ unkoordiniert. Transformation ist das Zutreiben und zugerieben werden des Systems auf Brüche und neue Richtungsentscheidungen. Die für wip wesentliche Richtungsentscheidung waren die Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU. wip treibt in dem entsprechenden Transformationsprozess mit und treibt diesen voran, ohne als Organisation ein Bewusstsein über

dieses eigene Tun und seine Perspektiven entwickelt zu haben. Für die meisten MitarbeiterInnen hat wip einen Qualifikationsschub bewirkt, für manche auch einen Politisierungsschub, wobei zu betonen ist, dass wip wesentlich weniger auf Öffentlichkeitsarbeit programmiert war, als open up. wip ist ein Nukleus, ein neues Element, ein Prototyp, eine Utopie in sich, ein Versuch, in diesem Transformationsprozess Antidiskriminierung nicht nur individuell, sondern in einer Kooperation von Organisationen vorzuleben. Es ist das Kooperationsmodell, das wip vorgelebt hat, das erhaltenswürdig und mir als jener Beitrag zur Geschichte erscheint, mit dem wip über open up hinausgegangen ist. wip hat entlang dem ausgereiften Arbeitsprogramm extrem gut funktioniert. Es kann nicht oft genug empfohlen werden, Kooperationen mit Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen zu suchen, unter der Bedingung, dass die Arbeit der kleineren und vermeintlich schwächeren Selbstorganisationen genauso finanziert wird wie die der anderen Organisationen.

wip ist ein gallisches Dorf, das dem Imperium nicht weiter trotzen kann, weil es mit EQUAL seinen Wald, seine ökonomische Lebensgrundlage verliert. Auf der Suche nach neuen Wäldern wird sich unser gallisches Dorf auflösen. Die obigen Überlegungen möchte ich allen mit auf den Weg geben, die demnächst irgendwo neue gallische Dörfer gründen und neue Vorhaben konzipieren werden. Beachtet die Anfänge!

*Andreas Görg (Initiative Minderheiten)*

Literatur:

Saul D. Alinsky (1984): Anleitung zum Mächtigsein. Lamuv, Bornheim-Merten

Anmerkung:

Die Begriffsdefinitionen in diesem Artikel hat allein der Autor zu verantworten, sie wurden in wip nicht ausdiskutiert.



# Politische Arbeit in einem EQUAL-Projekt

## *EMSF/SFC\* im Gespräch*

### *Was ist politische Arbeit für mich? <sup>1</sup>*

Für mich bedeutet politische Arbeit, dass ich mich mit Themen beschäftige, die mich und die Menschen in meiner Umgebung unterdrücken und/oder aufbauen. Wenn die Gesetzesordnung in einem Land mich oder Menschen, die mir ähnlich sind, unterdrückt und ich etwas dagegen unternehme, dann mache ich politische Arbeit. Politische Arbeit kann erst gemacht oder geleistet werden, wenn man für sich selbst definiert hat, was politische Arbeit ist und welchen Teil der politischen Arbeit frau/man leisten kann. Wenn ich meine Stimme gegen die Unterdrückung von Schwarzen Menschen in Österreich erhebe, die von der Regierung und der Gesellschaft ausgeübt wird z.B., ist das politische Arbeit. Politische Arbeit kann auch nur gemacht werden, wenn frau/man verstanden hat, wogegen frau/man kämpft.

### *Hat meine Mitarbeit an EMSF meine politische Einstellung in irgendeiner Weise beeinflusst?*

Meine Mitarbeit an EMSF hat meine politische Einstellung nicht beeinflusst, aber gestärkt. Ich habe mich immer schon mit politischen Themen beschäftigt, weil ich für mich persönlich denke, dass Politik das Leben so stark dominiert, dass frau/man in ihrem/seinem Leben täglich damit konfrontiert ist, ob bewusst oder unbewusst. Meine Mitarbeit an EMSF hat mich gestärkt, weil ich gelernt habe, dass ich nicht die Einzige bin, die mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert ist. Es hat mich auch gestärkt, weil ich jetzt viel mehr darüber weiß, wie ich auf Diskriminierung und Rassismus reagieren kann.

### *Kann EQUAL als Konzept überhaupt Chancengleichheit ermöglichen?*

Ich denke, dass EQUAL keine Chancengleichheit ermöglichen kann. Ich denke eher, dass Chancengleichheit individuell möglich sein kann, weil sie eine Entscheidung ist, die jede/r für sich selbst treffen kann, egal ob die Gesellschaft und das Gesetz dagegen sind oder nicht. Wenn ich mich hocharbeiten

und wirklich durchsetzen will, kann ich das auch erreichen, denn es gibt Wege und Mittel, sich in dem Bereich durchzusetzen, der gefällt. Vielleicht gilt das nur für die berufliche Ebene. Die wahre Equality kann nicht in einem Land ermöglicht werden, dessen Gesellschaft und Regierung kein Interesse daran haben, Migrantinnen wie Menschen zu behandeln. Chancengleichheit kann nicht durch EQUAL ermöglicht werden, weil vor dem Erreichen von EQUALITY noch die Überwindung von Rassismus, Diskriminierung, Vorurteilen und Sexismus steht. Nicht zu vergessen, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo Rassismus, Diskriminierung, Vorurteile und Sexismus alltäglich sind.

Sogar ältere Weiße Frauen und Männer werden auf dem österreichischen Arbeitsmarkt aufgrund ihres Alters diskriminiert, für Schwarze Menschen ist die Situation dahingehend noch schlimmer, weil sie eben nicht nur aufgrund von Alter, Geschlecht usw. diskriminiert werden, sondern auch wegen ihrer Sichtbarkeit, ihrer Hautfarbe. Ich glaube, dass EQUAL nur durch die Regierungen, wenn sie die Gesetze für alle gleich machen, erfolgreich sein kann, ohne dass das Kleingedruckte „nur für Österreicher“ und gegen Ausländer/Schwarze Menschen zum Inhalt hat.

### *Was könnte/konnte im Rahmen von EQUAL verwirklicht werden?*

Equality für Schwarze Frauen sollte Chancengleichheit zwischen Schwarzen Frauen und österreichischen Frauen darstellen, aber das konnte meiner Meinung nach nicht erreicht werden. Erreicht wurde aber, dass manche Mentees und Mentorinnen Freundschaften geschlossen haben – ob das gewünschte Ziel im Nachhinein verwirklicht werden kann, kann ich nicht sagen.

### *Was war an EMSF überhaupt politisch?*

Bei EMSF ist es nicht nur darum gegangen, Chancengleichheit zwischen Schwarzen Frauen und österreichischen Frauen herzustellen, sondern dass

beide Seiten sich in den Welten der anderen integrieren. Integration ist politisch, daher: Nicht nur wir müssen uns integrieren, sondern auch die ÖsterreicherInnen. Das EMSF war eine Möglichkeit für die österreichischen Frauen und die Schwarzen Frauen, sich gegenseitig kennen zu lernen. Vor allem konnten die österreichischen Frauen, die durch Medien, Schule usw. oftmals einige Vorurteile haben, ihre Einstellungen überdenken.

<sup>1</sup>Philomina Asase (Schwarze Frauen Community)

### *Was ist politische Arbeit für mich?*<sup>2</sup>

Die Antwort auf diese Frage ist genauso vielfältig, wie wir sind, und kann je nach der jeweiligen Sozialisation, Bildung, Herkunft, sozialem Stand, freien Zugängen, Machtlagen etc. beantwortet werden. Was für mich als Schwarze, Frau und Migrantin politisch ist, kann möglicherweise von einer Mehrheitsangehörigen als unpolitisch bezeichnet werden. Was für mich politische Arbeit in Österreich ist, könnte wieder eine andere Bedeutung als in meinem Herkunftsland haben. Daher ist für mich politische Arbeit vielfältig zu kategorisieren und kann ebenfalls kollektiv oder ganz individuell definiert werden. Wichtig dabei ist, dass keine/r das Recht hat zu definieren, ob mein Handeln politisch ist oder nicht. Selbst wenn diese Person den gleichen Hintergrund und das soziale Umfeld hat wie ich. Ich bin der Auffassung, dass ich allein in der Lage bin zu sagen, ob mein Handeln politisch motiviert ist oder nicht. Für manche ist es politisch, wählen zu gehen und gewählt werden zu können. Für diejenigen, die weder wählen noch gewählt werden können, gilt diese Definition sicherlich nicht. Für andere ist es politisch, Aktivismus zu zeigen. Manche wiederum sagen, dass politische Arbeit unbezahlte Arbeit sein muss. Hier sollten wir festhalten, dass nur jene, die ein gesichertes Einkommen haben, sich unbezahlte politische Arbeit leisten können. Und wer in diese Kategorie fällt, ist eine Frage, deren Antwort sehr spannend sein kann. Für Personen, die nicht dieselben Privilegien genießen, wäre nachhaltige unbezahlte politische Arbeit ja wohl nicht so leicht möglich. Als Migrantin und Angehörige keiner politischen Partei ist politische Arbeit für mich, wenn mir meine Lage bewusst wird, wenn ich Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen aufgrund der Herkunft, des Aussehens, der Religion, Hautfarbe, Behinderung, sexuellen Orientierung etc. nicht mehr gelten lassen. Wenn ich mir das Recht nehme, mich selbst so zu

organisieren, wie ich will, wenn ich öffentlichen Raum und Ressourcen beanspruche, meine Themen selbst auswähle und aus diesen meinen eigenen Arbeitsplatz schaffe. Politische Arbeit ist für mich, wenn ich mich selbst vertrete und nicht stellvertreten werde. Ich über mein Leben, mein Tun und Nichtstun selbständig entscheide.

Politische Arbeit ist für mich, wenn ich mich weigere, bevormundet zu werden, wenn ich meine KooperationspartnerInnen und Allianzen bewusst und gezielt aussuche, ohne mich auf sämtliche Manipulationen einzulassen, wenn ich für meine Arbeit angemessenen Lohn bekomme, schließlich kassieren ParteipolitikerInnen für ihr Tun oder Nichtstun ordentlich ab. Politische Arbeit ist für mich die Bereitschaft und Fähigkeit zur gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit Gleichgesinnten, aber auch mit EntscheidungsträgerInnen, RessourceninhaberInnen und GesetzgeberInnen.

Politische Arbeit ist für mich, Zugänge zu suchen und zu finden, wenn ich teilnehme und teilhabe, sei es in bestimmten gesellschaftlichen Belangen oder ganz allgemein, wenn durch mein Tun Platz gemacht bzw. geschaffen wird für Neues. Politische Arbeit ist für mich, wenn ich (Ver-)Änderungen herbeiführe, wenn ich mich und Dinge bewege, denn nur, was sich bewegt, kann sich ändern. Einfluss haben und nehmen, mich selbst verwirklichen bzw. positionieren. Mich mit meinen Anliegen sichtbar machen, keine Fremdbestimmung zuzulassen, mich bemerkbar zu machen.

Politische Arbeit bedeutet für mich Macht haben und ausüben, Entscheidungen treffen und Konsequenzen tragen, Selbst- und Mitbestimmung – gerade für Schwarze Menschen in diesem Land hat es das nicht so oft gegeben.

Politische Arbeit bedeutet für mich die Macht des Seins nicht abzulehnen, sondern sich zuzutrauen, damit umgehen zu können. Sie bedeutet, alternative Lösungen finden und den Mut, den Mainstream an den Hörnern zu packen und meine Chancen zu suchen und zu nehmen.

Politische Arbeit ist für mich handeln, um nicht auf Dauer „behandelt“ zu werden.

*Hat meine Mitarbeit bei wip meine persönliche Einstellung in irgendeiner Weise beeinflusst?*

Die Arbeit an EMSF und in der EP hat für mich persönlich mit einer Entscheidung begonnen: Die Entscheidung, sichtbar zu werden, aktiv zu sein, Allianzen einzugehen, selbständig zu werden im Denken, Agieren und Verantwortung für diese

Entscheidungen zu übernehmen. Eine Entscheidung mit vielen Hürden, intern im Verein, weil viele die Tendenz haben, sich und vor allem andere zu unterschätzen, und mit zukünftigen ProjektpartnerInnen, weil manche glaubten, wir hätten nicht das Recht dazuzugehören. Andere wiederum erwarteten, dass wir uns beweisen bzw. rechtfertigen...?

In der ersten EQUAL-Runde hatten sich Allianzen gebildet und „Fremde“ hatten kaum Platz. Ich und meine Kolleginnen mussten nun quasi unseren Platz in wip erkämpfen. Und so lernte ich nach und nach meine Lektionen.

### **Lektion 1: Achtung, Migrantin ist nicht gleich Migrantin!**

Es gibt Hierarchien unter uns, dazugehören muss erkämpft werden, denn Privilegien wollen erkämpft werden.

Im Laufe der Arbeit wurde mir klar, wir sind ein „Bunter Salatteller“ mit unterschiedlichsten Zugängen, Verbindungen, Know-how, Fachwissen, Fertigkeiten etc., die gemeinsam Geschmack und Form des Tellers bestimmten. Manches schmeckt scharf, manches vielleicht sehr scharf und anderes wiederum sehr mild oder süß. Bei manchem ist es schwer zuzusagen. Manches lässt sich gut kombinieren, anderes wiederum schwer.

### **Lektion 2: Erkenne, welche Geschmäcker gut kombiniert werden können!**

Der Teller bietet vieles, das mir wichtig ist, wovon ich lernen kann.

Die Auseinandersetzung fand auf unterschiedlichen Ebenen statt, manchmal intensiv, manchmal weniger. Manche Module spielten zusammen und andere nicht. Taten sie es, ergab sich die Möglichkeit eines näheren Kennenlernens, die Chance, Gemeinsamkeiten zu suchen und zu finden und durch Austausch gegenseitig von einander zu lernen und somit neue Prozesse im Gange zu setzen, sowohl auf persönlicher als auch auf beruflicher Ebene.

Lektion 3: Achtung auf Machtasymmetrien!

Sei es auf der Ebene von Sprache, Beziehungen, Zugängen, Sach- und Fachkompetenzen und Erfahrungen (z.B. aus EQUAL 1).

Manchmal kommt diese Macht sehr subtil, unbewusst, aber auch sehr offen zum Vorschein und es ist sehr wichtig zu wissen, wie damit umgegangen werden sollte oder was aus diesen Situationen zu lernen ist. Es gab viele Auseinandersetzungen bei wip, Fragen gab es schließlich genug. Wie zum Beispiel: Sind wir überhaupt politisch? Was haben wir noch nicht getan? Wieso das und nicht das? Wo können wir uns noch

einmischen? Etc.

Nicht, dass uns fad war, wir hatten auch nicht zu wenig Arbeit oder zu viel Zeit. Nein, auf keinen Fall! Wir hatten einfach zu viel Kraft, waren übermütig und hatten große Freude daran, unsere Nase überall hinein zu stecken, auch wenn manche dafür Nachtschichten und Überstunden im Kauf nehmen mussten, um die tatsächliche Modularbeit zu erledigen, schließlich ist EQUAL für uns ein Luxus. Auch wenn wir die letzten Gehälter vorfinanzieren müssen, womöglich mit Krediten, deren Zinsen wir selber tragen müssen, ganz zu schweigen davon, wie viel Ressourcen, also Zeit, Energie etc. wir in Überzeugungsarbeit bei BeamtInnen und SozialpartnerInnen stecken mussten.

### **Lektion 4: EQUAL ist ein Luxus mit Hindernissen!**

Je nach Modul, Zielgruppe und Arbeitsweise ist zu beurteilen, ob EQUAL ein absoluter Luxus war oder einer mit Hindernissen. Jedenfalls leisteten manche für das Gehalt mehr als die doppelte Arbeit.

In zwei Jahren können wir nicht alles machen bzw. ändern, was wir schon immer ändern wollten. Nur, weil wir ein Gehalt beziehen, das wir ohne EQUAL nicht hätten. Wir können ruhig stolz sein auf unsere erbrachten Leistungen. Statt uns übermütig vorzuwerfen, was wir nicht alles gemacht haben, sollten wir die Ausmaße der von uns erbrachten gesellschaftspolitischen Leistung in den zwei Jahren EQUAL, sowohl auf individueller Ebene, als Team und auch auf der gesellschaftlichen Ebene (z.B. die Bedeutung für die Zielgruppe; in diesem Fall Mentees, aber auch Mentorinnen des Equality Mentoring für Schwarze Frauen) bedenken. Wenn wir nicht stolz auf unsere Leistung sind, wird es jedenfalls niemand anderer sein.

Dass wir sehr verschieden sind im wip, mit unterschiedlichen Backgrounds, Erfahrungen, Sozialisierungen, Privilegien, Arbeitsweisen, Einstellungen, Erwartungen etc., ist ja klar. Auch dass wir nicht immer derselben Meinung sein können bzw. immer harmonieren.

Unterschiede machen stark, wie wir wissen, und das waren und sind wir, vorausgesetzt wir respektieren diese Unterschiede und lassen sie auch zu, ohne gleich die eine oder andere zu ver- und beurteilen bzw. unsere ganzen zwei Jahre Zusammenarbeit im Frage zu stellen.

### **Lektion 5: EP sein bedeutet sicherlich nicht homogen sein!**

Nur weil wir auf Vorgabe von EQUAL eine EP wer-

den mussten, bedeutet das noch lange nicht, dass wir homogen sind oder werden müssen. Dass wir miteinander arbeiten (müssen), bedeutet nicht, dass wir uns auch lieben müssen. Eines aber müssen wir können: Uns gegenseitig respektieren, auch in unseren Meinungsverschiedenheiten, ohne die anderen PartnerInnen zu ver- und beurteilen.

*Kann EQUAL als Konzept überhaupt Chancengleichheit ermöglichen?*

EQUAL als Konzept mit allen seinen Vorgaben (Eligibility Kriterien), unzähligen Formularen, Bürokratie und (für mein Verständnis) einer eher komplizierten Umsetzung kann meiner Ansicht nach allgemein gesehen und wie viele andere EU-Projekte kaum Chancengleichheit ermöglichen. Die Probleme aus meiner persönlicher Sicht sind:

1. Die Teilnahmebedingungen für EU-Projekte sind so festgelegt, dass nur große und etablierte Institutionen berechtigt sind, EQUAL-Gelder zu beantragen. Kleine Organisationen und Vereine haben kaum eine Chance. Die Erfahrungen, die wir mit der Vorfinanzierung gemacht haben, sind ein Beweis dafür.

Vereine und Selbstorganisationen wie SFC haben nur dann eine Chance, wenn sie sich mit großen Organisationen und jenen, die bereits Erfahrungen mit EU-Projekten haben, zusammenschließen. Was an sich keine leichte Aufgabe ist, wie bereits erwähnt.

2. Selbst mit einem guten Konzept bleiben die Modulformatvorgaben, wie beispielsweise ein Qualifikations- bzw. ein Orientierungsmodul zu sein, nicht nur eine Einschränkung, sondern verlangen eine Anpassung des bestehenden Konzepts an ein Format, das die Qualität des Konzepts in der tatsächlichen Durchführung stark beeinträchtigen kann. Für die Durchführenden, vor allem jene Selbstorganisationen, die eher mit einem „bottom up“-Approach arbeiten, ist es oft sehr schwierig, die beabsichtigten Ziele zu erreichen. Sehr oft verlangt das sehr viel Fantasie, Kreativität und Flexibilität, aber auch zusätzliche Arbeitsstunden, womöglich Überstunden, die einfach so hingenommen werden müssen.

3. Equality bzw. Chancengleichheit wird und kann weder am Papier noch durch die Bezeichnung der Maßnahme erreicht werden. Sie verlangt eben ein gutes Konzept, geeignete Rahmenbedingungen und vor allen die Einbeziehung von jenen Personen, die direkt von den Maßnahmen angesprochen werden sollen, und zwar bei der Entwicklung der Richtlinien und nicht nur bei Antragsstellung und/oder Durchführung.

4. Die Bedürfnisse der Zielgruppe sind sehr individu-

ell, sodass eine Maßnahme, die dieser zugute kommen soll, nicht einfach von oben herunter (Top down) weitergegeben werden soll, sondern unter Berücksichtigung der besonderen Lebenssituation der Zielgruppe.

*Was konnte/könnte im Rahmen von EQUAL verwirklicht werden?*

Zusammenfassend konnte in dem gegebenen Rahmen und trotz aller Kritik folgendes aus der Sicht des Vereins Schwarzen Frauen Community und Equality Mentoring für Schwarze Frauen (EMSF) erreicht werden:

1. Die Zusammenarbeit zwischen Mentees, Mentorinnen und Team ermöglichte interkulturelle Begegnungen und Austausch und bot die Möglichkeit für Mentees, sich beruflich weiter zu entwickeln, ihre Handlungskompetenzen in Hinblick auf Zugang zum Arbeitsmarkt durch Hineinschnuppern in den beruflichen Alltag ihrer Mentorinnen, Zugang zu strategischen Netzwerken und firmeninternen Strukturen zu stärken.

2. Das Projekt bot die Möglichkeit der Einflussnahme und Meinungsbildung von Schwarzen Frauen durch zahlreiche Publikationen und nicht zuletzt durch Diskussionen und den Austausch im EMSF-Team intern, über wip und die vielen Vernetzungsgespräche und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

3. Die Zusammenarbeit mit mehreren Organisationen in der EP bot viele Möglichkeiten der Vernetzung, Auseinandersetzung, Allianzenbildung und gegenseitigem voneinander Lernen, eine absolute Bereicherung für uns.

4. Der Verein SFC konnte sich als Selbstorganisation von Schwarzen Frauen gesellschaftspolitisch etablieren. Vier Arbeitsplätze konnten für die Dauer des Projekts geschaffen werden, was wiederum bedeutet, dass vier Schwarze Frauen die Möglichkeit bekamen, ihren Qualifikationen entsprechend und mit Themen, die sie persönlich ansprechen, zu arbeiten. Somit konnten sie sich weiter qualifizieren, sichtbar werden und ihre Expertise in ausgewählten Bereichen einsetzen und erweitern. Anders gesagt, konnten sich diese Frauen sowohl gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisch weiter qualifizieren und positionieren. Gerade dieser Aspekt hat für die Zielgruppe des EMSF und andere Schwarze Frauen Vorbild-, aber auch motivierende Wirkung.

<sup>2</sup> *Beatrice Achaleke (Schwarze Frauen Community)*

\*EMSF ist ein Modul des Vereins Schwarze Frauen Community (SFC) im Rahmen von wip

# Sklave der Finanzen

## *Eine Abrechnung des Finanzministers*

Fast zwei Jahre lang hatte ich jetzt das (zweifelhafte) Vergnügen, die Entwicklungspartnerschaft (EP) wip – work in process als Finanzkoordinator für die IG Kultur Österreich zu begleiten. Als Herr über zwei Millionen Euro, könnte mensch meinen. Aber doch vielmehr als Sklave der Finanzen und der vorgegebenen Rahmenbedingungen. Ein persönlicher Rückblick auf diese Zeit.

Als EQUAL-Neuling stoße ich also im Frühjahr '05 ins Team von wip, anfangs noch als interessiertes Vorstandsmitglied der IG Kultur Österreich, die die Rolle der finanzverantwortlichen Partnerorganisation innerhalb der EP inne hat und somit voll haftende Vertragspartnerin des Fördergebers ist. Neuling auch größtenteils in den Bereichen antidiskriminatorischer und antirassistischer Arbeit. Dann der nicht unumstrittene Entschluss, die Rolle des Finanzkoordinators für die IG Kultur zu übernehmen, sprich: das Projekt ohne größere Probleme abzuwickeln – sowohl für die IG Kultur als auch die Partnerorganisationen. Nicht unumstritten, weil bereits die Rolle der IG Kultur als mehrheitsösterreichische Organisation als koordinierende Partnerorganisation im Vorfeld diskutiert wurde. Nicht unumstritten, weil noch dazu ein Mehrheitsösterreicher, der keinerlei Minderheit angehört, die Finanzkoordination übernimmt.

*[zum dritten mal den abrechnungsleitfaden gelesen, den datenbankleitfaden und den leitfaden zu berichtswesen auch noch. endphase der budgeterstellung für die aktion 2, gemeinsam mit therese die einzelnen budgets in eine gesamttafel übernommen, übersichtsseiten mit formeln gefüllt. mit den partnerorganisationen in der gesamtkoordination über die budgetaufteilung verhandelt. parallel dazu vertragserstellung für die leider notwendige keg. noch letzte statutenänderungen bei partnerorganisationen, damit alles rechtlich in ordnung ist.]*

Die organisatorischen und finanziellen Vorgaben sind klar, die Leitfäden des BMWA umfangreich und mit noch mehr Verweisen auf EU-Richtlinien gespickt. Die Inhalte und Budgets der einzelnen Module und Arbeitsbereiche im ein paar hundert Seiten dicken Antrag geregelt. Jedoch startet das Projekt nach der hektischen Endphase der Antragstellung nur zögerlich: Einerseits ist Urlaubszeit (zumindest scheinbar für alle anderen...), andererseits kommt der Fördervertrag nicht – und somit auch kein Geld. Wie sollen so Strukturen und Büros aufgebaut werden? Wie sollen Laptops angeschafft und Gehälter bezahlt werden? wip besteht größtenteils aus kleinen Selbstorganisationen und Vereinen, niemand kann (und will) das Risiko eingehen, größere Summen vorzufinanzieren – ohne zumindest die Sicherheit eines Fördervertrages...

*[einen mitarbeiter für die überweisungen und die buchhaltung gesucht und gefunden. die abrechnung der aktion 1 von therese übernommen, die tabellen und belege mal gesichtet. die unterlagen aufbereitet für die belegsprüfung durch die steuerberatung. die tabellen noch mal überarbeitet, personaleinsatzlisten erstellt. wo verdammt noch mal verstecken sich die zwei euro fünfzig differenz zwischen der belegaufstellung und der personaleinsatzliste??? das wort „rundungsdifferenz“ mausert sich langsam zum unwort des jahres. nach zwei stunden dank externer hilfe die zwei euro fünfzig gefunden. wohnung gesucht und endlich gefunden. übersiedlung organisiert. quartalsmeldung in die datenbank eingetippt. abrechnung aktion 1 fristgerecht im august '05 abgegeben. ein paar tage urlaub genossen. gemeinsam mit mitarbeiter buchhaltungssystem besprochen und installiert. leider keine zeit gefunden, den antrag zu lesen.]*

Eine „Politisierung der Finanzen“ sei notwendig, lese ich in einem alten wip-Protokoll. Soll heißen, dass alle in die Entscheidungsfindungen eingebunden sein sol-

len. Soll auch heißen, dass Transparenz herrschen soll. Bedeutet aber natürlich auch, dass die Stärkung von Selbstorganisationen von MigrantInnen (SOM), Hauptschwerpunkt des Projekts, durch die Partizipation ebendieser SOMs im Projekt verwirklicht werden soll. Immerhin können einige SOMs erstmals (wenn auch temporär) hauptamtliche MitarbeiterInnen einstellen und Bürostrukturen aufbauen. Und sich auch finanz-technisches Know-how für spätere eigene Projekte und Arbeit aufbauen. Wie kann aber darüber hinausgehend eine Politisierung der Finanzen in einem in ein starres Konstrukt eines überreglementierten EU-Projektes wie EQUAL erfolgen? Was haben Finanzen überhaupt in diesem Kontext mit Politik zu tun?

*[nochmals den abrechnungsleitfaden gelesen, um ja nix falsch zu machen. formulare für die abrechnungen überarbeitet und ausgeschickt. noch immer kein fördervertrag und keine koble am konto. abrechnungen und belege der ersten drei monate von den partnerorganisationen eingefordert und kontrolliert. aliquotierungsschlüssel geprüft. ein paar korrektoren mit den partnerorganisationen besprochen. überweisungslisten geschrieben. ein paar anfragen an ebö und bmwa gerichtet, um unklare abrechnungsfragen zu klären. den eigenen schreibtisch im büro endlich erkämpft und freigeräumt. endlich: der fördervertrag ist ende september eingetrudelt. schnell noch eine quartalsmeldung eingetippt. jubu: mitte oktober kommt die erste überweisung – immerhin gleich 5 (!) monatsraten, also 400.000 euro und ein bisserl was. schnell mit der geschäftsführung und dem vorstand ein vorfinanzierungsmodell überlegt – macht ja keinen sinn, auf dem geld zu sitzen und die partnerorganisationen mit leeren konten dastehen zu lassen. endlich dienstlaptops für die projektmitarbeiterinnen der ig kultur gekauft. wieder keine zeit gefunden/genommen, den antrag zu lesen.]*

Reden wir also über Geld (in Österreich ja eher verpönt). Reden wir darüber, welchen Machtfaktor Geld bei EU-Projekten wie EQUAL besitzt, welche Ausschließungsmechanismen in Kraft treten. Ein Blick auf die Liste der Finanzverantwortlichen Partnerorganisationen (FvP) der zweiten EQUAL-Antragsrunde in Österreich macht einiges klar: Ein überwiegender Teil der 52 EP's wird direkt von

Landesregierungen bzw. Kommunen oder sonstigen Einrichtungen der öffentlichen Hand getragen, nur knapp eine Hand voll von „kleinen“ NGOs. Wundert ja auch nicht weiter, immerhin haben Landesregierungen einerseits die notwendigen Ressourcen, um a) den Antrag bestmöglich vorzubereiten und b) das Projekt ohne größere (finanzielle) Probleme abzuwickeln (dazu kommen wir noch später).

Doch was bedeutet das in der Praxis? Durch diese bestimmende Rolle des FvP sind ebendiese Institutionen in der Lage, sich ihre Projektpartner selber auszusuchen und diesen auch die Projekthinhalte und die Art der Umsetzung vorzuschreiben. Wodurch es kleine SOMs und NGOs sehr schwer haben, an Projekten teilzunehmen und ihre eigenen Vorstellungen und Inhalte umzusetzen. Es ist leider kaum vorstellbar, dass sich eine Landesregierung kleine, unbekannte – oder auch größere, bekannte, aber dafür möglicherweise inhaltlich unbequeme Organisationen mit in ein Projekt holt und dadurch auch symbolisch aufwertet. Diese EQUAL-inhärente Logik bedingt also automatisch eine Diskriminierung und einen de facto fast gänzlichen Ausschluss von kleinen NGOs als Träger der Projekte; wip erscheint da fast wie die sprichwörtliche Ausnahme im System. Und so gesehen ist die Tatsache, dass wip den Projektzuschlag erhielt, an sich doch schon als politisch einzustufen. Aber reicht uns das als Politisierung der Finanzen?

*[wieder ein paar abrechnungen und belege geprüft, lohnkontentabellen gebastelt und korrigiert. überweisungen veranlasst. eigene controlling-tabellen über die gesamtfinanzen erstellt. an ein paar plenumssitzungen teilgenommen, partnerorganisationen besucht. ein paar anfragen an ebö und bmwa geschickt. so etwas wie routine und sicherheit kommt langsam auf. neue/n mitarbeiterIn suchen müssen und gefunden. umschichtungsmeldung steht an: also eine genaue controlling-tabelle für alle module aus dem vorgänger-projekt überarbeitet, zahlen eingetragen. tabelle für die umschichtungsmeldung gebastelt. umschichtung gemeldet, quartalsmeldung eingetippt. keine zeit, den antrag zu lesen, dafür aber urlaub, endlich.]*

Reden wir also über Geld, diesmal über die

Kontrollfunktion. Schon klar, der Fördergeber will natürlich im Antrag genau wissen, wofür das Geld ausgegeben wird. Und der Fördergeber will natürlich im Nachhinein (und auch dazwischen) wissen, ob das auch dem Antrag und den vielen Abrechnungsleitfäden entsprechend ausgegeben wird. Dafür hat der FvP – im Falle wip also ich – gerade zu stehen. Und dafür ist eine Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungskanzlei, viele Tabellen und noch mehr Beilagen notwendig. Doch das allein reicht nicht, ein gesundes Maß an Misstrauen muss wohl sein: Die Abrechnung wird dann von einer beauftragten Förderagentur geprüft, und weil das noch immer nicht reicht, auch noch vom BMWA. Und die EU behält sich auch noch das Recht vor, Prüfungen vor Ort wahrzunehmen. Innerhalb von wip liegen die Kosten für die finanzielle Abwicklung bei allen Partnerorganisationen und der Finanzkoordination bei ca. 15% der Fördersumme – wie hoch die Kosten auf Seiten der Fördergeber sind, möchte ich nicht einmal schätzen oder wissen. Na ja gut – eigentlich doch. Dass dabei der Fördernehmer immer konkrete Fristen einzuhalten hat (bei Androhung von finanziellen Konsequenzen), der Fördergeber sich aber selber keinerlei Selbstbindung in Form von selbst einzuhaltenden Fristen auferlegt, ist mensch ja schon fast gewöhnt.

Das Arbeiten an den Projekthaltungen wird durch die Überregulierung und den ständigen Rechtfertigungsdruck nicht gerade erleichtert, besonders wenn ständig die Gefahr im Hinterkopf lauert, dass es bei Abrechnungsproblemen auch zu massiven finanziellen Schwierigkeiten einer Partnerorganisation (und/oder des FvP) kommen kann. Darüber hinaus ist es nur ein kleiner Schritt von der nötigen Sorgfalt und Vorsicht bis hin zur Selbstzensur im eigenen Kopf, wo der Gehorsam ein sehr vorseilender sein kann. Diesen Punkt der fast schon planwirtschaftlich anmutenden Überregulierung einer sonst so neoliberal agierenden EU versuchte wip mit der (gut österreichischen) Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter dem Titel „Killtrolling“ zu thematisieren und zu politisieren, sehr konkrete Ergebnisse haben wir allerdings noch nicht zu Stande gebracht.

*[wieder viele abrechnungen und belege geprüft, an sitzungen teilgenommen, die monatlichen abrechnungen in einer*

*tabelle zusammengeführt für die jahresabrechnung. bei einem modul rückwirkend über ein paar monate alle aliquotierungsschlüssel geändert. quartalsmeldung eingetippt. anfragen an bmwa und ebö geschickt. lohnkosten eines partners genau kontrolliert, ein paar fehler gefunden. mich mit rundungsdifferenzen abgefunden. alten mitarbeiter wieder als neuen angestellt. abrechnungen und belege geprüft und notfalls korrigiert. abrechnung des ersten jahres vorbereitet. vergleichsangebote und stundenlisten angefordert. personaleinsatzlisten erstellt. quartalsmeldung eingetippt. controlling-tabelle aktualisiert für eine umschichtungsmeldung. liquiditätsplanung gemacht und dem bmwa einen zusätzlichen finanzbedarf im herbst gemeldet. ach ja: abrechnung aktion 1 ist endlich nach über einem jahr anerkannt, die ausstehende rate am konto gelandet.]*

Reden wir also über Geld, diesmal auf der praktischen Ebene. Reden wir darüber, dass der Fördervertrag erst drei Monate nach Projektbeginn vom BMWA unterzeichnet wurde. Darüber, dass die ersten Zahlungen erst nach dreieinhalb Monaten erfolgt sind. Und darüber, dass die letzten drei Monatsraten erst nach Anerkennung der Abrechnung, wahrscheinlich erst eineinhalb Jahre nach Projektende ausbezahlt werden. Und dass Finanzierungskosten (sprich Soll-Zinsen) ohnehin nicht abgerechnet werden können. Das erschwert natürlich wieder besonders kleinen NGOs die Umsetzung solcher Projekte, falls sich kleine Organisationen trauen, sich überhaupt um solche Projekte zu bewerben (und dann nicht an organisatorischen oder finanztechnischen Hürden wie z.B. einer Bankgarantie o.ä. scheitern).

Diese prekäre finanzielle Situation bedingt, dass trotz des Luxus eines zu 100% ausfinanzierten Projekts – im Gegensatz zu vielen EU-Förderungen, wo bis zu 60% nationale Ko-Finanzierung notwendig sind und diese Hürde oft zum Stolperstein wird – auch prekäre Arbeitsbedingungen herrschen: Welche kleine NGO kann es sich leisten, ohne Fördervertrag und Geld Büroinfrastruktur aufzubauen und notwendige Investitionen zu tätigen? Und wie kann eine kleine SOM drei Monate lang Gehälter (falls die MitarbeiterInnen nicht ohnehin temporär darauf verzichten) und vor allem Lohnnebenkosten vorfinanzieren? Und schon wieder bedingen die Finanzen Ausschlussmechanismen, diesmal ganz pragmatischer Art.

*[abrechnung und bericht über erstes jahr abgegeben. dazwischen belege und abrechnungen geprüft. warum machen die noch immer dieselben fehler? quartalsmeldung eingetippt und schnell auf kurzurlaub gefahren. keine zusätzliche koble vom bmwa erhalten – statt dessen gibt's keine dezember-rate. schnell mal zwischenfinanzierung aufgetrieben, einer partnerorganisation fast eine ganze monatsrate vorfinanziert, damit alles problemlos über die bühne geht. abrechnungen und belege geprüft, controlling-tabellen aktualisiert. 15 seiten rückfragen vom ebö bezügl. abrechnung des ersten jahres beantwortet. quartalsmeldung gemacht. umschichtungsmeldung vorbereitet. dazwischen schnell noch bank wechseln müssen.]*

Reden wir also über Geld, über die Politisierung der Finanzen. Besser: über die Möglichkeiten der Politisierung der Finanzen. Die aus meiner heutigen Sicht in solchen Projekten (mit all ihren internen und externen Abhängigkeiten) nur bedingt gegeben sind. Der Spielraum, den die Strukturen einer EQUAL-Partnerschaft vorgeben, ist sehr eng und starr, Möglichkeiten, ihn auszudehnen, sind kaum vorhanden – oder haben wir (ich?) sie nur zu wenig gesucht? Die Projektabwicklung mit allen Abrechnungs- und Berichtspflichten ließ kaum Zeit und Energie zu versuchen, die Rahmenbedingungen großartig und nachhaltig zu verändern (von ein paar kleinen Dellen abge-

sehen, die wir dem System abgerungen und zugefügt haben). Vielleicht auch vor dem Hintergrund, dass wip eine nur auf beschränkte Dauer angelegte Kooperation mit fixem Ablaufdatum war, ein inhaltliches und auch finanzielles „Zweckbündnis“ (wie mal in einer Diskussion gefallen ist) zur Umsetzung von Inhalten, wofür eben auch das Akquirieren von Fördermitteln notwendig ist.

Hören wir also jetzt auf, über Geld zu reden. Nach fast zwei Jahren nur zwischen Zahlen, Belegen und Kontoauszügen, Excel-Tabellen, Aliquotierungsfaktoren und Umschichtungsmeldungen überkommt mich (wieder) die Lust am politischen, am inhaltlichen Arbeiten.

*[abrechnungen und belege geprüft, überweisungen veranlasst. partnerorganisationen bei ihrem controlling und eigenen problemen unterstützt. keine lösung des liquiditätsproblems. langsam das projektende vorbereiten: zwischenfinanzierung der letzten raten klären, endabrechnung vorbereiten. die umschichtungsmeldung drängt langsam. abrechnungen und belege geprüft. antrag noch immer nicht gelesen, bericht schon gar nicht.]*

*Rudolf Danielczyk (IG Kultur Österreich)*



# Was ist an der Frage der Selbstrepräsentation im wissenschaftlichen Feld eigentlich politisch?

Migration und Migrationsprozesse erhalten als gesellschaftlich relevantes Phänomen wissenschaftliche Aufmerksamkeit, MigrantInnen selbst werden in diesem Zusammenhang jedoch meist auf die Rolle der „Beforschten“ verwiesen. Es herrscht – so die proklamierte Kritik – Fremdrepräsentation vor. Als Praxismodul „anderer Art“ hat sich Pars, ein Modul der Entwicklungspartnerschaft wip, zum Ziel gesetzt, einen partizipativen Rahmen zu eröffnen, der MigrantInnen ermöglicht, selbstorganisiert an selbst definierten Themen zu forschen. Neben der Durchführung einer zehnmonatigen Forschungswerkstatt mit 16 AkteurInnen wurde eine Sommeruniversität veranstaltet, die als öffentlicher Raum fungierte, in dem MigrantInnen die für sie relevanten Themen präsentierten und diskutierten. Vom Pars-Team wurden im Prozess forschungsspezifisches Know-how zur Verfügung gestellt, Orientierung angeboten sowie Empowerment-Prozesse forciert. Der folgenden Beitrag widmet sich der Frage, welche politischen Zielsetzungen dabei verfolgt wurden und inwiefern EQUAL einen Rahmen geboten hat, diese Zielsetzung (nachhaltig) umzusetzen – eine Art Bilanz der durchgeführten Modulaktivitäten.

## Wer spricht über wen?

### Die Frage der Fremd- bzw. Selbstrepräsentation in der wissenschaftlichen Praxis

Da die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis in keinem hierarchiefreien Raum stattfindet, kommt der Standortgebundenheit des Sprechens besondere Relevanz zu. Damit angesprochen ist nicht nur der Akt des Sprechens, sondern vor welchem Hintergrund bzw. mit welcher gesellschaftlichen Position sich dieser vollzieht und welche Interessen dabei verfolgt werden. Wenden wir uns zunächst einmal dem Terminus Fremdrepräsentation zu, so verweist dieser nicht auf

eine objektive Eigenschaft, sondern ist vielmehr als Diskurs zu verstehen, der sich in einer kritischen Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Repräsentationspraxen konstituiert hat (vgl. Pilch Ortega, Sprung 2007). Das Sprechen für oder über andere, das dem wissenschaftlichen Arbeiten immanent zu sein scheint (vgl. Mecheril 2003, S. 33), verweist auf Prozesse der Erkenntnisgenerierung, die sich innerhalb hierarchischer Strukturen vollziehen und die ihrerseits wiederum in das gesellschaftliche hegemoniale Gefüge eingebettet sind. Wurde und wird der Begriff Selbstrepräsentation in aktuellen Diskussionen als eine Art Kampfmetapher eingebracht, so stellt sich bei näherer Betrachtung doch auch die Frage, wer denn eigentlich legitimiert ist, über wen zu sprechen und mit welchem Geltungsanspruch – oder konkreter formuliert, welche MigrantInnengruppe berechtigt ist, über welche MigrantInnengruppen zu sprechen, wenn diese Frage nicht als eine rein individuelle betrachtet werden soll.

Ungeachtet dessen sind Praxen der Fremdrepräsentation dadurch charakterisiert, dass die Perspektive der Subjekte tendenziell unberücksichtigt bleibt und gleichzeitig proklamiert wird, über ein privilegiertes Wissen über andere zu verfügen. Die in der Fremdperspektive produzierten Erkenntnisse werden als Diskurse gesellschaftlich wirksam. Über einen Akt des „objektivierenden Einschreibens“ (vgl. Mecheril 1999) wird das Subjekt unterworfen – „fremde“ Deutungsmuster schreiben sich in die Selbstbetrachtungen und Sinnsetzungsprozesse quasi ein (vgl. Mecheril 2003, S.33). Das produzierte Wissen gestaltet demnach mediale sowie gesellschaftspolitische Diskurse aktiv mit – Praxen der Fremdthematization führten in der Vergangenheit zu einem ethnisierenden Wissen, das MigrantInnen entpersonalisiert und als ethnisch Fremde konstruiert (vgl. Yildiz 2004, S.151).

Fragen wir nun nach der politischen Dimension der Selbstrepräsentation im wissenschaftlichen Kontext, so wird an dieser Stelle deutlich, dass Wissenschaft bzw. die Produktion von Erkenntnissen zwangsläufig als politisch zu betrachten ist. Denn diese – wie bereits verdeutlicht wurde – stellt nicht nur keinen neutralen Ort dar, sondern nimmt direkt Einfluss auf gesellschaftspolitische Ausrichtungen und somit, wenn auch indirekt, auf gesellschaftliche Strukturen. Was anhand dieser Darstellung ferner zum Ausdruck gebracht werden sollte, ist der Umstand, dass eine gesellschaftliche und somit politische Einflussnahme nicht per se als ein kritischer und reflexiver Akt zu verstehen ist. Einflussnahme heißt nicht zugleich, Bedingungen einer kritischen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu eröffnen und sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Eine Wissenschafts- oder Forschungspraxis, die für sich beansprucht, kritisch gesellschaftliche Verhältnisse zu durchleuchten, um so einen Beitrag zur „sozialen Gleichheit“ oder zumindest für eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zu leisten, muss sich im Besonderen mit der eigenen Praxis des Tuns auseinandersetzen, nicht zuletzt aufgrund des Bewusstseins der politischen und ethischen Verantwortung des wissenschaftlichen Arbeitens. So beschränken sich z.B. die Cultural Studies nicht nur auf die Generierung theoretischer Einsichten, sondern diese werden „auf ihren politischen Gehalt hin reflektiert“ (Mecheril 2006, S. 11).

Die Frage der Selbstrepräsentation der Subjekte wird bei rekonstruktiv-interpretativen Forschungsperspektiven im Rahmen der empirischen Datenerhebung als Artikulation der Subjekte gefasst. Ein Beispiel dafür sind narrativ-biografische Interviews, bei denen Personen aufgefordert werden, ihre Lebensgeschichte zu erzählen, wobei der Erzählfluss von der/dem InterviewerIn möglichst nicht unterbrochen wird. Die „subjektive Binnensicht“ ist somit Ausgangspunkt der Analyse – Konstruktionen sozialer Akteurinnen werden mittels eines theoretischen Blicks herausgearbeitet. Der Forschungsprozess wird selbstreflexiv in den Blick gerückt – das Interpretationsprivileg bleibt jedoch aufrecht. Bei Ansätzen, die der Aktionsforschung zugeordnet werden können, wird verstärkt für ein

Dialogisieren des Forschungsprozesses plädiert. Die methodische Vorgehensweise ist von der Herausbildung einer gemeinsamen Verstehensbasis sowie dem Finden adäquater Ausdrucksweisen geprägt. Das von Pars entwickelte Konzept zielte auf einen Dialog differenter Perspektiven und Wissensformen ab. Soziale AkteurInnen entwickeln in ihrem Alltag Strategien, die auf Erfahrungs- und Handlungswissen basieren. Die Heterogenität der Gruppe ermöglichte es, unterschiedlichste Perspektiven kritisch zu diskutieren und für den Entwicklungsprozess nutzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund wurden diskriminierende lebensweltliche Rahmenbedingungen ausgelotet und antirassistische Handlungspotenziale konkretisiert.

### **Die Frage der Nachhaltigkeit**

Resümierend betrachtet hat der Rahmen der EQUAL-Finanzierung die Möglichkeit geboten, dieses alternierende Modell des Forschens zu erproben und weiter zu entwickeln. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Aspekt der „bezahlten Arbeit“ – die von MigrantInnen erbrachte Leistung konnte entsprechend honoriert werden. Das Zu-Wort-Kommen von MigrantInnen und das Sichtbarmachen sozialer Rahmenbedingungen stellt darüber hinaus eine wichtige Gegenstimme zu aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten dar. Sich zu ermächtigen und selbst über eigene Problemlagen zu sprechen, trägt ferner dazu bei, soziale Rahmenbedingungen sichtbar zu machen und aktiv mitzugestalten.

Die Zusammenarbeit mit den ModulpartnerInnen und transnationalen PartnerInnen ermöglichte intensive Austauschprozesse und hat zu vielseitigen Synergieeffekten beigetragen, die zudem dazu geführt haben, dass relevante Diskurse antirassistischen Handelns über das Projekt hinaus stärker regional verankert werden konnten. Der Rahmen der Sommeruniversität fungierte in dieser Hinsicht nicht nur als öffentlicher Raum, in dem Selbstrepräsentation umgesetzt wurde, sondern eine Vernetzung unterschiedlicher AkteurInnengruppen wurde ermöglicht.

Antirassistische Handlungsstrategien müssen jedoch

nachhaltig gestaltet und institutionalisiert werden, um gesellschaftlich wirksam zu werden, was in einem hohen Maß an das Verfügen über finanzielle Ressourcen gebunden ist. Im Kontext der Wissenschaft ist zudem die Frage der Anschlussmöglichkeiten der produzierten Erkenntnisse an wissenschaftliche Diskurse von besonderer Bedeutung – wenn diese nicht gelingt, droht die Gefahr der Isolation jener Modelle, die, ungeachtet eines akademischen Hintergrundes, Erfahrungs- und Handlungswissen von MigrantInnen mit einbeziehen. Darüber hinaus müssen Zugangsbarrieren zu den Universitäten für MigrantInnen abgebaut werden sowie ihre Berufschancen als WissenschaftlerInnen verstärkt gefördert werden. Nicht zuletzt die Definitionsmacht – was als akademisch betrachtet wird – wurde m.E. noch nicht hinreichend andiskutiert. Vielleicht könnte eine Entmonopolisierung der Universitäten als symbolische „Träger und Hüter von Wissen“ einen Weg eröffnen, Forschung, die an für Betroffene relevanten Themen anknüpft, auch verstärkt außeruniversitär zu betreiben.

*Angela Pilch Ortega (Erziehungswissenschaften Universität Graz)*

Literatur:

Mecheril, Paul/ Witsch, Monika (Hg.): Cultural Studies und Pädagogik. Kritische Artikulationen. Bielefeld 2006.

Mecheril, Paul: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Merfach-)Zugehörigkeiten. Münster 2003.

Pilch Ortega, Angela/ Sprung, Annette: Die Stimmen der Subjekte.

MigrantInnen im wissenschaftlichen Feld. In: Reithofer, Robert/ Krese, Maru\_a/ Kühberger, Leo (Hg.): Gegenwelten. Rassismus, Kapitalismus & soziale Ausgrenzung. Graz 2007 (im Erscheinen)

Yildiz, Erol: Konstruktion des Anderen als ethnisch Fremder: Zur Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels in der interkulturellen Bildung. In: Karaka\_o\_lu, Yasemin/ Lüddecke, Julian (Hg.):

Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik. Aktuelle Entwicklungen in Theorie, Empirie und Praxis. Münster 2004, S. 145-157



# IKT für alle!

*...oder warum wir immer noch Fenster neu starten*

Vor nun fast zwei Jahren hat ‚work in process‘ begonnen. Der Verein TOOL entsandte eine IKT-Beauftragte in die große Schlacht um die computertechnische Zukunft und Freiheit der Vereine und Organisationen, die es sich ihrerseits zur Aufgabe gemacht haben, den marginalisierten Menschen in Österreich unterstützend beiseite zu stehen, dem rassistischen Konsens entgegenzutreten und Widerstand gegen jede Form der Diskriminierung und Unterdrückung zu leisten.

Die Abhängigkeit von proprietärer, kommerzieller Software lag zu Beginn des Projekts bei 100%.

Die Abhängigkeit von externen BeraterInnen und TechnikerInnen lag dementsprechend ebenfalls bei 100%. Einige verfügten über grundlegendes computertechnisches Wissen in Bezug zu der von ihnen verwendeten Software und Wissen darüber, wie und woher Software beziehbar war. Allerdings ging dieses Wissen nicht über das für die Alltagspraxis erforderliche Maß hinaus.

Aber was ist für die Alltagspraxis schon erforderlich? Ist es notwendig, sich mit Datensicherheit zu beschäftigen? Wozu sollen überhaupt Backup-Sicherungen gemacht werden? Wen interessiert es eigentlich, ob da im Internet Personendaten mitgelesen werden?

Hauptsache das Kasterl funktioniert!

Jahrzehntelange Abhängigkeit vom führenden Software-Giganten hat dieses Bewusstsein geformt. Die Widerstände, die der IKT-Beauftragten entgegenschlugen, waren enorm. Wie vor den Kopf gestoßen fühlte sie sich, als sie zu erklären versuchte, wieso und warum nur Opensource Software und Linux unterstützt werden und weshalb kommerzielle Produkte nicht.

Ein Geschenk, das niemand wollte, das die zukünftigen Arbeitsbedingungen vereinfachen und verbessern sollte, wurde als minderwertig und ungenügend zurückgewiesen. Selbst Hinweise darauf, dass bereits in kleinen und mittleren Unternehmen Linux und Opensource eingesetzt werden, änderte an der Haltung nichts.

Wohl wissend, dass gegen den Willen der Beteiligten eine Umstellung keinen Sinn macht, wurden hier von der IKT-Beauftragten auch keine weiteren Aktionen

zur Durchsetzung getätigt. Stattdessen verstärkten sich die Aktivitäten dort, wo die Bereitschaft zur Annahme von Opensource größer war:

OpenOffice.org, die freie Office-Lösung, die unter der GPL, also der General Public License, veröffentlicht wird, ist für alle im Projekt befindlichen Betriebssysteme (MacOSX und MS) erhältlich bzw. installiert worden. Ebenso wurde der Webbrowser Firefox, der stets am neuesten Stand der Sicherheitstechnik ist, weil die NutzerInnen ihn ständig verbessern, den PartnerInnen zur Verfügung gestellt und installiert. Unterschiedlich war wiederum die Akzeptanz des freien E-Mailprogramms Thunderbird. Einige wollten aufgrund sehr persönlicher Programmeinstellungen ihres bisherigen E-Mailprogramms und dessen Inkompatibilität mit gängigen freien Standards, wodurch eine Portierung der alten E-Mails verunmöglicht wurde, nicht wechseln. Es wurde auch versucht, Aufklärungsarbeit über die verschiedenen E-Mail-Übertragungsprotokolle zu leisten und darauf hinzuweisen, dass es die Möglichkeit der verschlüsselten Abfrage von E-Mails gibt. Ebenso wurde ein Workshop zur Verschlüsselung von E-Mails gemacht, der den Beteiligten zeigte, wie sie selbst für die Sicherheit ihrer Mails sorgen können. Standardmäßig werden E-Mails als ‚normaler‘, sprich für Dritte wie auch für Unbefugte lesbarer Text übertragen. Dass sich hierdurch auch einfachste Manipulationsmöglichkeiten von E-Mails durch Dritte ergeben, die zu sehr unangenehmen Situationen führen können, wurde erst im Workshop zum Datenschutz bewusst. Dieser Problematik kann durch Verschlüsselung wirksam entgegengewirkt werden und deshalb war und ist das auch eines der Hauptanliegen der IKT-Beauftragten, hier einen besonderen Schwerpunkt zu setzen.

## **Politik der Betriebssysteme**

Abseits von all den Bemühungen sind stets Überlegungen da, weshalb wir uns überhaupt mit IKT, also Computer, Betriebssystemen, Programmen, Lizenzierungen und all diesen verwirrenden Sachen auseinandersetzen sollen. Der Grund ist scheinbar

rasch gefunden: IKT ist Mittel zur raschen Kommunikation mit den geldgebenden Behörden. Sie wollen Rechenschaft in rasch verarbeitbarer Form und damit ist klar, dass wir uns nach ihnen zu richten haben. Punkt.

Aber welches Interesse haben die Behörden überhaupt, so kleinen unkontrollierbaren Organisationen zu helfen? Wenn wir uns kurz in deren Lage versetzen, könnten die Überlegungen folgende sein:

„Die großen Hilfsorganisationen sind ja viel kooperativer und von ihren Strukturen viel passender! Wozu also kleine Vereine unterstützen? Welche ‚objektiven‘, klar nachvollziehbaren Defizite haben denn diese kleinen, lästigen Organisationen, weshalb sie ‚leider‘ doch nicht gefördert werden können?“

Sodann ergeben sich folgende Strategien zur strukturellen Diskriminierung: Einerseits besteht der direkte Hebel über unsere finanzielle Schwäche, die sich darin ausdrückt, dass Vorfinanzierungen praktisch fast unmöglich sind, wenn die Beteiligten sich nicht selbst ‚besteuern‘ und hier vorfinanzieren.

Andererseits dienen und dienen Formulare seit jeher dazu, jene zu bevorzugen, die das Wissen über die richtige Bewältigung der Formulare verfügen. Mittlerweile benötigt mensch dazu jedoch auch noch computertechnisches Wissen bzw. einen ganzen Stab von EDV-IKT-ExpertInnen, die sich mit den technischen Details befassen und dafür sorgen, dass die Formulare ausfüllbar sind.

Und schon können wir den Widerspruch der Behörden hören, weil mit Computern ja alles nur mehr ein Kinderspiel ist und wer da nicht mitkommt, ist zu dumm und hat halt Pech gehabt. Und damit gehen sie mit der Werbung konform: ‚Hier versprechen geöffnete Fenster das Blaue vom Himmel!‘ Und jede/r denkt sich, dass alles müsse ein ‚Kinderspiel‘ sein und wer es nicht beherrscht, ist einfach nicht gut genug für diese Gesellschaft.

Doch ExpertInnen wissen es schon lange: Es ist alles einfach, solange alle sich an die ‚Spielregeln‘ halten und solange technischer Support verfügbar ist. Die Realität zeigt, dass sich das Leben eben nicht programmatisch verhält bzw. dass wir uns auch nicht wie Maschinen verhalten wollen!

So bleibt uns letztlich nichts anderes übrig, als uns mit dem ‚Ding‘ auseinanderzusetzen und es möglichst gut zu beherrschen. Schließlich wollen wir die Technik beherrschen und nicht von ihr beherrscht werden. Der größte Softwarekonzern der Welt mit dem schlechtesten – und das nicht nur für kommerzielle Verhältnisse – Betriebssystem der Welt hat es geschafft, alle Institutionen mit seinem Produkt zu beglücken. Die Mehrheit der NutzerInnen spricht oft

vom kleinsten Übel und säubert wieder einmal brav und folgsam ihr System von den neuesten Viren. Selbst die neueste Betriebssystemversion besitzt kein Antivirensystem! Aber wie schon weiter oben erwähnt, kommt jetzt doch zumindest von anderen EDV-Unternehmen etwas Leben in die bis dato totale Akzeptanz der Marktführerschaft und mit Open-source-Software und Linux ergibt sich die Möglichkeit, der tödlichen Umarmung letztlich doch noch zu entkommen.

Der Einfluss des Software-Giganten ist unglaublich, und der IKT-Beauftragten war es bis jetzt nicht klar, wie weit das Denken der Menschen bereits durch dieses System beeinflusst werden konnte, so dass sich tatsächlich massive Widerstände entwickelten und höchst irrationale Ängste nur durch das Andenken eines möglichen Systemwechsels ausgelöst wurden. Wie mensch mit diesen eigentlich psychischen Herausforderungen umgehen kann, ist derzeit noch ungelöst. Eines ist klar: Eine Zwangsumstellung funktioniert nicht und ist kontraproduktiv.

Jenseits der Betriebssystemproblematik entwickelt sich erfreulicherweise eine neue Plattform des kooperativen Zusammenarbeitens: das Internet, als ein alle Betriebssysteme vereinendes Element, das nun Dienste anbietet, die allen Plattformen uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Neben dem altbewährten E-Maildienst entwickelten sich in den letzten Jahren CMS und WIKI Systeme, die via Webbrowser benutzt werden können. Die gemeinsame Text- und Webproduktion ist losgelöst von Officepaketen und erfolgt von allen Internetzugangspunkten aus. Die Beteiligten haben BenutzerInnennamen und Passwörter und erledigen damit ihre Tätigkeiten dort, wo sie wollen.

Dass hier serverseitig ausschließlich Open-source-Software und Linux zum Einsatz kommen, bleibt völlig unbemerkt. Die Zuverlässigkeit des Systems ist für die Arbeit der IKT-Beauftragten eine wichtige Stütze und lässt ihr hier die Möglichkeit, sich mit technischen Herausforderungen und Details positiv auseinanderzusetzen.

Die Schulungen waren ebenfalls eine angenehme Aufgabe, die die IKT-Beauftragte gerne wahrnahm und wo die Beteiligten sich eifrig das vermittelte Wissen aneigneten.

Insgesamt ist der Einsatz der IKT-Beauftragten kritisch zu betrachten: Er dient in erster Linie dem System zur Ausübung der bestehenden Machtverhältnisse, und wenn die IKT-Beauftragte das widerstandslos exekutiert, sind die Vereine und Organisationen für die nächsten Jahre LizenzzahlerInnen für das Betriebssystem, die

Officeprogramme, das Antivirenprogramm, die Antispywareprogramme und ein Firewallprogramm. Zusätzlich sind sie mit regelmäßigem Einspielen von Behebungen der Sicherheitslücken sowie Service Packs beschäftigt. Und wenn gar nichts mehr geht, sind eben die Daten verloren und das System muss neu installiert werden. So ist das Leben. Punkt. Oder aber die IKT-Beauftragte leistet Widerstand und vermittelt Wissen darüber, wie es anders geht. Sie zeigt den Organisationen, wie es in Zukunft möglich sein wird, die inhaltliche Arbeit ungestört von ständigen EDV-Problemen durchzuführen, ungestört von

neugierigen und missgünstigen ZeitgenossInnen die Arbeit, die wichtig ist, zu erledigen. In diesem Projekt hat sich die IKT-Beauftragte für den letzteren, steinigere Weg entschieden. Denn letzten Endes werden wir die ‚Mehrheit‘ sein!

*Petra Pokorny / Stefan Essl (TOOL)*



# Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?

*Interview mit María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan*

*Was bedeutet Chancengleichheit aus der Sicht von Angehörigen diskriminierter/marginalisierter Gruppen, wenn also aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen gesprochen/gehandelt wird?*

Auf der einen Seite ist die Frage nach Chancengleichheit für Minorisierte hoffnungsgeladen, transportiert sie doch nicht nur die Idee sozialer Gerechtigkeit, sondern auch die Hoffnung auf Anerkennung und Sichtbarmachung bestehender Ungleichheitsverhältnisse. Die Frage nach der Chancengleichheit ist damit gewissermaßen utopisch aufgeladen und hat ja tatsächlich auch eine Reihe von Emanzipationsbewegungen beflügelt. Auf der anderen Seite ist Chancengleichheit für viele Minorisierte nichts mehr als wohl artikuliertes Geschwätz, das vor allem denen zum Vorteil gereicht, die damit nicht nur ihren Humanismus unter Beweis stellen können, sondern auch ihre Existenz sichern. Denn während die einen kontinuierlich über Gleichbehandlung sprechen, müssen die zu Anderen gemachten dabei zusehen, wie sich ihre soziale Lage immer weiter verschlechtert. Und jede Verschlechterung auf der einen Seite schafft konkret Arbeitsplätze auf der anderen Seite. Es scheint uns deswegen notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass gleiche Chancen auch Privilegienumverteilung bedeutet. Insoweit geht es um soziale Kämpfe und weniger um evaluierte sozialarbeiterische Professionalität.

Die kapitalistische Logik verspricht fortwährend, dass, wer Leistung bringt, entsprechend entlohnt wird, doch tatsächlich ist es so, dass Minorisierte nicht gleiche, sondern viel mehr Leistung bringen müssen, um die selbe Anerkennung (ökonomisch, sozial und symbolisch) zu erhalten. Gleichzeitig wird Minorisierten häufig nicht einmal die Möglichkeit gewährt, ihre Talente zu entfalten. Wer in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert wird, hat kaum Gelegenheit, die eigenen Potenziale unter Beweis zu stellen. Da helfen auch keine noch so spitzfindigen pädagogischen Maßnahmen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung gegenüber Minderheiten.

Aus der Position Minorisierter kann unseres

Erachtens das Versprechen von Chancengleichheit nur eine Kampfansage bedeuten, die etwa nach Selbstorganisationen ruft. Allerdings richten wir unser Augenmerk dabei insbesondere auf die globalen Interdependenzen. Eines der aktuellen Probleme politischer Auseinandersetzung im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit ist ein fataler methodologischer Nationalismus, der glaubt, die Effekte eines neoliberalen Turbokapitalismus innerhalb der nationalen Grenzen angreifen zu können, ohne zu bemerken, dass Ruhe im „Westen“ mit weiterer Ausbeutung des „Rests“ erkaufte wird, um ein Bild von Stuart Hall zu bemühen.

*Wie kann man sich der Idee der Chancengleichheit annähern, ohne die Heterogenität diskriminierter Gruppen und die Gleichzeitigkeit von Unterdrückungsverhältnissen (z.B. Migrantin, schwarz, muslimisch, homosexuell) aus dem Blick zu verlieren?*

Das ist eine Frage, die uns schon seit geraumer Zeit beschäftigt, weil wir denken, dass die dominante Identitätspolitik der 1980er und 90er Jahre politisch bedenkliche Effekte mit sich gebracht hat. Dazu zählt etwa die kontinuierliche Viktimisierung sozialer Gruppen, die erst über Diskriminierungspraxen produziert wurden. Weswegen die postkoloniale Feministin Gayatri Spivak sich für eine dekonstruktive Wachsamkeit ausspricht, die das eigene politische Tun immer selbstkritisch betrachtet. Das bedeutet, nicht die selbst erlebten Ausgrenzungserfahrungen zu fokussieren, ohne das eigene Verwobensein im hegemonialen Netz zu reflektieren. So schreibt Spivak durchaus provokant, dass sich MigrantInnenbewegungen im Westen zuweilen parasitär zu Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ verhalten. Das Private ist zwar politisch, aber wie Spivak bemerkt, ist es fatal, das Politische nur auf das Private zu reduzieren.

Wie können also die unterschiedlichen Verletzlichkeiten beachtet werden, ohne in eine problematische „Gleichmacherei“ zu verfallen? Die zurzeit sehr beliebten Diversity-Ansätze sehen wir beispielsweise sehr kritisch, weil sie dazu verführen, die

Heterogenität von Verletzlichkeitspositionen zu verwischen. Darüber hinaus stehen sie auch im Zeichen der „Verwertbarkeit“ oder Kapitalisierung von so genannten „Humanressourcen“. So heißt es auf der Website der EU pointiert: „Diversity makes business sense.“ Diversity zahlt sich aus, d.h. macht innerhalb einer postfordistischen Logik Sinn. Die Unternehmen bauen hier auf eine höhere Identifikation der ArbeitnehmerInnen mit dem Betrieb, was schließlich eine höhere Produktivität verspricht. Eine Strategie, die selbstredend Ungleichheiten stabilisiert, anstatt sie anzugreifen. Gemeinsam ist Strategien wie „Diversity Management“ und „Gender Mainstreaming“, dass sie im Grunde depolitisiert wirken. Denn der politische Kampf wird als angebliches

Antidiskriminierungsinstrument an offizielle Institutionen weitergegeben, die sich nur wenig für die makropolitischen Rahmenbedingungen interessieren. So stellen sich diese selten gegen die rigiden werdenden Grenz- und Kontrollregimes.

Das alles machte eine offensive multi-issues Politik vonnöten, die eine intersektionelle Perspektive und Analyse ernst nimmt. Intersektionalität kann dabei als der Versuch gewertet werden, die Dynamiken und Verflechtungen unterschiedlicher Diskriminierungen wie z.B. Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Bodyismus usw. zu betrachten und politisch anzugreifen.

*Geht es um Gleichbehandlung oder Förderung („positive Diskriminierung“)? Stehen diese Strategien überhaupt in einem notwendigen Gegensatz? Welche Strategien haben sich unter welchen Verhältnissen aus eurer Sicht bewährt?*

Spannenderweise denken die meisten bei der Frage der staatlich verordneten Strategien gegen Diskriminierung immer gleich an die USA und die so genannte „Affirmative Action“. Dagegen ist den wenigsten bekannt, dass postkoloniale Länder wie Indien und Südafrika wesentlich weiter gehende Instrumente entwickelt haben. In Indien wurden nach der Unabhängigkeit von Großbritannien 1947 so genannte „Reservations“ eingeführt. Zielgruppe sind hier die „scheduled castes“ und „scheduled tribes“, die über eine jahrhundertlange – bereits vorkoloniale – Diskriminierungsgeschichte verfügen. Die so genannten „Unberührbaren“ (heute Dalits) und die indigene Bevölkerung Indiens wurden vor, während und auch nach der Kolonialzeit massiven Ausgrenzungen und Stigmatisierungen ausgesetzt. In der Verfassung Indiens, die von einem Dalit, Ambedkar nämlich, erarbeitet wurde, wird der Versuch unternommen, diese historischen Ungerechtigkeiten zu „korrigieren“,

wie es heißt. Für Mitglieder von „scheduled castes“ und „scheduled tribes“ werden u.a. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen etc. „reserviert“. Was bedeutet, dass diese Stellen nur von Mitgliedern dieser Gruppen besetzt werden dürfen. Das „Reservation-System“ hat im Laufe seiner Geschichte viele und harte soziale Kämpfe ausgelöst. Aktuell versucht etwa die indische Regierung, reservierte Studienplätze an den berühmten IT- und Management-Hochschulen durchzusetzen und stößt dabei auf erbitterten Widerstand der erstarkten indischen Mittelschichten und Angehörigen der höheren Kasten.

Deutschland dagegen propagiert das lahmste Antidiskriminierungsinstrument überhaupt, die Quotierung, und beschränkt dieses nur auf die Kriterien „Geschlecht“ und „Behinderung“. Zumeist heißt der dazugehörige Satz: „Bei gleicher Qualifizierung wird eine Frau bevorzugt...“ An den Universitäten hat das nach mehr als zehn Jahren zu nur unerheblichen Veränderungen im Geschlechterverhältnis gesorgt.

Problematisch scheint zudem bei all diesen Instrumenten, dass sie recht spät einsetzen – also etwa bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst. Doch ob Affirmative Action, Quotierung oder Reservations, die Mehrheit der Minorisierten kommt gar nicht erst soweit, sich auf Stellen im öffentlichen Dienst zu bewerben. Wie sieht es beispielsweise mit undokumentierten Flüchtlingen aus, denen nicht einmal das Recht auf das bloße Hiersein gewährt wird? Was nützen diesen „new subalterns“, wie Spivak sie bezeichnet, all diese Strategien? Was ist mit denen, die nicht arbeiten wollen? Mit denen, die bestimmte „Anforderungen“ nicht erbringen können?

*Ist die Förderung einer aktiven Partizipation eine mögliche Maßnahme gegen Diskriminierung? Kann man Partizipation überhaupt „fördern“ oder läuft das nicht ihrer eigentlichen Bedeutung entgegen?*

Es ist paradox, Partizipation zu „fördern“. Hier verhält es sich ähnlich wie mit dem Empowerment-Ansatz, der eigentlich davon ausgeht, dass sich von sozialer Ausgrenzung Betroffene organisieren und gegen Diskriminierung selber aktiv vorgehen. Das impliziert auch, das parasitäre Verhältnis von Sozialarbeit aufzudecken und kritisch zu hinterfragen. Dagegen ist das Mainstream-Verständnis mittlerweile so, dass professionalisierte sozialarbeiterisch Tätige den „Opfern“ von Diskriminierung wieder einmal „Hilfe“ anbieten. Letztere werden dadurch in der Position der „Opfer“ festgeschrieben, so dass das

Empowerment im Grunde nur die sozialarbeiterisch Tätigen in ihrem Tun bestärkt.  
Interessant ist auch, dass politische und soziale Aktivitäten von Minorisierten nicht als Partizipation, sondern, wenn überhaupt, als Bedrohung wahrgenommen werden. Das gilt für politische wie auch soziale Organisationen und auch etwa Sport- und Kulturvereine. Nur wer sich in den Mehrheitsorganisationen bewegt, wird als respektabel und integriert wahrgenommen. Die hegemoniale Wahrnehmung ist lediglich in der Lage, das wahrzunehmen, was sie will, und beurteilt diese nur so, wie sie will. Weswegen in der Perspektive der Mehrheit eine Migrantin ein 20-köpfiges Arbeitsteam schon als interkulturelles Team erscheinen lässt, während ein türkischer Fußballverein die gesamte Nation in Schrecken versetzen kann. Wahrscheinlich wäre es besser dazu aufzurufen, sich gegen die Verhältnisse aufzulehnen und weniger Partizipation zu fördern. Ein erster Schritt wäre, sich den hegemonialen Wortspielen zu verweigern. Wenn wir nicht mehr über Management, Qualität, Evaluation sprechen müssen, werden womöglich ganz

andere politische Kräfte freigesetzt, die besser dazu in die Lage versetzen, die internationale Arbeitsteilung, die Flexibilisierung und Prekarisierung zu irritieren.

*Fragen: Radostina Patulova / Vina Yun (IG-Kultur Österreich)*  
*Siehe dazu auch den Text ‚Reality bites.‘, S. 9*

María do Mar Castro Varela ist Politologin, Mitgründerin des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung [IMUF] und hat zurzeit eine Maria Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. [castrovarela@web.de]

Nikita Dhawan ist Philosophin und hat zurzeit eine Maria Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. [nikitadhawan@web.de]



# AutorInnen – *Börse*

**Beatrice Achaleke**, Mitbegründerin und Direktorin des International Center for Black Women's Perspectives – AFRA ([www.blackwomenscenter.org](http://www.blackwomenscenter.org)). Mitbegründerin und Obfrau des Vereins Schwarze Frauen Community ([www.schwarzefrauen.net](http://www.schwarzefrauen.net)). Seit 2005 ist sie Obfrau von ENARA – European Network Against Racism. Sie ist Mitinitiatorin und Projektleiterin der Kommunikations-kampagne Black Austria ([www.blackaustria.at](http://www.blackaustria.at)) und verfügt über langjährige (Trainings-) Erfahrungen in den Bereichen: Erwachsenen- und Schulbildung, Anti-Rassismus-Arbeit, Migration sowie Entwicklungspolitik. Beatrice Achaleke leitet derzeit das von EU und BMWA im Rahmen von EQUAL Antragsrunde 2 finanzierte Equality Mentoring-Modul für schwarze Frauen ([www.schwarzefrauen.net/mentoring](http://www.schwarzefrauen.net/mentoring)). Bei meinen Kompetenzen ist selbst die Stelle der Bundeskanzlerin unzureichend. Ich ernenne mich deshalb hiermit selbst zur österreichischen Bundespräsidentin, alle Privilegien inklusive bis dass der Tod uns scheidet. Hat noch jemand etwas zu sagen?

**Philomina Asase** Interessen: Wienerisch zu lernen und viel Schnitzel zu essen  
Bin: integrationsunwillig

**Ljubomir Bratic** Suche nach Möglichkeit, eine Hängematte unter einem Feigenbaum aufzuhängen, dort (altersbedingt) einen Multivitaminensaft in der Hand zu halten und zu warten, bis eine der reifen Feigen ins Glas fällt. Biete dafür eine ruhige, manchmal verwirrte, bürgerlich angehauchte Existenzweise und viele Schriftstücke verstreut und vergessen. Mail an: [Ljubomir@gmx.net](mailto:Ljubomir@gmx.net)

**Rudolf Danielczyk** MBA ist noch bis Ende Juni 2007 bezahlter und danach bis zur Anerkennung der Endabrechnung (voraussichtlich Frühjahr bis Sommer 2008) unbezahlter Finanzkoordinator der EP wip.  
Interessante Jobangebote für die Zeit danach im Bereich Kunst/Kultur in Wien/Linz/Salzburg werden gerne unter [danielczyk@igkultur.at](mailto:danielczyk@igkultur.at) entgegengenommen.

**Petja Dimitrova** Künstlerin. Mitte Dreißig. Künstlerische Praxis zw. bildender Kunst, politischer und partizipativer Kulturarbeit, auch mit KünstlerInnengruppen und NGOs (u.a. dezentrale medien, a room of one's own, Initiative Minderheiten, maiz, Romani dori). (Mittlerweile) ehemalige Mitarbeiterin der Initiative Minderheiten. (Gerade) aktueller Jobwechsel als Ass. auf der Akademie der bilden-

den Künste Wien. Befristet bis Mitte 2008. Dann... in der Hoffnung, dass sich was anderes (politisch-relevantes) ergibt. (Reservierung: [dpetja@hotmail.com](mailto:dpetja@hotmail.com))

**Stefan Essl** Biete: Know-how im Umgang mit dualen Dschungeln  
Suche: Bereitschaft zur Evolution  
Bin: geduldig, aber nicht mehr lange  
Anfragen an TOOL – die Obfrau wird entscheiden

**Andreas Görg** Biete: Erfahrung und Übersicht eines langsam alt werdenden Zugpferdes  
Suche: interessanten tiefer gehenden Streit  
Bin: hie und da schwer ignorant, aber sonst ganz umgänglich  
Ihre Anfragen können Sie vorzugsweise an die Initiative Minderheiten richten, aber über ENARA, iodo, MUND und diverse diese Organisationen vernetzende Mailinglisten bin ich ebenfalls erreichbar.

**Vlatka Frketic** beschäftigt sich aus perspektiven der queer politics und der kritischen diskursanalyse mit antirassismus und antidiskriminierung – vor allem mit den kommunikativen aspekten. was noch: texte jobbewerbungen, liebesbriefe und -bekundungen, kündigungsschreiben, anzeigen, dankes- und tischreden, entschuldigungen, rechtfertigungen, widersprüche u.v.m. interessierte an trainings – audiovisuell oder auch nur verbal – und/oder texten können mailen: [vlatka.frketic@chello.at](mailto:vlatka.frketic@chello.at)

**Birge Krondorfer** Gründung des „Institut für Alteritäten“ Wollen welche mit...?

Bislang vorhanden: 25 Jahre selbstorganisierte basisdemokratische politische Tätigkeit. Kenntnisse in: Philosophie, Politologie, Kulturtheorie, feministischer Kritik.  
Publikationen. (Inner- und Außeruniversitäre) Seminare, Gruppentrainings, Supervision, Mediation, Moderation, Organisationsberatung, Veranstaltungsorganisation, Redaktion, Herausgaben.  
Bevorzugte „Begünstigte“: Selbstorganisationen, kleine NGOs, unübliche Frauen/Menschen. Andere Tauschverhältnisse (als time is money) willkommen.  
Main Motto: Nicht Wasser predigen und Wein trinken.  
[birge.krondorfer@chello.at](mailto:birge.krondorfer@chello.at)

**Radostina Patulova** Biete: Geübtes Oszillieren zwischen Theorie und Praxis, De- und Überqualifizierung, gewandter Umgang mit Dekonstruktion von Privilegien und Verlassen von gesicherten Existenzen sowie mit persönlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Langjährige Erfahrung in den Bereichen Erwachsenenbildung, Migration, Antidiskriminierungs- und Antirassismusbearbeitung. Außeruniversitäre gründliche Studien der Pädagogik (Kindermuseum), der neuen österreichischen Geschichte (historische Recherche im Nationalfonds für Opfer des

Nationalsozialismus), der Philologie (Erwachsenenbildung), der Politikwissenschaft und Diplomatie (LEFÖ, IGKÖ, EQUAL) usw., universitärer Abschluss der Philosophie.

Suche: gut bezahlte, flexible Anstellung im spannenden Team, die dieses auf angenehme Weise zu verbinden weiß. Hinweise bitte an [radostina@klingt.org](mailto:radostina@klingt.org)

**Angela Pilch Ortega Hernández** Biete: Erfahrung im Projekt(wahnsinn) zwischen Bürokratie, Politischem und Jonglieren.

Suche: und (er)finde mir meine Herausforderungen selbst  
Bin: vielschichtig interessiert, Nomadin und fremdsprachig  
Ihre Anfragen werden ausschließlich persönlich entgegengenommen.

**Petra Pokorny** Suche: klare Strukturen, fixe Vereinbarungen, Verbindlichkeiten, offene Welten, Opensource und vor allem Schnecken

Biete: chaotische Systeme, immer den Durchblick, unleserlichen Source

Bin: die Chefin von TOOL

Angebote: bitte nur unter der GPL an TOOL TrainingsOffensive Opensource und Linux ([tool@action.at](mailto:tool@action.at)) stellen.

**Ariane Sadjed** bietet erfahrung in theorie und praxis zu den themen migration, moderne und islam. suche: anstellung, die akademische und politische antirassismus-arbeit verbindet. zuschriften an: [ariane@blackbox.net](mailto:ariane@blackbox.net)

**Rubia Salgado** 1964, Rio de Janeiro, Brasilien. Studium der portugiesischen Sprache und der Literaturwissenschaft. 1987 Migration nach Österreich. 1987-1989 Erfahrung als nicht bezahlte Haushaltsdienerin, getarnt als Au-Pair in einer österreichischen Familie. 1990-1995 Lehrtätigkeiten in Maßnahmen für MigrantInnen im Bildungsbereich. 1994 Aufbauarbeit zur Gründung des Vereins maiz. 1995 Ein Wesen menschlicher Natur wächst in ihrem Bauch: Geburt von Ian. Mitarbeit an maiz: Konzipierung und Durchführung von Projekten an der Schnittstelle Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit. Die Verschiebung von Grenzen. Die Vermischung von Kategorien. Engagement im Bereich der Kulturpolitik. Durchziehend die Sprache in ihrem Leben.

Sucht: eine Anstellung im Kultur- oder Bildungsbereich, aber nicht um jeden Preis. Wäre ansonsten für Tätigkeiten in der Bestattungsbranche interessiert.

**Helga Suleiman** Biete: hohe Flexibilität und Innovationskraft

Suche: herausfordernde Arbeitsbedingungen (nur unter SchwerarbeiterInnenregelung!)

Bin: unbedingt international

Ihre Anfragen werden ausschließlich vom Verein Dschanuub mit Sitz in Graz entgegengenommen, bearbeitet und geprüft.

**Vina Yun** weiblich, jung, flexibel, mit langjähriger Erfahrung in kritischer Textproduktion, bietet überdurchschnittlichen Einsatz für unterdurchschnittlichen Lohn. Eigene Arbeitsmittel werden bei Bedarf bereitgestellt. Zuschriften für folgende Angebote werden nicht berücksichtigt: Garderobenbetreuung (6,-/Std.), Babysitting (8,-/Std.), Kassatätigkeit bei Nachtveranstaltungen (9,-/Std.) sowie Praktika aller Art. Hinweise bitte an [yun@igkultur.at](mailto:yun@igkultur.at)

#### Impressum:

Medieninhaberei und Herausgabe: A3 - Initiative Minderheiten.

Redaktionsteam: Udo Danielczyk, Petja Dimitrova, Vlatka Frketic, Andreas Görg, Birge Krondorfer, Ariane Sadjed, Helga Suleiman

Adresse: 1060 Wien, Gumpendorfer Str. 15/13

Lektorin: Sylvia Köchl

Grafik & Layout: Petja Dimitrova

Erscheinungsort: Wien

Herstellerin: Druckerei Fiona. [www.fiona.or.at](http://www.fiona.or.at)

Offenlegung: Aktion 3 ist eine Organisationseinheit der Initiative Minderheiten im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘, die von der IG Kultur finanzverantwortlich und von maiz - Autonomes Integrationszentrum von und für Migrantinnen inhaltlich koordiniert und von BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert wird. Andere operative Kooperationspartnerinnen sind: Schwarze Frauen Community, Peregrina, Initiative Minderheiten, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz, Dschanuub, Frauenhetz, Romani Dori, Tool.

Der Verein Initiative Minderheiten ist somit als formeller Rechtsträger der Aktion 3 zu 100 % Eigentümer dieses Readers.

Grundlegende Richtung: Selbstorganisationen

Copyright: Die Rechte an den in diesem Reader abgedruckten Texten verbleiben bei den AutorInnen bzw. HerausgeberInnen. Bitte euch wegen Genehmigung an diese zu wenden, wenn ihr den einen oder anderen Text nachdrucken wollt.

Ermöglicht wurde die Herstellung und kostenfreie Verteilung dieses Readers durch Finanzierung der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘ durch BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL.

Kontakt: [office@initiative.minderheiten.at](mailto:office@initiative.minderheiten.at)

# Partnerorganisationen

*im ‚wip‘ work in process*

**Initiative Minderheiten** ist eine österreichweite Organisation, die für eine minderheitengerechte Gesellschaft eintritt, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind.

www.initiative.minderheiten.at  
www.gastarbajteri.at



**Frauenhetz** - Wir sind ein seit 15 Jahren bestehender, gemeinnütziger und selbstorganisierter Verein, getragen von 15 ehrenamtlich tätigen Frauen. Das kollektive Ziel besteht darin, feministisch-politische Theorien mit weiblichen Alltagspraxen zu verbinden. Aus der Frauenbewegung entstanden, verstehen wir uns als ein Bildungsprojekt, das vornehmlich das Denken in einem permanenten Prozess mit dem Handeln von Frauen - in Zusammenarbeit mit anderen frauenpolitischen Projekten - vermitteln möchte. Die von uns gewählte Form ist es, einen Raum für öffentliche Diskussionen, Diskurse und Auseinandersetzungen zwischen Frauen aller Herkünfte zur Verfügung zu stellen. Dazu bieten wir ein breitgefächertes und Widersprüche nicht scheuendes Veranstaltungsprogramm mit einem jeweiligen Jahresschwerpunkt an. www.frauenhetz.at



Der **Verein TOOL** ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Linux- Kultur und Open Source Projekte in Österreich für Menschen, die von der Gesellschaft diskriminiert und benachteiligt werden, zugänglich zu machen.

Der Ausdruck Open Source steht für quelloffen, einerseits in dem Sinne, dass der Quelltext eines Programms frei erhältlich ist, andererseits für ‚offene Quelle‘, also dass ein Werk frei zur Verfügung steht. [Def. nach Wikipedia Stand Juli 2005] Durch Verbreitung dieser Open Source Philosophie soll Menschen der Zugang zu Wissen verschafft werden und Informationen über freie Medien zur Verfügung gestellt werden. http://tool.action.at/



**Romani Dori Wien** - Verein für Kultur und Bildung von und für Roma. Romani Dori tritt dafür ein, dass alle Menschen dieser Welt die Möglichkeit haben, sich dort niederlassen zu können, wo sie möchten und für eine gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen. www.romanidori.at



Die Aufgaben des **Instituts für Erziehungswissenschaft (Karl-Franzens-Universität Graz)** liegen in der systematischen, historischen und vergleichenden erziehungs- und bildungswissenschaftlichen Forschung und Lehre. www.uni-graz.at



**Peregrina** - Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen. Peregrina ist ein feministisch-anitrasnistisches Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für zugewanderte Frauen und Mädchen. Peregrina versteht Integration als Gleichberechtigung und Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und fordert eine Integrationspolitik, die Rechts- und Statussicherheit schafft. Peregrina, Währingerstr. 59, 1090 Wien, Tel. 01/4083352, 01/4086119, www.peregrina.at



Die **Schwarze Frauen Community SFC** ist eine Initiative von schwarzen Frauen (1. und 2. Generation) unterschiedlichster Herkunft und Nationalität. Gemeinsam wollen wir Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und die Selbstorganisation schwarzer Frauen fördern und unterstützen und damit die Integration in die österreichische Gesellschaft vorantreiben. www.schwarzefrauen.net



Der **Interkulturelle Frauenverein Dschanuub** ist eine Gruppe von und für (nicht nur) muslimische Frauen verschiedener Nationalitäten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die schwesterliche Anteilnahme der europäischen Frauen am Leben der Frauen des Südens zu fördern. Wir wollen kulturelle, soziale, intellektuelle, religiöse Brücken schlagen zwischen den Frauen des Südens und des Nordens und so an einer aktiven Frauensolidarität arbeiten. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, den rassistischen und islamfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Ziel unserer Veranstaltungen ist es, als Musliminnen Respekt, gesellschaftliche Anerkennung und Zugang zu Bildung und Arbeit einzufordern. Wir wollen entgegen der islamfeindlichen Hetze die Wirklichkeiten muslimischer Frauen, ihre Lebenswahl, ihre Sorgen und ihre Widerständigkeit den Menschen in Österreich näherbringen. Der Verein Dschanuub führt innerhalb der Entwicklungspartner-schaft ‚work-in-process‘ das Modul 6 Marhama - Sozial- und Gesundheitsdienst für Migrantinnen und Musliminnen durch.



**maiz – das autonome Zentrum von und für Migrantinnen** ist eine Organisation von und für Migrantinnen und entstand aus der Notwendigkeit von Veränderungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitssituation von Migrantinnen in Österreich und im Sinne einer Stärkung von politischer und kultureller Partizipation. www.maiz.at



**IG Kultur Österreich** ist das Netzwerk und die Interessensvertretung der freien und autonomen Kulturarbeiter in Österreich. Sie leistet Beratung und Lobbyarbeit für ihre Mitglieder in rechtlichen Bereichen und nimmt Stellung zum kulturpolitischen Geschehen. Die IG Kultur Österreich unterstützt die Forderung nach gleichen gesellschaftlichen Bedingungen für marginalisierte und ausgegrenzte Gruppen und Personen. www.igkultur.at

